

AUS DEM INHALT:

ISTANBULER CAFÉ-KOLLEKTIV
»KOMŞU KAFE«

Zu sechst betreiben sie »Komşu Kafe« in Kadıköy-Istanbul. In einem Interview stellen sie sich vor.
Seite 3

WAGNER SOLAR MITARBEITER
GRÜNDEN GENOSSENSCHAFT

Die Insolvenz des Solarpioniers Wagner & Co aus Cölbe Ende April kam für viele überraschend. Die Gründung einer Genossenschaft ist bereits beschlossene Sache.
Seite 4

ENERGIEWENDE DEMO

Rund 12.000 Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich am 10. Mai in der Hauptstadt versammelt. Sie demonstrierten unter dem Motto »Energiewende nicht katern lassen!«
Seite 4

BLOCKUPY

»Hafencity entern - Elbphilharmonie besichtigen!« war das Motto des Blockupy-Aktionstages in Hamburg. Bunte Regenschirme mit Forderungen trugen aktive aus dem Hamburger »Recht auf Stadt!«-Bündnis, dass sich an der Demo beteiligte.
Seite 5

150 JAHRE FRANZ OPPENHEIMER

Den meisten Bewegten im alternativen Milieu blieb verborgen, dass es seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder Ansätze betrieblicher Selbstverwaltung gab. Einer der über die Bestandsaussichten selbstverwalteter Betriebe eine Theorie formuliert hat war Franz Oppenheimer.
Seite 6

ÄRZTE GRÜNDEN GENOSSENSCHAFT
LOCUMCERT

Freie Honorarärzte stehen in den letzten Jahren verstärkt unter Druck. Die Rentenkasse missachtet ihre Freiberuflichkeit. Ein Ausweg wurde 2012 von Honorarärzten durch die Gründung von LOCUMCERT eG geschaffen, eine Genossenschaft der Freien Berufe im Gesundheitswesen.
Seite 7

WILDE WEITE FÜR ALLE

Am 25. Mai, beim Berliner Volksentscheid über die zukünftige Nutzung des Tempelhofer Feldes, stimmten mehr als 64% für den Vorschlag der Initiative 100% Tempelhofer Feld.
Seite 8

REGIONALE »LOS GEHT'S«

Im September findet ein regionales »Los geht's« in der Kommune Hof Rossee in der Nähe von Eckernförde statt. Ein weiteres »Los geht's« ist zum ersten Mal vom 14. – 17. August 2014 auch in Österreich im Waldviertel geplant.
Seite 9

► www.contraste.org

AUSGEKOHLT!

Von Waldrettern und Klimakillern



▲ Wiesenbesetzer auf der Demo Jülich März 2014

Foto: Herbert Sauerwein

Es sind extrem ungleiche Kontrahenten: die Waldretter_innen und der Klimakiller Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) mit seinen Braunkohletagebauten und -kraftwerken im Rheinland.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN ● Die Leute auf dem Wiesencamp beim Hambacher Forst in der Nähe von Köln, der demnächst einer tiefen Kohlegrube weichen soll, sind ein sehr spezielles Völkchen mit tribalistisch anmutendem Outfit, voller Piercings und Tattoos, mit bunt flatternden Third-Hand-Klamotten oder schwarz in schwarz gewandet. Umgangssprache in ihrem internationalen Camp ist mal Deutsch, mal Englisch und auch schon mal Spanisch.

Von einem »Urwald« am Rand des Tagebaus Hambach sprechen die Wald- und Wiesenbesetzer_innen. Das erklären sie mit ihrer Sympathie für die Zapatistische Bewegung im mexikanischen Chiapas, die in »Botschaften aus dem lakandonischen Urwald« ihren Widerstand gegen die Ausbeutung indigener Ressourcen durch neoliberale Konzerne begründete. »Heute ist eine Ware, was früher keinen weiteren Wert hatte als den gemeinsamen Nutzen der Menschen« erklärte Subcomandante Marcos, die Stimme der Zapatistas 2007. In diesem Geist erklären die Wiesenbesetzer_innen des Hambacher Forsts: »Bäume sind keine Ware!« und versuchen sie vor der Rodung zugunsten des Braunkohle-Abbaus durch RWE zu schützen, u.a. indem sie sie bewohnen. Die spektakulärste Aktion, die viel Medienaufmerksamkeit brachte, war eine Verschwendung in einem Tunnel unter dem Wald, so dass die Polizei vier Tage brauchte, um den Besetzer herauszubekommen.

Die Waldretter_innen versuchen auch, ihr Leben im Camp selbstorganisiert und herrschaftsfrei zu gestalten.

Dabei helfen auch »Normalos« aus der Umgebung, indem sie die Besetzer_innen zum Beispiel mit Lebensmitteln versorgen und ihre Wäsche waschen. Die Campbewohner_innen in Hambach versuchen, Geldgeschäfte möglichst zu vermeiden. Sie setzen auf Selbstversorgung, Eigenarbeit und Solidarität. Sie gärtnern und containern, stellen Salben und Tinkturen aus Wildkräutern her, bauen Solarkocher, Windräder und Holzhütten. Und sie bilden Netzwerke. Im Bündnis mit den verschiedenen Initiativen und Gruppen vor Ort und darüber hinaus versuchen sie, dem Goliath RWE die Stirn zu bieten.

Der allerdings entwirft Gegenstrategien, die mit viel Geld und Raffinesse versuchen, die Bevölkerung des Reviers für sich zu gewinnen. »Cluster« sollen gebildet werden. Dazu gehört die angeblich konstruktive Zerstörung vorhandener Strukturen und die Neuformierung einer ganzen Region. So wird im Braunkohlerevier zwischen Aachen, Düren und Köln eine der aufgrund ihrer Lössböden äußerst fruchtbare Agrarlandschaft umgemodelt. Die »Sophienhöhe«, der vom größten Bagger der Welt zusammen gescharrte größte künstliche Berg der Welt, wurde hier aufgeschüttet. Diese rekultivierte Abraumhalde wird nun als Naherholungsgebiet genutzt. Gastronomie und Unterhaltungsbetriebe wurden angesiedelt – so etwa ein »Forum Terranova« mit »Infozentrum für Rekultivierung« und »Fußball-Golf«, das die RWE Power AG sich vier Millionen Euro kosten ließ.

Indessen werden weiter massenhaft Schadstoffe produziert – nicht nur das Treibhausgas CO₂, sondern auch radioaktiver Feinstaub, Quecksilber, Arsen und Stickoxide. Und der Grundwasserspiegel sinkt und sinkt. Bis nach Köln wirkt sich das aus. Statt Eifelwasser müssen die Großstädter, bedingt durch das

Abpumpen der Braunkohlegruben, Rheinufilternat als Trinkwasser schlucken.

Lobbyverbände spielen beim »Cluster« eine große Rolle. Für RWE ist das der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). An seiner Spitze steht seit 2008 Hildegard Müller. Damals gelang der deutschen Kohlewirtschaft ihr größter Coup: der BDEW warb Kanzlerin Angela Merkel eine ihrer engsten Vertrauten ab. Hildegard Müller hielt im Rang einer Staatsministerin im Kanzleramt für Merkel die Fäden zum Bundesrat und den Ländern in der Hand. Wie wertvoll der Wechsel an die Lobby Spitze der deutschen Kohlewirtschaft sein sollte, zeigte sich nach der Wahl 2013: Das Programm der »GroKo« trägt energiepolitisch Müllers Handschrift. Die in Aussicht gestellten Subventionen für RWE und das Rheinische Braunkohlerevier bezüglich der »Bereitstellung von Grundlast-Kapazitäten« erfreute auch die neue Partnerin, die »Kohle-SPD«. Im März verkündete dann Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft überraschend, der Tagebau Garzweiler werde verkleinert und zehn Jahre früher als geplant beendet. Soll so der wachsende Widerstand beschwichtigt werden? Kann die Bewegung gegen die Braunkohle-Industrie einen kleinen Erfolg feiern? Oder ist der Teilrückzieher sinkenden Strompreisen geschuldet? Es bleibt der Pferdefuß, dass gleichzeitig mit dem Fortbestand des beinahe schon aufgegebenen Dorfs Holzweiler auch die Notwendigkeit des Braunkohle-Abbaus für die nächsten 20 – 30 Jahre betont wurde.

Ob das Rheinische Braunkohlerevier zum neuen Wendland wird, wie CONTRASTE-Autor Emilio Weinberg hofft, ist noch nicht absehbar. Was dort derzeit passiert und wie es dazu kam, davon vermittelt unser Schwerpunkt einen – hoffentlich spannenden – Eindruck. ●

VOM SPRECHER DER EJÉRCITO ZAPATISTA DE LIBERACIÓN NACIONAL (EZLN) INS NIRGENDWO

Adiós Marcos

Am 25. Mai erklärte Subcomandante Insurgente Marcos in La Realidad, auf der Trauerfeier für José Luis Solís López, genannt »Galeano«, sein eigenes Verschwinden. Galeano, ein zapatistischer Aktivist, war am 2. Mai von Paramilitärs ermordet worden.

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION HANNOVER ● Seit nunmehr zwanzig Jahren tritt Marcos in der medialen Öffentlichkeit mit zahlreichen poetischen, humoristischen und durchaus bissigen Texten und Verlautbarungen – gegen den Neoliberalismus und für Menschlichkeit – für die EZLN auf. Marcos war, wie es die zapatistische Bewegung einschätzte, notwendig, um in der medialen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. In der Abschiedserklärung heißt es deshalb: »Sie waren es gewohnt, die Indigenen von oben herab zu betrach-

ten, sie hoben ihren Blick nicht, um uns anzusehen. Sie waren es gewohnt, uns erniedrigt zu sehen, ihr Herz hat unsere würdevolle Rebellion nicht verstanden.«

Wer weltweit von allen verstanden wurde, war ein gebildeter Mann, der sich in schlichter Kleidung – keiner Uniform – aber nicht machtlos sondern mit Gewehr und mit Patronengürteln um die Schultern präsentierte. Mit Pfeife, Sturmhaube und einer zerlotterten Mütze an die drei rote Sterne genäht waren – wortgewandt und als weiß wahrgenommen. Ein neuer Ché – und genau hier begannen auch die Probleme für die zapatistische Bewegung. Die Bemühungen der zapatistischen Gemeinden um eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, Anerkennung ihrer Kultur durch die mexikanische Regierung, Zugang zu Gesundheits- und Bildungssystem verschwanden zum Teil hinter der wortgewandten Ikone Marcos.

Was die Figur-Marcos für die zapatistische Bewegung erreicht hat, ist ein international verständlicher

Diskurs, den eine, vor allem urbane Linke auf der ganzen Welt versteht. Durch Marcos Auftritte gelang es der EZLN eine solidarische Verbindung zu schaffen zwischen Hamburg, Istanbul, Mailand und vielen anderen Orten der Welt und dem lakandonischen Urwald im Süden Mexikos. Es gibt heute kaum eine linke Kneipe in Deutschland, in der es keinen zapatistischen Kaffee gibt. Die EZLN hat ihren Krieg auf der öffentlichen Bühne vor allem mit Worten geführt. Sie hat sich zum Teil entmilitarisiert, aber nicht entwaffnen lassen. Es ist der zivile demokratische Prozess, den die zapatistische Bewegung insgesamt tragen und wollen muss – unabhängig von der Figur Marcos. Und dennoch waren es vor allem diese Reden, Briefe und Kommuniqués, die internationale Solidarität in dieser Breite hervorbrachte. Es hat aus Sicht der EZLN einen Wandel in den politischen Bewegungen gegeben, der Marcos überflüssig macht. Und so heißt es in seiner Abschlussrede: »Es ist unsere Überzeugung und unsere Erfahrung, dass es zum Rebellieren und Kämpfen keinen Anführer oder Boss oder keinen Messias oder Heiland braucht. Um zu kämpfen ist das Einzige was man braucht Schamgefühl, ein wenig Würde und sehr viel Organisation. Der Rest ist gut fürs Kollektiv oder nicht.« ●

Die gesamte Rede findet sich unter: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2014/05/25/entre-la-luz-y-la-sombra/>

STILL
ING
BUKO!

BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten und
Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungs-
pädagogischer Zusammenarbeit e.V.
Darlehensgenossenschaft eG Kiel
BLZ 210 602 37, Konto: 234 389
IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89
BIC bzw. SWIFT GENCOEF1EDG
www.buko-braucht-kohle.de

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Vereinsmitglieder im Oktober wird CONTRASTE- die Zeitung für Selbstorganisation 30!

Ein tolles Alter - auch wenn mir ein jedes Alter reizvoll und spannend erscheint.

30 tickt in meinen Ohren den Nachhall an: mitten im Leben schon, erfahren, voller Energie und neuer Ideen, eine gute Zeit um sich zu zeigen, um Herzensangelegenheiten zu wagen.

Wenige Monate vor dem Geburtstag treffen wir uns vom 11.07-13.07.2014 zum jährlichen Sommerplenum, heuer bei Thedinghausen. Wir werden über die Zukunft der Zeitung sprechen. Zu ihrem 30. soll CONTRASTE ihr Outfit verändern; auch inhaltlich planen wir neue Akzente zu setzen und unsere Eigenheit noch mehr zu betonen. Diskussionen hierzu werden derzeit lebhaft und vielstimmig geführt.

Zu den Besonderheiten der Redaktion zählt eine bunte Altersmischung. Für CONTRASTE arbeiten Menschen von Anfang 20 bis über 70,

die ihre Ideen in vielfältigen Projekten entwickelt und manches gewagt und auf die Beine gestellt haben. Bei unseren Plena essen, trinken und streiten wir miteinander, lassen uns von den Gedanken und der Praxis der anderen inspirieren; all das fließt in die Zeitungsarbeit und die zukünftige Ausrichtung der Publikation ein. Vielleicht macht dich das neugierig?

Wer das Plenum besucht, geht keine Verpflichtungen ein. Sie/er und muss auch nicht schreiben (wollen).

Neugierde reicht vollkommen aus. Eventuell hast du auch Lust, deine Sicht auf die Zeitung und ihre Inhalte mit uns zu teilen? All das wäre ganz wunderbar - so come and join us.

Wir freuen uns auf dich.

Der Vorstand und für das Redaktionskollektiv Antonia Schui

Kontakt: koordination@contrast.org

WRITER'S CORNER

Apropos: Selbstorganisation

VON BRIGITTE KRATZWALD • Ich habe in den letzten Wochen einige Bücher von Ivan Illich (wieder)gelesen. Dort findet sich zwar nicht der Begriff »Selbstorganisation«, seine Vision einer besseren Welt weist aber eindeutig in diese Richtung. Er sieht darin weniger eine Form des Widerstands gegen die Konsumgesellschaft, vielmehr hält er es schlicht für eine Grundfähigkeit der Menschen, ihre Bedürfnisse selbst befriedigen zu können. Werden sie daran gehindert, führe das zu Ohnmachtsgefühlen und Frustration. Genau das diagnostiziert er in der modernen, durchinstitutionalisierten Gesellschaft: sie mache Menschen abhängig von Waren und ExpertInnen. Eine zentrale Rolle bei der Paralyse der menschlichen Fähigkeiten spielt für ihn das Schulsystem. Es »wirkt nicht befreiend oder bildend, weil die Schule die Unterweisung denjenigen vorbehält, deren Lernen Schritt für Schritt Maßstäben einer vorher festgelegten gesellschaftlichen Kontrolle entspricht«.

Lernen, so Illich, könne gar nicht nach standardisierten Plänen und in normierten Wissenspaketen erfolgen, sondern finde immer im Leben statt, in konkreten Situationen und in Auseinandersetzung mit Menschen, die gerade an den gleichen Themen arbeiten oder im Kontakt mit Menschen, die Freude daran haben, ihre Fähigkeiten weiter zu geben. Um diese Menschen zusammen zu bringen, entwirft Illich ein System, das die Funktionsweise heutiger Online-Plattformen nahezu eins zu eins vorwegnimmt. Illichs Frage, ob wir Technologie dazu benutzen könnten »... Einrichtungen zu schaffen, die dem persönlichen, schöpferischen und selbständigen Zusammenwirken und der Entstehung von Werten dienen«, können wir heute zumindest teilweise mit ja beantworten.

Wir haben alle Voraussetzungen für die Form des Lehrens und Lernens, die Illich als Quelle von Selbstermächtigung beschreibt. Und sie werden auch genutzt. In vielfältigen Peer-to-Peer-Netzwerken tauschen Menschen ihre Erfahrungen aus, lernen gemeinsam oder kooperieren bei der Konstruktion von Maschinen, Häusern oder Möbeln. Aber auch heute beteiligen sich nur wenige Menschen daran, obwohl sich die von Illich wahrgenommenen Frustrations- und Ohnmachtsgefühle seither noch verstärkt haben. Selbstorganisation bleibt trotzdem ein Nischenphänomen. Den vielen Erklärungsversuchen dafür fügt Illich einen weiteren hinzu: Die Prägung durch die Schule führe dazu, dass Menschen ihr Leben lang alles was nicht standardisiert durch ExpertInnen hergestellt wird, geringschätzen. Wer selbst lernt, sich selbst heilt oder Dinge des täglichen Gebrauchs selbst herstellt, werde in einer Gesellschaft, die vollkommen vom Konsum abhängig ist, verdächtig. Seine Schlussfolgerung: Wir könnten die Verbrauchergesellschaft nicht überwinden ohne zu verstehen, »daß pflichtmäßige öffentliche Schulen unweigerlich eine solche Gesellschaft reproduzieren, was immer in ihnen gelernt werden mag«.

Nun sind monokausale Begründungen nie geeignet, Antworten auf komplexe Fragen zu geben, diese jedoch scheint mir bisher vernachlässigt worden zu sein und sie wirft ein neues Licht auf die Tatsache, dass in den weniger »entwickelten« Ländern der Anteil an Selbstorganisation wesentlich höher ist. Vielleicht sind das keineswegs immer nur »Notlösungen«, weil Markt und Staat dort nicht so »perfekt« funktionieren wie bei uns, sondern den Menschen wurden – wegen des kürzeren Schulbesuchs – ihre Fähigkeit zur und ihre Lust an Selbstorganisation einfach nicht so gründlich ausgetrieben. ●

SPENDEN-UND ABOZÄHLER

Aktion 2014

Liebe UnterstützerInnen,

Im Mai gab es zwei neue Abos und zwei neue Fördermitglieder. Außerdem wurden 5 Buchhandelsabos von der Projektwerkstatt Hildesheim bestellt. Leider gab es auch 4 Kündigungen.

2014 gab es bisher insgesamt 1145,- Euro an Spenden. Vielen Dank euch allen für euer Engagement.

Eure CONTRASTE - Redaktion

RICHTIGSTELLUNG AUS CON-356-MAI

In der Maiausgabe schrieben wir auf Seite 1 zu »LiSA-solidarisch wohnen in Wien«, in aus dem Inhalt, dass sich 5 Projekte gegründet hätten. Erfreulicherweise sind sie mehr. Es sind sechs Projekte. Zudem sind Brigitte Hein und Oliver Auer keine Projektgründer, wie es in dem gleichen Text hieß, sondern schlicht Mitglieder der Baugruppe LiSA.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Soldaten-Leben

Lieder von Krieg und Frieden aus fünf Jahrhunderten

Das Jahr 2014 steht ganz im Zeichen der Erinnerung an den I. Weltkrieg, der initialen Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Während in anderen europäischen Ländern standardmäßig des I. Weltkriegs gedacht wurde, hat sich Deutschland bislang mit der Erinnerung an dieses Ereignis schwer getan. Der I. Weltkrieg stand immer im Schatten der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und dem II. Weltkrieg. Der 9. November, der als Tag des Kriegsendes in Deutschland gilt, wird vorrangig mit der Erinnerung an die Reichsprogromnacht und den Mauerfall gefüllt. Der 11. November, der in Frankreich traditionell als ein Gedenktag an das Ende des I. Weltkrieges genutzt wird, ist in Deutschland völlig unbekannt.

Der, der Friedensbewegung nahestehende Folksänger Günter Gall hat passend zum Gedenkjahr mit Unterstützung des Gitarristen Konstantin Vassiliev, mit dem er bereits andere Projekte wie eine Vertonung des Werkes der (fast) vergessenen Mascha Kaléko umgesetzt hat, eine Sammlung von 20 Liedern zum Thema Krieg aus fünf Jahrhunderten zusammengestellt. Es finden sich dabei Lieder aus dem 30jährigen Krieg (1718-1748) und dem 7jährigen Krieg (1756-1763) sowie jene die sich aus den Erfahrungen des I. und II. Weltkrieges speisen – darunter sind Vertonungen von Kurt Tucholsky und Erich Kästner. Dazwischen finden sich vier Instrumentals von Konstantin Vassiliev, ein jiddisches Lied sowie eine deutschsprachige Vertonung von Boris Vians Klassiker »Le Deserteur«.

Er schlägt damit den Bogen von historischen Liedern aus dem 17. Jahrhundert zu modernen Klassikern.

So vielschichtig die Auswahl der Lieder ist, so teilen sie doch alle das Leiden am Krieg und seinen Folgen. Es geht um die Rekrutierung und das Fallen junger Soldaten (»Lied von der Rekrutierung«, »Primaner in Uniform«, »Der Deserteur«) oder der Alltag des Soldatenlebens (»Des Morgens zwischen drein & viern«). Vieles von dem ist leider auch heute noch aktuell und lässt einen erschauern.

Günter Gall hat eine gute Auswahl von Liedern getroffen und handwerklich toll vertont. ●

DJ Chaoz



Label: Jump Up | Vertrieb: Plattenbau

Change of Address !



Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.

NEU:
Änderungen bitte an: abos@contrast.org senden.

SCHNUPPERABO 3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Online-Bestellung unter:

www.contraste.org

oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

SPENDENTICKER 2014

☞ Damit CONTRASTE im Jahr 2014 kostendeckend arbeiten kann, fehlen noch 4025 Euro

SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.
Kontonummer: 515 124 05
BLZ 508 900 00
Volksbank Darmstadt eG
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr:

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg



INTERVIEW MIT DEM CAFÉKOLLEKTIV KOMŞU KAFE AUS ISTANBUL

66 99

Ein Café für die Nachbarschaft

Sie sind zu sechst: Ali, Ali, Ercan, Melike, Ufuk und Nora – Sie sind das Kollektiv »Komşu Kafe« aus Istanbul. Sie sind unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft. Ihr Alter ist zusammengerechnet 218 Jahre, eine Menge Erfahrung, die sie in ihr Café einbringen können. Ihre Sprachen sind Französisch, Deutsch, Türkisch, Arabisch, Spanisch und Englisch. Ihre Herkunft lässt sich ihrer Ansicht nach nicht durch den Eintrag im Pass bestimmen. Die Fragen stellte für CONTRASTE Ulrike Kumppe, Redaktion Hannover.

Foto: Komşu Kafe



Wie seid ihr auf die Idee gekommen ein Kollektivcafé zu eröffnen?

Solidarische Ökonomie war uns allen schon vorher vertraut und etwas, was wir alle ausprobieren wollten. Wir wollten alle etwas zu einer solidarischen Küche in Istanbul beitragen. Beim Soli-Camp in Foca im September 2013 experimentierten wir mit insgesamt 20 Leuten, die kochten und Essen verkauften. Zurück in Istanbul wollten wir schnell mit der Planung für das Kollektiv beginnen.

Was ist das Konzept eures Cafés?

Wir wollen ein Café ohne Chefs oder Hierarchie. Es sollen alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Es soll hier keine festen Preise geben nur Beispiele dafür, was bezahlt werden könnte. Für mehr Erklärungen lest einfach unser Manifest.

Das Manifest hängt bei euch im Café an der Wand. Respektieren eure Gäste die im Manifest angesprochenen Umgangsformen?

Bis jetzt scheint es so, dass alle unsere Prinzipien respektieren. Wenn wir das Gefühl haben, dass etwas schief läuft versuchen wir erst Mal mit den Leuten zu reden.

Welche Relevanz hat es für euch selbst?

Unser Manifest formuliert keine Regeln, aber es bildet unser Ziel ab, einen Ort des respektvollen Umgangs miteinander zu schaffen. Wir haben das Manifest an die Wand gehängt, als ein Weg unsere politischen Ideen auszudrücken und Diskussionen anzustoßen.

Arbeitet ihr alle zur gleichen Zeit hier? Wie organisiert ihr eure Arbeit?

Wir haben drei Schichten an einem Tag. Abhängig von den Bedürfnissen und den Kräften entscheidet jede/r selbst wie viele er oder sie in der Woche übernimmt. Einmal in der Woche ist Plenum und einmal im Monat machen wir ein längeres.

Seid ihr in der Lage euch selbst zu bezahlen?

Ja, wir haben uns von Anfang an einen festen Schichtlohn ausgezahlt. Und abhängig von der finanziellen Situation versuchen wir den besten Kompromiss zu finden.

Ist das Café jeden Tag geöffnet?

Ja, abgesehen vom ersten Donnerstag im Monat, weil an diesem Tag unser großes Plenum stattfindet.

Welche Intention hattet ihr das Café zu eröffnen?

Wir wollen ohne Ausbeutung leben und einen tatsächlich öffentlichen Ort schaffen im Sinne von Commons. Und wir wollen andere Kollektive und Solidarische Ökonomien ermutigen.

Was für Gäste habt ihr – Studierende, türkische Linke, Nachbarn?

Die Mehrheit der Menschen, die zu uns kommen sind aus Kadikoy, aber es kommen genauso Menschen von überall auf der Welt hierher, mit

unterschiedlichen Ideen, unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Beschäftigungen oder Berufen.

»Komşu Kafe« bedeutet Nachbarschaftscafé sind es wirklich vor allem Nachbarn die kommen. Mögen sie euer Café?

Ja, es sind wirklich viele Leute aus der Nachbarschaft die herkommen und da sie wiederkommen gehen wir davon aus, dass sie das Café mögen. Sie sind auch neugierig auf das Café.

Habt ihr auch Veranstaltungen hier oder verkauft ihr nur Kaffee?

Wir kochen hervorragend! Manchmal bringen Leute auch Essen her oder kochen mit uns. Wir haben aber auch viele Veranstaltungen: Parties, Treffen finden hier statt, Filmabende, Workshops. Wir machen auch Spezialitätenabende, dann kochen wir Essen aus anderen Regionen.

Auf welche Weise seid ihr aktuell politisch involviert?

Wir versuchen die alternativen Ökonomien in die aktuellen

politischen Auseinandersetzungen einzubeziehen und bemühen uns auch neue Kollektive zu ermutigen. Wir wollen mehr als nur ein Netzwerk bilden. Alle von uns sind beteiligte und auch betroffene von Migration und städtischer Politik und das ist der Grund dafür, dass diese Perspektiven immer eine Rolle spielen.

Seid ihr verbunden mit anderen kollektiven Projekten in der Türkei oder auch international?

Ein Beispiel dafür ist, dass wir uns bemühen unsere Waren von anderen Genossenschaften und Kooperativen zu beziehen. Wir versuchen uns auch am internationalen Netzwerk für den Verkauf von zapatistischen Kaffee zu beteiligen. Es gibt bei uns im Café auch eine Spendendose mit der wir jeden Monat andere Projekte unterstützen. Wir haben jemanden von ECOS eingeladen, einem Solidaritätsnetzwerk von Kollektiven aus dem spanischen Katalonien, um unsere Erfahrungen auszutauschen.

Was schätzt ihr an eurer Arbeit im Café?

Da sind tausend Sachen. Um nur einige zu nennen, ohne Chef aber dafür mit Freunden zu arbeiten, das Kochen und Erfahrungen mit all den neuen Situationen, die wir hier zusammen erleben.

Vielen Dank für das Interview und alles Gute für eure weitere Arbeit. ●

Info

Komşu Kafe liegt im Istanbul Stadtteil Kadikoy. Vom Fähranleger nur wenige Minuten zu Fuß den Berg hinauf, in einer der vielen Seitenstraßen liegt es. Schon am Eingang ist die Atmosphäre gemütlich. Man fühlt sich sofort gut aufgehoben und willkommen. Im schmalen Erdgeschoss fällt der Blick als erstes auf die Theke auf der linken Seite und das Manifest des Kollektivs auf der rechten Seite, das als großes Plakat in türkisch und englisch aufgehängt ist. Lässt man den Blick durch den Raum schweifen, bleibt man an den Menschen haften, die sich im hinteren Bereich bewegen – Gemüse schnippeln, braten und kochen. Es ist alles unkompliziert. Manche holen sich ihr Essen selbst, andere bekommen es an den Tisch gebracht, nicht danach differenziert, wer es sich leisten kann sondern wem was besser gefällt oder wer sich hier bereits sicherer bewegt. Am Ende des Raumes liegt eine Treppe, die in den ersten Stock führt. Es gibt eine große Sofa Ecke mit Backgammon Spiel und Büchern in unterschiedlichen Sprachen. Dahinter erstreckt sich eine große Fläche, die mit Teppichen ausgelegt ist.

ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN – MODERNISIERUNG VERHINDERN!

Einladung zum Aktionscamp in Büchel

Das können wir nicht zulassen! Kommt zum Camp und werdet aktiv für eine Welt ohne Atomwaffen!

VON JONIGGE, BÜCHEL ● Das Protestcamp findet vom 2.8.-11.8.2014 neben dem sogenannten Fliegerhorst in Büchel statt. Das Camp befindet sich unmittelbar neben dem Haupttor dieses Atomwaffenstützpunktes, von dem dann eigenständige Aktionen wie Blockaden und andere Aktionen des Zivilen Ungehorsams im Rahmen unserer Übereinkunft, von Gruppen geplant und durchgeführt werden können. Dazu laden wir alle ein, Gruppen, die sich bereits gefunden haben oder einzelne Aktive, die erst eine Bezugsgruppe finden wollen, zum Camp zu kommen. Lasst uns Büchel zum Symbol des Widerstands gegen den atomaren Wahnsinn in Deutschland werden!

Atombomben in der Bundesrepublik – im Rahmen der »nuklearen Teilhabe« lagern noch heute geschätzte 20 Atombomben auf dem Gelände des Militärstützpunktes Büchel. Damit verstößt dieses Konzept gegen den Atomwaffensperrvertrag, dem die Bundesrepublik als Nichtkernwaffenstaat 1968 beigetreten ist. Darin hat sie sich verpflichtet, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen. Und damit nicht genug, statt sich wie im Bundestag schon vor 4 Jahren beschlossen, für den Abzug der letzten Atombomben von deutschem Boden einzusetzen und so ein positives Zeichen zur Beendigung der atomaren Abschreckung zu setzen, wurde im letzten Jahr unter Zustimmung der deutschen Bundesregierung beschlossen, diese Atombomben zu modernisieren. Die modernisierte Atombombe B61 wird

gezielter einsetzbar sein, aufgrund ihrer Lenkfähigkeit und der variablen Einstellung der Sprengkraft (»Mini-Nuke«). Damit steigt die Gefahr zum tatsächlichen Einsatz dieser Atombombe, die schon heute ein mehrfache Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe besitzt.

Für Aktionen und Blockaden haben sich angekündigt: die FriedenreiterInnen sowie der AG Büchel aus dem Jugendnetzwerk für politische Aktion (JunepA). Eine Gruppe aus Lebenslaute wird auch Präsenz vor den Toren zeigen, genau wie die Großfigur DUNDU. Ebenso findet parallel zu dem Protestcamp die jährliche Fastenaktion des Initiativkreises gegen Atomwaffen statt. Wenn wir viele werden, können wir ein starkes Zeichen setzen für die Abschaffung der nuklearen Bedrohung!

Seit 1996 organisiert die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) Aktionen des Zivilen Unge-

horsams am NATO-Bundeswehrstützpunkt Büchel und darüber hinaus an weiteren Orten. Wie weitere rund 50 Organisationen und Gruppen gehört die GAAA zum Trägerkreis der Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt«, die seit 2012 sich dafür einsetzt, Atomwaffen weltweit zu ächten und gegen die Modernisierung der in Europa stationierten 180 US-Atomwaffen zu kämpfen.

Das aktuelle Ziel der Kampagne ist es, vor dem Hintergrund der nächsten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2015 in New York sich für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren. ●

Komm zum Camp und bring Deine Empörung gegen Atomwaffen zum Ausdruck!

weitere Informationen sind zu finden unter
www.Buechel-atomwaffenfrei.de

RECLAIM THE FIELDS AKTIONSCAMP 2014

Einladung zum Camp in Sehlis/Taucha

Wir laden vom 7. 7. – 15. 7. 2014 in Sehlis/Taucha bei Leipzig ein zum Camp gegen die Schnellstraße B87n.

VOM ORGA-TEAM ● Der Anlass des Camps sind die obrigkeitstaatlichen Planungen für die Schnellstraße B87n. Diese soll durch eines der letzten noch unzerschnittenen Landschaftsschutzgebiete in Nordsachsen unter anderem über die Streuobstwiese der Gemüsekooperative Rote Beete und der Kommune Sehlis gebaut werden. Seit Jahren gibt es in der gesamten Region

einen breiten Widerstand gegen das Projekt. Reclaim the Fields(RTF), die solidarische Gemüsekooperative Rote Beete, die Kommune in Sehlis und der Autobahnstammstisch Sehlis wollen deshalb gemeinsam ein buntes und widerständiges Camp in der Parthenaue auf die Beine stellen.

Die Gemüsekooperative Rote Beete in Sehlis bei Taucha besteht seit 2011 als Solidarische Landwirtschaft und versorgt auf 5 ha Land über 400 Menschen in der Umgebung ganzjährig mit Gemüse nach den Prinzipien einer ökologisch-solidarisch-gemeinschaft-

lich-politischen Landwirtschaft. Die 5 hauptamtlichen Gärtner_innen der Kooperative leben in der angrenzenden Kommune in Sehlis in gemeinsamer Ökonomie.

Auf dem Camp sollen die Themen: emanzipatorische Landwirtschaft, gemeinschaftliches Leben und Arbeiten, Widerstand gegen die B87n im Mittelpunkt stehen. Denn die B87n ist nur ein Ausdruck eines gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs, welcher durch Wachstumswahn, Profitstreben und Beschleunigungssucht die Interessen Weniger über die Bedürfnisse Vieler stellt und weltweit die natürlichen Ressourcen zerstört.

Natürlich können wir eure tatkräftige Unterstützung gebrauchen. Beim Campaufbau ab dem 7. 7. 2014 und beim Abbau oder während des Camps. Kommt vorbei und spuckt in die Hände!

Wir freuen uns auf euch und eure Ideen! ●

Weitere Informationen
www.aktionscampsehlis.blogspot.de

Anmeldungen und Fragen an
tf-aktionscamp@mtmedia.org

CÖLBE: WAGNER & CO SOLARTECHNIK

» Wir wenden weiter«

Die Insolvenz des Solarpioniers Wagner & Co Ende April kam für viele überraschend. Für das 35 Jahre alte Unternehmen im hessischen Cölbe, das komplett im Besitz seiner MitarbeiterInnen ist, war die Energiewende-Bremse der Bundesregierung Auslöser für den Gang zum Amtsgericht. Doch nun regt sich Widerstand in Teilen der Belegschaft: Gemeinsam mit KundInnen und interessierten BürgerInnen werden neue Konzepte diskutiert, die Gründung einer Genossenschaft ist bereits beschlossene Sache.

VON PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART • Wie CONTRASTE in der letzten Ausgabe berichtete, beurteilten KennerInnen der Branche die Wagner-Insolvenz als »Fanal falscher Energie- und Wirtschaftspolitik«, wie es die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, Eurosolar e.V. bezeichnete. Die Wagner & Co Solartechnik GmbH hatte in ihrer Presseerklärung zur Einleitung eines Insolvenzverfahrens darauf hingewiesen, dass die positive Fortführungsprognose »durch die Marktentwicklung der letzten Monate und die tiefgreifende Verunsicherung bezüglich der politischen Rahmenbedingungen für die Solarstromerzeugung konterkariert« wurde.

BUNDESREGIERUNG WILL SOLARSTROM AUSBREMSEN

Gegen diese verfehlte Energiepolitik der schwarz-roten Bundesregierung bildete sich ein breites Bündnis, das bereits seit einigen Monaten zur Energiewende-Demo am 10. Mai nach Berlin aufrief. Mehr als 12.000 TeilnehmerInnen demonstrierten zu Wasser und zu Lande gegen die Pläne der Bundesregierung, den Ausbau der erneuerbaren Energien auszubremsten. Mit rund 120 Booten, Kanus und Flößen auf der Spree sowie einer Demonstration entlang der Spreeufer forderten sie, die Energiewende nicht kentern zu lassen. Die Demonstration wurde von »ausgestrahlt«, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact und den Naturfreunden Deutschlands veranstaltet und von einem breiten Bündnis verschiedener Organisationen und Initiativen unterstützt.

Bei der Abschlusskundgebung kritisierte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger die vor kurzem im Bundestag erstmals debattierte Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes: »Die Pläne der Bundesregierung verzögern die Energiewende. Das Parlament muss nachbessern und ein Gesetz verabschieden, das die Energiewende beschleunigt anstatt sie abzuwürgen.«

Deutlicher äußerte sich das Kampagnen-Netzwerk Campact, das insbesondere den SPD-Wirtschaftsminister ins Visier nahm: »Sigmar Gabriel will mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) eine Sonnensteuer einführen: Wenn Großunternehmen wie BASF und Bayer mit eigenen Kohle- oder Gaskraftwerken für ihre Produktion Strom erzeugen, sollen sie pro Kilowattstunde nur ein Cent EEG-Umlage zahlen. Wenn hingegen BürgerInnen und kleine Gewerbetreibende mit Solaranlagen für den eigenen Bedarf Strom herstellen, sollen sie drei Cent zahlen, MieterInnen sogar sechs Cent. Damit würde der Ausbau der Photovoltaik ausgebremst.



▲ MitarbeiterInnen von Wagner & Co mit neuem Banner bei der Energiewende-Demo in Berlin ganz vorn mit dabei.

Foto: Wagner und Co

Schon heute ist der Zubau von Solaranlagen in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren gefallen. Auch einige MitarbeiterInnen von Wagner & Co nahmen an der Energiewendedemo in Berlin teil – und bereits mit einem Aufruf, sich an einer Wende in ihrem Unternehmen zu beteiligen (vgl. Bild). »Wir wenden weiter« ist das sinnvolle Motto, unter dem wenige Tage später ihre konkrete Idee in einem neuen Blog zu lesen war. Denn nachdem die Insolvenz beim Amtsgericht angemeldet war, »formierte sich in der Belegschaft eine wachsende Gruppe Aktiver. Mit KundInnen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern soll eine Fortführung des Unternehmens realisiert werden.« Ziel sei, kurzfristig ein Angebot an den vorläufigen Insolvenzverwalter abgeben zu können. Neben einem tragfähigen Geschäftsmodell spiele dabei die Eigenkapitalbasis eine wichtige Rolle.

EXTERNE PARTNER KÖNNEN SICH BETEILIGEN

Weiter heißt es im Blog: »Denn wir sind Experten nicht nur im Bereich Solarstrom, sondern auch bei der solaren Wärme, die bisher von der Regierung nicht angegriffen wird. Uns stärkt das Wissen, dass eine engagierte Belegschaft, die an den Entscheidungen und am Erfolg des Unternehmens partizipiert, auch einen hohen

materiellen Wert darstellt. Denkbar ist beispielsweise eine Genossenschaft, an der sich neben den Mitarbeitenden auch externe Partner beteiligen können.«

Trotz der schwierigen Ausgangslage glauben die MitarbeiterInnen weiterhin an eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand. »Wir haben hervorragende Produkte, 35 Jahre Erfahrung und ein stabiles Vertriebsnetz. Daher sehen wir gute Chancen für eine erfolgreiche Weiterführung«, bemerkte Pressesprecher Christof Geiger. Er verweist auch darauf, dass der Geschäftsbetrieb derzeit in vollem Umfang fortgeführt wird. KundInnen würden bedient und seien in weitesten Teilen solidarisch. Und von den ParlamentarierInnen im Bundestag fordern die Wagner-Aktiven, »dass sie die Sonnensteuer verhindern, damit der Ausbau von Solarstrom in Deutschland eine Zukunft hat.«

Die Gruppe der Wagner-Aktiven geht laut dem neuesten Blog-Eintrag offenbar entschlossen voran: »Beim zweiten Treffen am 20. Mai waren bereits 25 Personen dabei. Wir haben nach eingehender Diskussion als Rechtsform die Gründung einer Genossenschaft beschlossen. Das ermöglicht die unkomplizierte Einbindung möglichst vieler Kunden und Unterstützer vergleichsweise unbürokratisch.«

Unter dem Aufruf »Gabriel hat die Energiewende ruiniert – wir wenden weiter! Setzen Sie sich für demokratische Unternehmensstrukturen ein?« meldeten sich

nach wenigen Tagen mehrere UnterstützerInnen zu Wort. So schrieb ein Thomas Seltmann: »Wir stehen in euren Reihen und jeder von uns ist aufgerufen mitzuhelfen, dass Wagner & Co ein Fels in der Brandung der destruktiven Energie- und Branchenpolitik der aktuellen Bundesregierung bleibt.« Und Alois betonte den Wert der engagierten MitarbeiterInnen als Mit-EigentümerInnen: »Die halbe Miete für einen Neuanfang ist schon da! Euch gehört der Laden! Ihr brennt für die Idee!« •

Weitere Informationen:

www.wir-wenden-weiter.de

www.energiewende-demo.de

ANZEIGEN

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

12.000 MENSCHEN PROTESTIERTEN IM MAI IN BERLIN GEGEN DIE DEUTSCHE ENERGIEWENDEPOLITIK

Gegen Energieschiffbruch mit der Großen Koalition

In einem waren sich die Befürworter der Energiewende am Samstag in Berlin einig: So wie die Bundesregierung die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) plant, geht es nicht. Rund 12.000 Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich am 10. Mai in der Hauptstadt versammelt. Sie demonstrierten unter dem Motto »Energiewende nicht kentern lassen!«.

VON SUSANNE SCHWARZ, BERLIN • Die Veranstalter hatten sich eigentlich mehr Teilnehmer erhofft, nachdem im vergangenen November schon 16.000 Protestierende zur Demonstration gegen die EEG-Reformpläne von Bundesenergieminister Sigmar Gabriel (SPD) in Berlin teilnahmen. Im März hatten noch einmal rund 30.000 Menschen in verschiedenen deutschen Städten demonstriert.

In ein Raster ließen sich die Demonstrierenden nicht stecken. »Wir sehen heute eine sehr bunte, sehr vielfältige Demo«, sagte Uwe Hixsch von der Umweltorganisation Naturfreunde gegenüber CONTRASTE. Sein Verband gehört zu den Organisatoren der Demo, ebenso wie die Anti-Atom-Initiative Ausgestrahlt, der Umwelt-

verband BUND, das Kampagnennetzwerk Campact, die Globalisierungskritiker von Attac und viele andere.

Ein Blick auf die Menschenmassen, die durch das Regierungsviertel bis zur CDU-Parteizentrale liefen, gab ihm recht: Hier wurde eine Atomkraft-nein-danke-Flagge geschwenkt, dort warnte man vor der Fracking-Technologie zur Förderung von unkonventionellem Erdgas und -öl. An anderer Stelle forderten Bürger, dass sie für selbst produzierten und verbrauchten Solarstrom weiterhin keine EEG-Umlage zahlen müssen.

Zum Anfang der Demo mischten sich sogar Fußballfans aus Dortmund unter die Protestler. Eigentlich waren diese nur für das Saisonabschluss-Spiel ihres Herzensvereins gegen Hertha BSC in Berlin und gerade auf dem Weg ins Olympiastadion, doch vorher schwenkten sie noch kurz ihre Fanschals für die Energiewende.

»Bunt und vielfältig«, das heißt auch: Teilweise uneinig. Die Verbände der kommerziellen Erneuerbaren-Branche demonstrierten ebenfalls, um ihre Anliegen öffentlich zu machen: »Biogas: Wir können immer«, heißt es da etwa, während daneben gegen die Deckelungspläne für Solarenergie und Wasserkraft

protestiert wird. Besonders die Bioenergie ist vielfach umstritten. Zwar ist sie nicht vom Wetter abhängig wie Solar- oder Windkraft, für sie wird aber immer noch Mais in Monokultur angebaut – mit negativen Folgen für Böden und Artenvielfalt. Hinzu kommt: Mais, der zur Energiegewinnung genutzt wird, verringert die Anbaufläche für Nahrungsmittel.

Nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren forderten die Demonstrierenden. Das zweite große Thema: der deutsche Kohleausstieg, vor dem die Bundesregierung bisher zurückschreckt. »Hört auf, uns zu verkohlen!«, trugen viele Bürger auf selbstgebastelten Schildern vor sich her. Besonders die rot-rote Landesregierung in Brandenburg bekam ihr Fett weg: Man ärgerte sich darüber, dass die Linkspartei dort mit der »Kohle-SPD« mitziehen und die Erweiterung des Vattenfall-Braunkohle Tagebaus Welzow Süd II durchwinken will – obwohl sich die Partei auf Bundesebene in ihrem Wahlprogramm 2013 klar dagegen ausgesprochen hat.

Auf der Demo erschienen nur wenige der Genossen – mit guter Entschuldigung zwar, schließlich fand am Wochenende zeitgleich der wichtige Bundestag der Linkspartei statt. An der Botschaft der Demonstrierenden kamen sie aber auch dort nicht vorbei: Am Freitag protestierte die Umweltorganisation Greenpeace vor Ort, am Samstagvormittag stellten Braunkohleleger aus der Lausitz dem Parteitag einen Besuch ab.

Hauptadressat der Demonstrierenden blieb aber die schwarz-rote Bundesregierung. Erst am Tage zuvor war ihr EEG-Entwurf in den Bundestag eingebracht worden – inklusive gesunkener Vergütung für Biomasse und Wind, einer neuen Abgabe für selbst produzierten und verbrauchten Strom, neuen »marktnahen« Förderungsstrategien und Rabatten für die Industrie.

Als Opposition kritisieren Grüne und die Linke die Pläne stark. Die Ausschreibungen etwa, die ab 2017 zur Regel in der Ökoenergieförderung werden sollen, »brechen der Bürgerenergie das Genick«, sagte Eva Bulling-Schröter, energiepolitische Sprecherin der Linksfraktion. Eine Befürchtung, die auch viele Demonstranten am 10. Mai mit ihr teilten.

Was sie von den Politikern jetzt erwarten, machen etliche der Protestierenden gleich einmal auf der Spree vor: Sie unterstützen den Protest auf der Straße auf insgesamt 120 Booten, Kanus und Flößen auf der Spree – ohne sie kentern zu lassen natürlich. •

INTERVIEW ZUR ZUKUNFT DER SOLARBRANCHE

66 99

Die Photovoltaik frisst ihre Gründer

Wagner und Co. war eine der ersten Solarfirmen. Weggefährte Klaus Köln von UfE »Umweltfreundliche Energieanlagen« über die Anfänge, die Gegenwart und die Zukunft der Solarbranche. Für CONTRASTE stellte die Fragen Friederike Grabit.

Die Solarfirma Wagner & Co. hat Insolvenz angemeldet. Eine Zäsur?

Ja. Das ist besonders hart, weil es einer der ersten Betriebe ist, die in dem Bereich was gemacht haben.

Habt ihr zusammen gearbeitet?

Ja, Wagner & Co. hat unseren ersten Wechselrichter gebaut.

Ihr wart beide selbstverwaltete Betriebe, die an einer Nischen-Technologie arbeiteten. Galtet ihr als Spinner?

Auf jeden Fall. Das hat uns aber nicht viel ausgemacht. Zum Beispiel hatten wir so viele Geschäftsführer, wie wir Mitarbeiter waren. Aber die Zeiten haben sich geändert, und wir selbst auch. Wir sind professioneller geworden und haben die Grenzen der Selbstverwaltung kennen gelernt.

Die da wären?

Zum Beispiel, dass nicht jeder alles machen kann. Die Leute müssen sich spezialisieren. Den Jahresabschluss macht eben am besten der, der dafür besonders gut geeignet ist. Deshalb sind wir heute auch nicht mehr selbstverwaltet, und Wagner hat sich aufgeteilt in Führungspersonal und Angestellte, was nicht der ursprünglichen Idee der Selbstverwaltung entspricht.

Habt ihr mehr Zeit mit Reden verbracht als heute?

Nein. Jedenfalls nicht in der Entwicklungsabteilung, da reden wir immer noch sehr viel.

Was bedeutet die Wagner-Insolvenz für die Solarbranche?

Dass der produzierende Teil der Branche in Deutschland weitgehend am Ende ist. Hintergrund war die rasant beschränkte Einspeisevergütung [also die Absenkung der gesetzlich garantierten Preise für ins Netz eingespeisten Solarstrom, Anm. d. Red.] und der Ausbaudeckel [die gesetzl. Begrenzung neu gebauter Photovoltaik-Anlagen, Anm.]. Für Investoren sind dadurch die Perspektiven so schlecht geworden, dass die Nachfrage stark gesunken ist.

Hatten die Solarfirmen eine gemeinsame Strategie, um den Absturz aufzuhalten, waren sie vernetzt?

Leider nein. Es gibt eine dreifache Krise in der Solarbranche. Mit dem Wachstum der Photovoltaik gab es nicht mehr genügend Silizium, viele Firmen konnten nicht produzieren. Die Hersteller haben dann mit den Zulieferern langfristige und teure Lieferverträge gemacht, weil sie Angst hatten, dass das wieder passiert. Die Zulieferer haben Siliziumfabriken gebaut, mit dem Ergebnis, dass es dann zu viele gab. Jetzt hatten die Solarzellenfirmen Verträge mit viel zu hohen Preisen, und dann kam die Finanzkrise. Investoren haben Aufträge kurzfristig zurückgezogen. Und schon vorher hatten deutsche Maschinenhersteller in Asien schlüsselfertige Modulfabriken hochgezogen, die dann den deutschen Herstellern Konkurrenz machten. Dazu kamen dann die drastischen Einsparungen bei der Einspeisevergütung.

Ist das Sterben der Photovoltaik politisch gewollt?

Ja. Als es der Autoindustrie schlecht ging, hieß es, wir müssen diese Branche retten. Bei der Solarkrise dagegen sagte man: Das Wachstum muss begrenzt werden.

Wagner & Co. verkauft ja weltweit, ließ sich der Einbruch des deutschen Marktes nicht abfedern?

Dann muss der Exportanteil ein sehr großes Gewicht haben, sonst reicht das nicht. Deutschland hatte ja immer noch 60 Prozent des Weltmarktes für Photovoltaik.

Wir haben jetzt von der produzierenden Industrie gesprochen, sind auch Firmen vom Niedergang der Branche betroffen, die hauptsächlich entwickeln?

Man entwickelt dann, wenn auch eine Chance besteht, dass man produzieren kann. Die Investitionen in die Entwicklung sind deutlich reduziert worden, nachdem wir unsere frühere Vormachtstellung auf dem Weltmarkt verloren hatten.

Wer hat ein Interesse daran, wenn es der Photovoltaik-Branche schlecht geht?

Der Erfolg der Photovoltaik hat deutliche Einschnitte beim Ertrag der konventionellen Energieunternehmen verursacht. Durch die engen Verflechtungen zwischen Energiewirtschaft und Politik war ein schnelles und effektives Umsteuern auf erneuerbare Energien, wie es von einer Mehrheit in der Bevölkerung gewünscht wird, nicht möglich. Es ist ein bedrohliches Szenario für einen

Energieversorger, wenn die Kunden sich selbständig machen und selbst zu Anbietern des Produktes werden, von dem sie selbst Jahrzehnte lang gelebt haben.

Warum sind die Energieversorger nicht selber viel früher in diesen Markt eingestiegen?

Da hat die Liberalisierung einen wesentlichen Einfluss. Sie haben nicht mehr das Personal und die Zeit, über zukunftsreiche Technologien nachzudenken und darüber, wie man die Gesellschaft voranbringen kann. Entscheidend ist nur noch, wie man kurzfristig im Wettbewerb dasteht. Sie haben es verpasst, auf den Wandel zu reagieren.

Mit einem nicht liberalisierten Strommarkt wäre eine schnelle Umstellung also möglich?

Ja, das zeigt die Einführung der Atomenergie vor 50 Jahren. Die Politik hat das damals beschlossen und es wurde gemacht, obwohl die Energieversorger dagegen waren. Sie haben nur mitgemacht, weil die Politik alle Risiken übernommen hat. Die Einführung der Erneuerbaren sollte allerdings viel leichter sein als damals die Einführung der Atomenergie, nur hat man heute diese Strukturen nicht mehr.

Aber die Energiekonzerne sprechen davon, in den Markt der Erneuerbaren groß einzusteigen – habt ihr als Solarpioniere damit am Ende nicht Recht behalten?

Das kam immer aus den Werbeabteilungen, dahinter stand nie eine Strategie.

Es war also nicht ernst gemeint?

Doch, das war ernst gemeint, denn sie haben ernsthafte Imageprobleme. Doch ich sehe keine erfolgreichen Technologien oder Investitionen dafür in der traditionellen Energiewirtschaft.

Hat die Bundesregierung den Begriff Energiewende missbraucht?

Eher vereinnahmt und in eine andere Richtung gebracht. Die ursprüngliche Energiewende

war etwas, das von unten kam, um die Risiken der Atomenergie loszuwerden und die Umweltprobleme nachhaltig zu lösen. In den 1980er Jahren hat man noch gedacht, das Problem sei vor allem, dass die Ressourcen irgendwann verbraucht sind. Heute sehen wir, dass die Luft eher verbraucht sein wird als die Energieträger. Es ist klar, dass es ohne erneuerbare Energien gar nicht gehen kann.

Wird es den Umstieg geben?

Jeder, der wirtschaftlich rechnet, kommt zu dem Schluss, dass konventionelle Energie immer teurer wird, und erneuerbare wird billiger. Der Umstieg ist nicht aufzuhalten.

Wird es 100 Prozent erneuerbare Energien in Deutschland geben?

Es wird mehr als 100 Prozent geben. Vieles, was jetzt mit Ressourcenverbrauch verbunden ist, wird durch Energieverbrauch ersetzt werden, beispielsweise Stahl, der begrenzt ist, durch reichlich vorhandenes, aber energieintensives Aluminium.

Können wir unsere ökologischen Probleme also durch Technologien lösen?

Nein, die können wir nur lösen, wenn wir wirkliche Verantwortung für die Erde übernehmen, und zwar über nationale und Blockgrenzen hinweg. ●

▼ Klaus Köln

Foto: Privat



BLOCKUPY AKTIONSTAG IN HAMBURG

» Hafencity entern - Elbphilharmonie besichtigen!«

Der gemeinsame regionale Aktionstag des Blockupy-Bündnis für Norddeutschland begann mittags bei gutem Wetter am Hamburger Hauptbahnhof. Die Elbphilharmonie war das Ziel ihres Protests.

VON GASTON KIRSCH, REDAKTION HAMBURG ● Hinter dem Leittransparent »Solidarity beyond Borders – for Democracy from below« gingen in weiße Plastikoveralls gewandete TrägerInnen mit Sonnenbrillen, gefolgt von Teilnehmenden mit aufgespannten Schirmen, auf denen etwa stand »Rise up!«. Die bunten Regenschirme mit Forderungen trugen aktive aus dem Hamburger »Recht auf Stadt!«- Bündnis, dass sich an der Demo beteiligte. Auch das Spektrum der »Interventionistischen Linken«, dessen Mitgliedsgruppen Blockupy mittragen, war gut vertreten. Winkelemente gab es auch von der SDAJ und zahlreichen weiteren Organisationen. Erster Mai in miniature, nur ohne DGB-Apparat und SPD-Funktionäre. Auf unterschiedlichsten, originellen bis diffus wirkenden Transparenten der knapp 2.000 Teilnehmenden hieß es etwa: »Zu viele Wünsche, zu wenig Platz« oder »Fleischindustrie enteignen – Kapitalismus abschaffen!«. Daneben gab es Forderungen nach einer Stadt für Alle und einer Kritik der sozialen Ausschlüsse nach Verwertbarkeitskriterien bei der Modernisierung Hamburgs. Ein Schwerpunkt waren Solidaritätsbekundungen mit den vom Hamburger Senat illegalisierten Lampedusa-Flüchtlingen: »Wir sind auch Lampedusa!« oder »Gemeinsam und international – Wohnen, Arbeit, Mindestlohn – Bleiberecht für Alle!«. Oder wie der norddeutsche Blockupy-Sprecher Christoph Kleine »Wir sind nicht damit einverstanden, dass der Kapitalismus auf dem Rücken der Beschäftigten und Arbeitslosen, der RentnerInnen, MigrantInnen



Foto: Giovanni Lo Curto

und Jugendlichen gerettet wird. Gemeinsam sagen wir: Wir schulden nichts, wir zahlen nicht!«

Die bunte, einladend offene Demonstration lief in losen Reihen an verschiedenen Krisenakteuren vorbei. So gab es eine Kundgebung vor dem Sitz der in der Stadt einflussreichen Handelskammer, die an der Rückseite des Rathauses anschließt: Der gemeinsame Innenhof ist ein Symbol für die enge Verbindung zwischen Handelskapital und Hamburgs Bürgerschaft und Senat. Abschließend ging es in die Hafencity, den neuen, hochpreisigen Retortenstadteil direkt an der Elbe. »In diesem herausgeputzten Areal wird augenfällig, wohin die Mittel fließen, die den Prekarisierten, Refugees, Familien und Millionen anderer Menschen für ein gutes Leben fehlen«, hieß es im lokalen Demo-

aufzug: »Das Ziel ist die Baustelle der Elbphilharmonie, das weithin sichtbare Symbol für protzige Elitenkultur, Korruption und Verschwendung in Hamburg. Wie praktisch, dass an diesem Tag dort auch offiziell zu Besichtigungen eingeladen wird...« Dabei nahm die Polizei die vollmundige Losung des norddeutschen Blockupy-Bündnisses »Hafencity entern - Elbphilharmonie besichtigen!« zum Anlass für einen martialischen Aufmarsch an Personal und Bürgerkriegsequipment. Denn am gleichen Tag veranstaltete die Stadt Hamburg einen »Tag der Elbphilharmonie«. Besuchergruppen konnten die Baustelle besichtigen, zahlreiche Bands spielten vor dem fast fertigen Prunkgebäude auf einer Bühne. Der Bau der »Elphi« ist in der Stadt umstritten, nicht zuletzt, weil die Kosten für die »Gläserne Welle«

auf einem alten Kaispeicher von zunächst veranschlagten 77 Millionen Euro auf mittlerweile 789 Millionen Euro gestiegen sind – finanziert aus dem kommunalen Haushalt, während gleichzeitig soziale und kulturelle Ausgaben etwa in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt werden wegen angeblichem Sparzwang zur Haushaltskonsolidierung. Die Eröffnung wurde mehrmals von 2010 auf 2017 verschoben, die »Elphi« wird durchgezogen im Rahmen des Unternehmens Hamburg, um die Stadt mit elitärer Hochkultur als weichem Standortfaktor für Unternehmen attraktiv zu machen. Protest stört beider Selbstoptimierung im internationalen Wettbewerb und so veranstalteten die 1.000 eingesetzten PolizistInnen, die bereits während der Demonstration selbige einmal kurz aufgestoppt hatten, einen recht massiven Einsatz: Nachdem die Versammlungsleitung den offiziellen Teil beendet hatte, versuchten ein paar hundert Teilnehmende zur »Elphi« zu gelangen. Einige, die durchkamen, veranstalteten eine Sitzblockade im Eingangsbereich der »Elphi«. Die wurde sofort von einer Hundertschaft handfest beendet. Gegen eine größere Gruppe, welche an einer Polizeikette vorbei wollte, wurden Pfefferspray und Hochdruckwasserwerfer eingesetzt. Offizieller Anlass: ein Böllerwurf und ein in Richtung Polizeikette geworfener Stuhl einer Außengastronomie. Es gab kein Durchkommen mehr, der neue Retortenstadteil Hafencity mit der »Elphi« mittendrin wurde weiträumig abgesperrt – passieren durften nur der Polizei unverdächtig Erscheinende. Die massive Polizeipräsenz störte die Inszenierung vom »Tag der Elbphilharmonie« vermutlich nachhaltiger als die Proteste. Blockupy-Sprecher Christoph Kleine nannte den Polizeieinsatz zutreffend »völlig überzogen«. ●

150 JAHRE FRANZ OPPENHEIMER

Vom Brausekopf zum engagierten Wissenschaftler

CONTRASTE ist ein Kind der Alternativbewegung der 1970/80er Jahre. Als Diskussionsforum der damals aufkommenden selbstverwalteten Betriebe ging es um die zentrale Frage: Wie können solche wirtschaftlich exotischen Subjekte im kapitalistischen Meer am Leben gehalten werden. Selbstverwaltete Betriebe wurden damals in allen möglichen Rechtsformen gegründet, die wenigsten in der ihnen - aus der Geschichte - am nächsten stehenden: Der Genossenschaft. Den meisten Bewegten im alternativen Milieu blieb verborgen, dass es seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder ähnliche Ansätze gab. Einer der über die Bestandaussichten solcher Betriebe eine, bis heute unübertroffene, Theorie formuliert hat war Franz Oppenheimer.

VON ALOIS WILHELM, MARBURG • Oppenheimer, geboren 1864 in Berlin, war sein bewegtes Leben lang – er starb 1943 in den USA – äußerst wissensdurstig. »Der Denker in mir hungerte...« (F.O., Lebenserinnerungen. Meinen Kindern gewidmet.) 1886 legte Oppenheimer das medizinische Staatsexamen bei dem bekannten Serologen Paul Ehrlich ab. Überhaupt, er kannte viele Größen der Zeit und viele kannten ihn. Zunächst arbeitet er als Arzt, tastet sich aber auch schon in andere Gebiete vor. Der österreichische Nationalökonom Theodor Hertzka veröffentlicht 1890 das Buch »Freiland. Ein sociales Zukunftsbild«. Hertzka stellte darin die Idee einer Gemeinschaftssiedlung in Afrika vor. Oppenheimer tritt darauf hin einer Berliner Ortsgruppe der »Freiländer« bei. 1893 beteiligt er sich an einem schriftstellerischen Wettbewerb. »Damit war ich ganz ohne meinen Willen zum Schriftsteller, mindesten im Nebenberuf geworden.« (F.O., Mein wissenschaftlicher Weg) Im gleichen Jahr beginnt er publizistische Tätigkeiten in mehreren Zeitungen. Des Weiteren arbeitet er Statuten für die Obstbaugenossenschaft »Eden«, die es bis in unsere Zeit gibt, aus. 1895 bringt er die Schrift »Freiland in Deutschland« heraus. Hier fällt zum ersten Mal bei Oppenheimer der Begriff »Arbeiterproduktivgenossenschaft«. Er kannte den Liberalen Friedrich Naumann, hatte aber auch Umgang mit Anarchisten, wie Erich Mühsam und John Henry Mackay. »In einem Bierkeller in der Friedrichsstadt kamen allwöchentlich einmal eine Anzahl junger Brauseköpfe unter Vorsitz des kränklichen aber gütigen und taktvollen jungen Rechtsanwalts Dr. Mühsam zusammen. Einer hielt einen Vortrag über irgendein literarisches oder soziologisches oder politisches Thema und dann begann die Redeschlacht. Dort habe ich nicht nur die gewaltigsten Anregungen erhalten, sondern auch zu debattieren gelernt. Es ist merkwürdig, welche Anziehungskraft diese kleine Gruppe, die keine Statuten, keinen Vorstand, keine Beitragszahlung, keine Geschäftsordnung, kurz, nichts hatte, was an einen Verein erinnert, auf die bedeutenderen Köpfe der damaligen jungen Generation ausübte.« (F.O., Mein wissenschaftlicher Weg)

1896 ist das Datum, was uns hier interessiert. In diesem Jahr kam von ihm »Die Siedlungsgenos-

Zeichnung: Adrien Tasic



senschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage« heraus. Kernsatz: »Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.« Was ist eine Produktivgenossenschaft? Es ist ein Betrieb, der ausschließlich den MitarbeiterInnen gehört und in der ausschließlich die InhaberInnen ein oder mehrere Produkte herstellen, handeln oder Dienstleistungen erbringen. Franz Oppenheimer nennt drei Faktoren warum Produktivgenossenschaften selten zur Blüte gelangen: Mangel an Kapital, Mangel an Absatz, Mangel an Disziplin. Mangel an Kapital: »Hier geben die Mitglieder (kleine Meister wie Lohnarbeiter) ihre bisherige Erwerbsquelle auf, um aus dem gemeinsamen Geschäft selbst ihren Unterhalt zu ziehen. Die Insolvenz des Genossenschaftsgeschäftes ist demnach der Regel nach zugleich ihre eigene, und der Gläubiger hat nicht, wie bei den anderen Arten der Genossenschaft, in den Privatgeschäften von deren Mitgliedern einen Anhalt, welcher diese fähig macht für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft in solchen Fällen aufzukommen.« Mangel an Absatz: »...die Produktivgenossenschaften stehen unter dem Gesetze der Konkurrenz. Die Genossenschaft ist ceteris paribus dem Unternehmerngeschäft wirtschaftlich überlegen. Aber nicht die kapitalschwache Genossenschaft dem kapitalstarken Unternehmer!« Mangel an Disziplin: »Sollen sich doch die Herren des Geschäftes, die Genossen, einem Leiter unterordnen, der zugleich ihr Diener ist.« Franz Oppenheimer nennt u.a. zwei zentrale Faktoren warum eine »zur Blüte gelangte« Produktivgenossenschaft aufhört eine Produktivgenossenschaft zu sein: Ausbeutung fremder Arbeit und Sperrung weiterer Mitglieder. Ausbeutung fremder Arbeit: Franz Oppenheimer meint, dass Produktivgenossenschaften geneigt sind Nicht-Genossen zu beschäftigen, welche keinen Anspruch auf Verzinsung des Kapitals haben.

Sperrung weiterer Mitglieder: »Wo... die Erlangung der Mitgliedschaft einen Vorteil bedeutet, muß dieser Vorteil mindestens so teuer bezahlt werden, wie er es wert ist. In der Höhe der geforderten Eintrittsgelder drückt sich mit vollster Genauigkeit... wie an der Börse der Marktwert der Mitgliedschaft aus.« Franz Oppenheimer spricht von einem Gesetz der Transformation, einem ehrenfeststehenden, nicht veränderbaren Gesetz. »Der Übergang der Produktivgenossenschaft zur Unternehmerngenossenschaft ist nicht die Folge einer mangelnden Erziehung oder mangelnden Sittlichkeit, sondern Folge eines wirtschaftlichen Gesetzes, des Gesetzes der Transformation.« Vielleicht ist das Apodiktische Oppenheimers einer naturwissenschaftlichen Herangehensweise geschuldet, vielleicht aber auch seinem Charakter. »...eine echte Renaissanceart, dessen stählerne Kraft auf nicht weniger zahlreichen Gebieten des körperlichen Sports als der Geisteswissenschaft geübt ist und der vor allem ein prachtvoller Kämpfer, ein kriegerischer Verfechter seiner Ideen voll unerschütterlicher Zuversicht und froher Selbstgewissheit ist.« (Bab, Die Berliner Bohème) Burghard Flieger hat die Argumentation Oppenheimers kritisch beleuchtet und die Wissenschaft aufgefordert mit neuesten methodischen und inhaltlichen Erkenntnissen die 120 Jahre alten Argumente unter die Lupe zu nehmen. (Burghard Flieger, Produktivgenossenschaft als fortschrittstfähige Organisation) Nach 1945 wurde die neue Wirtschaftsverfassung der jungen Bundesrepublik wesentlich durch Oppenheimers Gedanken geprägt. Die Vertreter Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und andere der Freiburger Schule und damit des Ordoliberalismus waren die Ursprungsgestalter Ludwig Erhard, erster Wirtschaftsminister und zweiter Bundeskanzler, war Schüler Oppenheimers. Ist es ein Zufall, dass auch Elinor Ostrom, Forscherin über Commons, zu den Ehrenmitgliedern des Walter Eucken-Instituts in Freiburg gehört? ●

AGBERATUNG –
...AUF DAS KLEINGEDRUCKTE KOMMT ES AN

Kollektive Beratungsschnipsel

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

Das finde ich jetzt aber nicht so gut...

Ich weiß nicht, ob es stimmt, dass es sehr vielen Mitstreiter_innen in Projekten so geht wie mir: ich streite mich eigentlich nicht besonders gerne in meiner Gruppe, es gibt jedenfalls leichtere Übungen. Und wenn ich mich so umsehe, dann finden wir in unseren Beratungssituationen oft zwei Versionen, wie sich interne Kritik und Meinungsunterschiede bemerkbar machen. Zum einen: gar nicht. Die Gruppen wollen sich gerne einig sein oder sich zumindest so fühlen, sind besonders in Startphasen sehr um Homogenität bemüht. Allenfalls beteiligen sich nicht alle aktiv an Disputen, sondern schweigen bei bestimmten Themen. Zum anderen gibt es Projekte mit 'Minenfeldern', ein Wort und schon geht mindestens ein/e Mitstreiter/in an die Decke, hagelt es nur so Widersprüche, gegenseitige Vorwürfe, oder ähnliches und gelegentlich herrscht auch hier Schweigen, denn mensch spricht einfach nicht mehr miteinander.

Vielleicht ist es nur die Klage des Beraters, dem es ohnehin keine Gruppe recht machen kann. Denn in beiden Fällen kommt selten ein (selbst-)kritischer Prozess in Gang, kann eine fundierte Klärung oder produktive Diskussionen zum Beispiel um Projektziele und besonders persönliche Differenzen im Umgang miteinander initiiert oder gefördert werden. Hartes Brot für externe Unterstützung und für die Beteiligten erst recht.

Denn uns begegnet als ein Hintergrund für diese Phänomene weit verbreitet ein Mangel in Projektgruppen: sich gegenseitig, persönlich kritisieren zu können. Und zwar in einer Form, die annehmbar und diskutabel ist. Es werden sehr häufig alle möglichen Um- und Auswege im Alltag gesucht, um ungeliebtes, störendes oder kränkendes Verhalten nicht persönlich ansprechen zu müssen. 'Ich wollte nicht überlegen wirken', »Ich dachte es geht nur mir so«, »Ich wollte kein/e Besserwisser_in sein« oder »Ich befürchte meine Kritik fällt irgendwann auf mich zurück«. So ähnlich werden uns häufig die Gründe genannt, wenn wir bei manifesten Konflikten versuchen zu rekonstruieren, warum gerade persönliche Kritik so hartnäckig und über lange Zeiträume unter der Decke gehalten wurde. Nicht selten so lange, bis bei irgendeinem nichtigen Anlass der Korken unwillkürlich aus der Flasche springt...und gelegentlich nicht wieder gefunden wird.

Wir müssen gleichfalls erkennen, dass ausgesprochene Kritik wenig angemessen aufgenommen wird, sondern verbreitet als grundsätzliche Ablehnung oder Infragestellung der ganzen Person erlebt wird. Entsprechend heftig fallen die Reaktionen aus, obwohl oftmals nur das Verhalten in einer bestimmten Situation oder ein provozierend wirkende Aussage in Rede steht. Und so läßt sich dadurch eine kritische Bemerkung in Windeseile emotional auf und gewinnt mitunter eine völlig übertriebene Dramatik, die dem konkreten Geschehen in keiner Weise gerecht wird. Und somit schwer oder gar nicht mehr von der Gruppe »eingefangen« werden kann. Zu allem Übel können die Menschen, die sich direkt und spontan kritisch äußern, in eine dominante Rolle geraten. Andere Gruppenmitglieder fühlen sich dem nicht gewachsen oder unterlegen. Und dabei sagt Kritik viel über uns selber aus, läßt häufig erkennen, was jede/r individuell wünscht, sich vorstellt und/oder darin enttäuscht wird. Und das sollte doch im Mittelpunkt stehen.

Kritik und Selbstkritik, diese Elemente gehören zum unverzichtbaren Fundament jedes gemeinschaftlichen Vorhabens, soll es denn dauerhaft gelingen. Das wurde uns nicht allen unbedingt mit in die Wiege gelegt, sondern muss (wieder) erlernt werden, während die Kritik an Staat, Steuern, Kapitalismus und Globalisierung meistens gut ausgebildet ist.

Dabei hilft der inzwischen gut gefüllte Werkzeugkasten mit vielfältigen Methoden von Gewaltfreier Kommunikation bis Radikale Therapie, mit und ohne Begleitung, um zu einem ausgewogenen, kritischen Umgang miteinander zu finden. Mut denen, die sich mit passenden Werkzeugen ausstatten wollen und Bestärkung für die, die bereits damit arbeiten. Es kann wirklich nur besser werden!

Willi Schwarz

www.agberatung-berlin.org

ANZEIGEN

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Probierheft kostenlos

graswurzel revolution

www.graswurzel.net

DER RABE RALF

Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Ausgabestellen wie Bibliotheken, Naturvereine und Umweltschulen oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsbao ins Haus. Kostenlose Probenummern bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030443391-47

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT

express-afp@online.de

www.express-afp.info

Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 5/14 u.a.:

- Wolfgang Günther: »Eine Inszenierung für die Medien« – über die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- Donna McGuire: »Ready for Take Off?« – über eine Konferenz von Flughafenbeschäftigten in Hamburg
- Stefan Schoppengerd: »Völkerrechte für die Konzerne« – über die Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen TISA
- »Demokratische Schule« – Interview mit Adrian Durtschi zum Organizing in der Schweizer Gewerkschaft Unia
- John Milios: »Wider das Diktat der Troika« – über die europäische Austeritätspolitik in Griechenland
- Kirsten Huckenbeck/Bodo Zeuner: »Grenzen des Durchgriffs« – über einen Workshop des »Forum Arbeitswelten – China und Deutschland«

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. VK.)

grünes blatt

Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de

ÄRZTEGENOSSENSCHAFT LOCUMCERT eG, BERLIN

Seine Arbeit selbst bestimmen

Berufsausübungsgemeinschaft als Chance für Honorarärzte

Freie Honorarärzte stehen in den letzten Jahren verstärkt unter Druck. Die Rentenkasse misachtet ihre Freiberuflichkeit und verlangt von Kliniken immer wieder erhebliche Nachzahlungen. Die Folge: Freiberuflich und selbstständig tätige Ärzte werden nicht mehr beschäftigt, in den Einrichtungen kommt es zu erheblichen Personalengpässen und die Patienten und Pflegebedürftigen sind nicht mit dem Gesundheitsförderlichen versorgt. Pflegenotstände in den Kliniken und Versorgungslücken insbesondere im ländlichen Bereich werden ausgeweitet. Ein Ausweg wurde 2012 von Honorarärzten durch die Gründung von LOCUMCERT eG geschaffen, eine Genossenschaft der Freien Berufe im Gesundheitswesen.

NILS ADOLPH UND BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN • Die in Berlin neu gegründete Genossenschaft LOCUMCERT eG arbeitet als Berufsausübungsgemeinschaft von Honorarärzten. Ideengeber und Promotor ist Dr. med. Nicolai Schäfer, der auch im Vorstand der Genossenschaft mitarbeitet. Sie soll langfristig auch für die nichtärztlichen Berufsgruppen im Gesundheitswesen geöffnet werden. Als Berufsausübungsgemeinschaft (BAG) wird hier die Kooperationsform von Ärzten zum Zweck der gemeinsamen Berufsausübung bezeichnet.

GENOSSENSCHAFT VON SELBSTÄNDIGEN

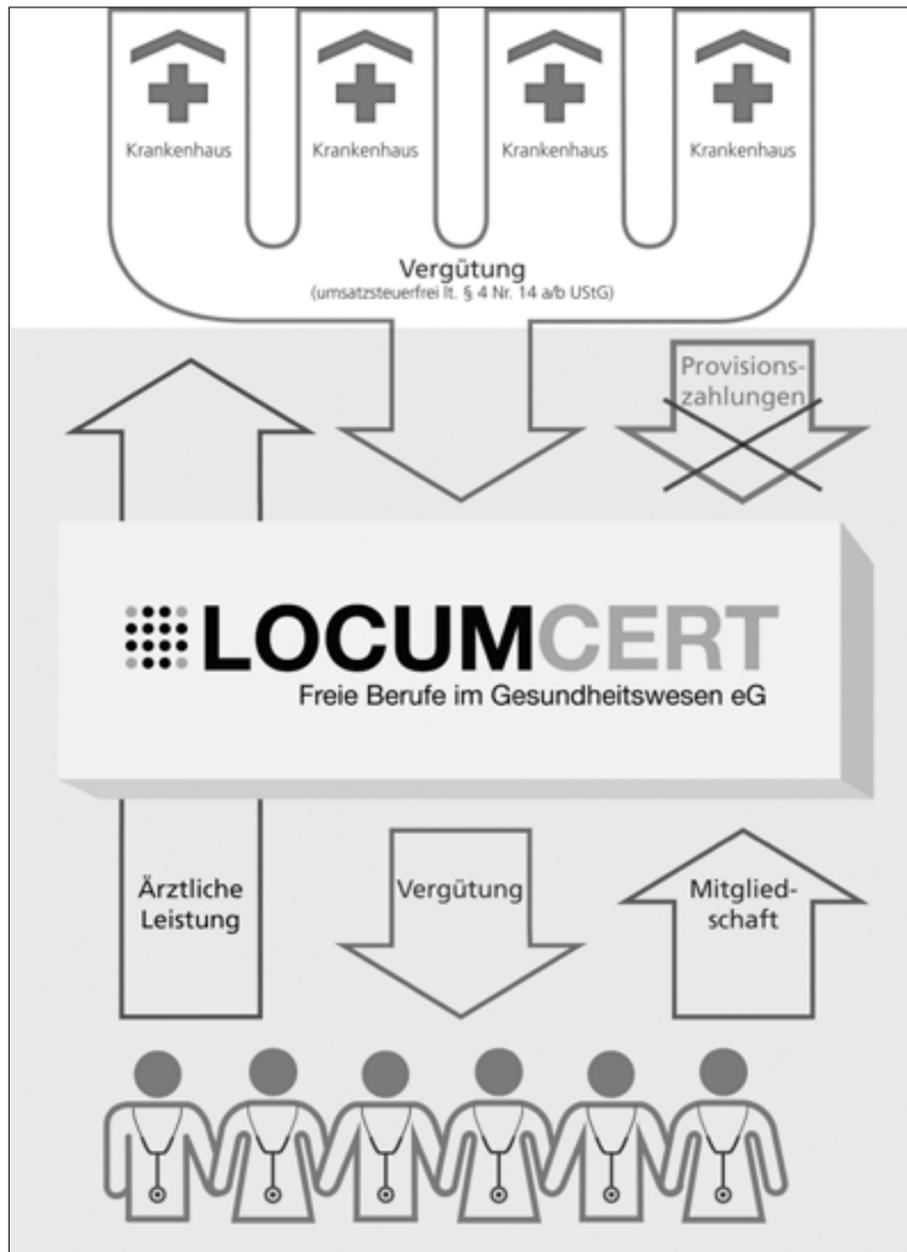
Grundsätzlich erbringt dieser Zusammenschluss gemeinsam medizinische Leistungen. Hierfür wollen die Gründer von LOCUMCERT ein innovatives Angebot entwickeln, das den selbstständig Tätigen und den auftraggebenden Kliniken im gegenseitigen Interesse bessere Rahmenbedingungen bei der Erbringung ihrer Leistungen bietet.

Initiator ist der Bundesverband der Honorarärzte (BV-H e.V.), der seit 2008 die berufspolitischen Interessen der Honorarärzte verfolgt und ihre Sorgen und Nöte kennt. Der Verband engagiert sich gegen die Vereinzelung der Honorarärzte, für mehr Rechtssicherheit und dafür, dass selbstständig am Gesundheitsmarkt tätige Ärzte gemeinsam mehr bewirken. Ihre Zusammenarbeit stellt im Gegensatz zu Agenturen kein Vermittlungsgeschäft dar, sondern mündet in ein umfassendes Geschäftsmodell im Rahmen einer Genossenschaft.

GEGENSEITIGE VERANTWORTUNG

Das Konzept wurde von dem Unternehmensberater Frieder Rock betreut. Er hat seine Überlegungen auch in der Veröffentlichung »Honorararzt - Flexibilität und Freiberuflichkeit: Akquise, Organisation, Recht, Finanzen (2. Aufl. 2014 Kapitel 3.6 - 3.65) niedergeschrieben. Zentrale Aspekte sind nach seiner Einschätzung:

- Die Dienstleistung wird nicht mehr von einem Einzelnen, sondern gemeinsam im Sinne einer Berufsausübungsgemeinschaft von der Genossenschaft erbracht. Sie tritt gegenüber dem Krankenhaus bei der Abrechnung als wirtschaftliche Einheit auf.
- Für die Erbringer medizinischer Leistungen ändert sich an ihrem Status als Freiberufler nichts. Im Bereich der Haftung, beispielsweise für Behandlungsfehler, bleiben die Mitglieder der BAG persönlich verantwortlich.
- Jedes Mitglied kann neben seinem Engagement für die Genossenschaft weiterhin auch für andere Auftraggeber tätig sein; auf Vertragsbindungsklauseln, Vertragsstrafen bei Umgehung o. ä. wird vollständig verzichtet.
- Durch das hohe Maß an gegenseitiger Verantwortung für die Genossenschaft und für ihre Auftraggeber ist eine hohe Qualität und Zuverlässigkeit der zu erbringenden Dienstleistung sichergestellt.
- Das Honorar für die erbrachte Leistung verbleibt – abzüglich der Kosten für den gemeinsamen Verwaltungsaufwand – direkt bei den Beteiligten. Es wird keine Provision für die Vermittlung wie bei Agenturen verlangt. Den Ärzten steht aus dem erwirtschafteten Honorar netto also mehr zur Verfügung.
- Die Ärzte und die übrigen Freiberufler bestimmen selbst über ihren gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb und somit auch über die Höhe des Verwaltungsaufwandes.
- Der Auftraggeber bekommt nicht nur einen Arzt vermittelt, sondern auf Wunsch ein komplettes Dienstleistungspaket. Dies reicht von der Bereitstellung und Abwicklung medizinischer Dienstleistung



▲ Organisation von Leistung und Vergütung durch die LOCUMCERT eG

Fotos: Nicolai Schäfer

- bis hin zur Erstellung von Dienstplänen.
 - Die Mitglieder der Genossenschaft stehen füreinander ein und ersetzen sich gegenseitig, z.B. müssen im Falle von Krankheit die Auftraggeber nicht selbst nach Ersatz suchen.
 - Die Genossenschaft ist ein eigenständiger Wirtschaftsbetrieb, der zwar aus der Initiative des Berufsverbandes hervorgegangen ist, sich jedoch selbst organisiert, verwaltet und weiterentwickelt.
- Die laufende Kooperation der Genossenschaft mit dem Berufsverband für Honorarärzte besteht vor allem im Hinblick auf die Aspekte der Qualitätssicherung. So ist der Erwerb des seit 2012 entwickelten Zertifikats für Honorarärzte des BV-H e. V. die notwendige Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am Geschäftsprozess der Genossenschaft. Dafür entstehen dem Mitglied der Genossenschaft keine Zusatzkosten.



ENTLASTUNG DES EINZELNEN

Genossenschaftliche Prinzipien strukturieren und ordnen die Zusammenarbeit. Beispielsweise wird der genossenschaftliche Kerngedanke »Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder« dadurch umgesetzt, dass alle Mitglieder aktive Teile der Genossenschaft sind und ihren Beruf in diesem Rahmen ausüben. Entsprechend wird nicht nur ein Bündel einzelner Dienste angeboten, in Form der Dienste, die jeder einzelne leisten kann. Die Gemeinschaft stellt

vielmehr ein völlig neuartiges, breites Leistungsspektrum aller Mitglieder zur Verfügung. Aufträge werden nach internen Gerechtigkeitskriterien verteilt und übernommen, d.h. von denen abgearbeitet, die entweder am geeignetsten für den aufgerufenen Dienst sind oder die am nächsten am Auftragsort sind oder die sonstige wichtige Kriterien erfüllen.

Die flexible Organisationsform und das gemeinsame Auftreten am Markt führt zu einem »gemeinsam sind wir stärker«-Effekt und entlastet den Einzelnen von der Akquise neuer Aufträge. Umgekehrt muss er bei einem Überangebot an Aufträgen keinen mehr ablehnen. Bei Bedarf übernimmt ihn ein Kollege. Die gesamte Arbeits- und Lebensplanung der Mitglieder wird ruhiger und vom Stress befreit, ohne dafür die Selbstständigkeit aufgeben zu müssen. Daneben können sie auch für weitere Auftraggeber tätig sein.

FINANZIELLE BEDINGUNGEN

Für eine solche Genossenschaftsgründung ist kein hohes Grundkapital erforderlich. Beachtet werden muss aber, dass die Einlagen der Gründungsmitglieder für die Inangasetzung des Geschäftsbetriebes ausreichen. Das Investitionsrisiko bleibt überschaubar. Gehaftet für Forderungen an die Genossenschaft wird lediglich in Höhe der Einlage, da die Satzung die Haftungsbeschränkung auf das Genossenschaftskapital fest schreibt. Unabhängig davon sind Schadensersatzansprüche, wie bei freiberuflichen Tätigkeiten sonst auch üblich, durch eine Berufshaftpflicht abzusichern.

Der Arzt erbringt als Mitglied der Honorararztgenossenschaft ärztliche Dienstleistungen, die gemäß § 4 Nr. 14 a 7 b UStG steuerfrei sind. Dies gilt sowohl für die Rechnungsstellung der Genossenschaft gegenüber dem Auftraggeber (z.B. Klinik) als auch für die Vergütung der erbrachten Leistung zwischen Genossenschaft und dem Arzt. Da die LOCUMCERT eG dem Auftraggeber zudem lediglich die tatsächlich erbrachten Stunden und keine Provision in Rechnung stellt, wird auch keine Umsatzsteuer für Provisionszahlungen fällig.

RÜCKVERGÜTUNG STATT DIVIDENDE

Regelungen für das operative Geschäft sollten neben der Satzung durch Ordnungen (Vergütungsordnung, Vergabeordnung etc.) geregelt werden. Die Vergütung der ärztlichen Leistungen erfolgt dann intern in zwei Tranchen: Der größte Anteil des ärztlichen Honorars wird sofort nach Abrechnung mit dem Auftraggeber an die Mitglieder weitergereicht. Ein kleiner Teil verbleibt zur Deckung der Geschäftskosten der Genossenschaft bis zum Ende des Geschäftsjahres auf den Geschäftskonten. Im Rahmen des Jahresabschlusses wird der die Kosten übersteigende Betrag festgestellt und an die Mitglieder anteilig im Zuge der Rückvergütung gemäß § 22 Körperschaftsteuergesetz ausgezahlt. Solange bei der Genossenschaft danach keine weiteren Beträge im Sinne betrieblicher Gewinne verbleiben, ergeben sich auch keine weiteren steuerlichen Belastungen. Über die absolute Höhe der der Rückvergütung zuzuführenden Beträge und über etwaige Rücklagen und Rückstellung beschließen die Organe der Genossenschaft demokratisch. Für die Ärzte ändert sich im weiteren Ablauf nichts: Die von ihnen vereinnahmten Vergütungen sind, wie bisher, in der persönlichen Erklärung von Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit zu versteuern.

INEINANDERGREIFENDE BAUSTEINE

Der Ansatz der LOCUMCERT eG, betont Vorstandsmittglied Nicolai Schäfer, beruht nicht nur auf dem Genossenschaftsmodell: »Dieses ist nur »EIN BAUSTEIN« von dreien, die in der Schnittmenge insgesamt zu einer Erhöhung der Rechtssicherheit für Honorarärzte beitragen.«

1. Erster Baustein ist die Aufstellung des Honorararztes bzw. des Freiberuflers als selbständiger Unternehmer. Dabei fließen die Erkenntnisse ein, die sich u.a. aus den zurückliegenden gerichtlichen Auseinandersetzungen im Bereich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit herauslesen lassen. Darauf aufbauend werden den Mitgliedern bestimmte Empfehlungen gegeben wie: »Werden Sie Mitglied als Unternehmer in der Berufsgenossenschaft, betreiben Sie eigenständig Akquise, machen Sie Werbung und tragen Sie eigene Arbeitskleidung etc.« Zudem werden bestimmte Nachweise verlangt. Dazu gehören die vollständige Berufshaftpflichtversicherung, mehrere verschiedene Auftraggeber und anderes mehr. Dies geschieht im Rahmen des Qualitäts-Zertifikats der Genossenschaft. Diese Aspekte sind völlig unabhängig von der Rechtsform.
2. Zweiter Baustein ist die Rechtsform der Genossenschaft und die Vertragsgestaltung bzw. das Vertragsverhältnis zwischen Auftraggeber und Honorararzt. Die Genossenschaft erbringt die Dienstleistung als juristische Person. Es gibt kein Durchgriffsrecht des Auftraggebers auf den einzelnen Honorararzt.
3. Dritter Baustein ist die Ausgestaltung des Auftrages vor Ort. In der Vergangenheit hat sich je nach Krankheitsbild und den jeweiligen Bedingungen der Auftraggeber gezeigt, dass der freiberufliche Honorararzt im Vergleich zum fest angestellten Arzt andere Freiheitsgrade hat. Wo genau liegen die Abgrenzungskriterien und wie kann der Freiberufler möglichst autonom im Dienst der Gesundheitsförderung tätig sein? Die Antworten hierauf finden sich in einem dauerhaften Lernprozess, den eine fortschrittliche Organisation im Unterschied zum einzelnen Freiberufler kollektiv erlebt.

Nur alle drei Bausteine zusammen ergeben das »neue« Modell für Honorarärzte und sorgen damit für mehr Rechtssicherheit und eine andere Form der Organisation freiberuflicher Leistungen. ●

ANZEIGEN

THEMA

HELLERSDORF UND DIE FOLGEN

ZAG

ANTRASSTISCHES ZEITSCHRIFT
NUMMER 66/2014 • ISSN: 2192-6719 • EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenstraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail: redaktion@zag-berlin.de
Internet: www.zag-berlin.de

KLARES VOTUM FÜR DAS FLUGHAFENAREAL ALS FREIFLÄCHE

Tempelhofer Feld - Wilde Weite für alle

Am 25. Mai, beim Berliner Volksentscheid über die zukünftige Nutzung des Tempelhofer Feldes, stimmten mehr als 64% für den Vorschlag der Initiative 100% Tempelhofer Feld. Sie vereitelten so die Absicht des Senats, 40 % der einzigartigen, wild anmutenden, Freifläche zu bebauen und sie so de facto zu zerstören.

VON ANTONIA GERLINDE SCHUI, REDAKTION BERLIN
 ● Die Senatspläne sollten mit 620 Millionen Euro aus öffentlichen Kassen finanziert werden. Doch hat sich die Berliner Koalition aus CDU und SPD am 25. Mai für ihre investorenfreundlichen Pläne, die Büroflächen, Wohnungen, fast ausschließlich aus dem hochpreisigen Segment, sowie den Neubau einer Zentral- und Landesbibliothek vorsahen, eine klare Absage, drastischer formuliert, eine Klatsche der Wähler_innen, geholt.

Es ist auch für den Bürgermeister Klaus Wowereit eine Niederlage, dessen verschwenderische, nahezu gigantoman anmutenden Projekte, immer weniger Menschen akzeptabel erscheinen. Dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld ging der Skandal um den Flughafen Berlin/Brandenburg BER voraus, den der Regierende nicht nur im übertragenen Sinn in den (märkischen) Sand gesetzt hat. Anstatt eines Flughafens gibt es nun ein Millionengrab mit monatlich 17 Millionen Euro Stillstandsgebühren.

Das Tempelhofer Feld dagegen wird dem Willen der Berlinerinnen folgend auch in Zukunft lebendig, unbebaut und allen zugänglich sein. Das Gelände eröffnet einen ungewohnten Blick; auf den riesigen Freiflächen und Wiesen entsteht die Impression von Weite, der Raum scheint unbegrenzt zu sein, mensch spürt einen Hauch von Freiheit...



Foto: Giovanni Lo Curto

Beim Skaten, Longboarden, städtischem Gärtnern, wildem Spiel oder entspannter Muße fällt es (allzu) leicht, die Geschichte des Areals zu vergessen. In der Zeit des Nationalsozialismus war hier das einzige offizielle Konzentrationslager der SS in Berlin, auch arbeiteten an diesem kriegsrelevanten Standort Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Menschen wurden gefoltert, gequält, ausgebeutet und ermordet. Dem folgte der

Kalte Krieg, die Berlin-Blockade und die »Rosinenbomber«, die West-Berliner_innen mit Nahrungsmitteln versorgten. Der Freiheitsmythos geht auf die Zeit der Luftbrücke zurück.

Auch Projekte, die derzeit das Feld nutzen und seine Entwicklung prägen, agieren im mehrfach symbolisch aufgeladenem Raum. Mit der Öffnung des ehemaligen Flughafenareals für die Allgemeinheit im

Jahre 2010 vergab die Tempelhof Projekt GmbH im Auftrag des Senats sogenannte Pionierflächen.

Auch das Allmende-Kontor, ein Gartenprojekt mit Kontakt- und Vernetzungsstelle, in Trägerschaft der workstation-ideenwerkstatt e.V., nutzt die Chance mitzumischen. Erfahrene Urban-Gardening Aktivist_innen etablierten den Garten am exponierten Ort, um so die Idee der Allmende, des Gemeinguts, auch Commons genannt, öffentlichkeitswirksam nach außen zu tragen.

Kontroversen um Allmende, Gemeingut, stehen derzeit, nicht nur in Berlin, im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen. Die Fragestellungen des Volksentscheids zum Tempelhofer Gelände treffen den Nerv der Stadt.

Wohnen wird immer teurer, viele Haushalte sind dazu gezwungen, fast die Hälfte ihres Einkommens, oder gar mehr, allein für die Miete auszugeben. Die Senatspläne sahen nur 9% (vermeintlich) bezahlbaren Wohnraum zwischen 6-8 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter vor - zeitlich befristet. Trotzdem wurde für die Bebauungspläne des Senats mit Verweis auf die Wohnungsnot geworben. Man versuchte, den Leuten Sand in die Augen zu streuen - erfolglos.

Aktivist_innen von 100% Tempelhofer Feld initiierten einen Volksentscheid. Stimmberichtigte Berliner_innen, nicht alle verfügen über dieses Privileg, positionierten sich sehr klar und eindeutig. Immer mehr Menschen werden derzeit wütend, sie wehren sich gegen Gentrifizierung und engagieren sich für Ansätze und Projekte, die Commons und Vergesellschaftung anstreben.

Nicht nur in Berlin: Auch die seit einem Jahr andauernden Proteste in der Türkei haben mit dem Kampf um öffentliches Grün, im Gezi-Park, begonnen. ●

Refugee Protest Camp in Hannover

»Wir streiken und protestieren um unsere Leben zu retten, es ist weder etwas zu verhandeln noch aufzuschieben. Wir sind bereit, den Preis zu zahlen, unabhängig davon, wie viel es kostet. Unser Recht: genau hier, genau jetzt.«

VON PIA KUEHNEMANN, REDAKTION HANNOVER ● Seit dem 24.5.2014 befindet sich am Weißekreutzplatz in Hannover ein Refugee-Protestcamp. Mit dem Camp wollen die Menschen aus dem Sudan nun auch in Hannover auf die Situation von Geflüchteten in Deutschland aufmerksam machen.

»Isolation, Einschränkung der Bewegung, Arbeitsverbot, Bedrohung durch Abschiebung, Schikane und

Rassismus der Behörden, schlechte Gesundheitsversorgung, Ignoranz, Depression, langsamer Tod. Diese Zustände beschreiben unser Leben als schutzbedürftige Menschen in Deutschland« heißt es in einer Erklärung der Gruppe. Dies werde als Teil »der deutschen rassistischen und diskriminierenden Politik gegen Fremde und als Misswirtschaft von produktivem Humankapital für das Deutschland von morgen« gesehen. Weiter heißt es: »Wir weigern uns, die Situation von Flüchtlingen in Niedersachsen anzunehmen; wir sehen alle Behörden, sowohl administrative als auch rechtssprechende, als verantwortlich für die Weiterführung des Leidens von Geflüchteten an. Unsere Forderung ist so klar und einfach. Wir fordern die sofortige Abschaffung

aller Asyl-Gesetze, weil sie den Rassismus dieses Landes widerspiegeln, wir fordern den sofortigen Schutz unser Menschenrechte«

Am 28.5.2014, am vierten Tag, drohte die Polizei, gleichzeitig mit dem angesetzten Beginn einer Demonstration, die Räumung des Camps an. Die Demonstration »Aamir Ageeb - Your resistance lives in us«, für die Abschaffung des Asylsystems und zum Gedenken an Aamir Ageeb, der bei seiner Abschiebung durch Gewalt von Bundesgrenzschutzbeamten vor 15 Jahren starb, fand als Kundgebung vor Ort statt, während die Polizei die Schlafzelte abbaute. Dies geschah mit der Begründung, dass diese gegen die Vorgaben aus der Satzung für Versammlungen verstoßen würden.

Dem Vorgang wurde von den Campteilnehmer_innen nur wenig Beachtung geschenkt: »Uns geht es nicht um Zelte und Schlafsäcke, es geht um unsere Würde. Und die können sie uns heute nicht wegnehmen!« lautet das Statement aus einem Redebeitrag. Die Campteilnehmer_innen können nun in den Räumen des Pavillon, eines direkt am Camp gelegenen Kulturzentrums, übernachten. Das Camp besteht weiterhin, Küche und Versammlungszelte wurden stehen gelassen. Doch die Repression hält an: Die Polizei überwacht nun die ganze Nacht lang die Campenden und stellt sicher, dass niemand einschläft. Denn schlafen ist hier nach den Vorgaben nicht erlaubt. ●

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Brutaler Abschiebungsversuch in Göttingen

Am 10.4. versuchten Polizeieinheiten in Göttingen, eine Abschiebung gegen den Widerstand etlicher Unterstützer_innen der Abzuschiebenden durchzusetzen. In einem Bericht (<http://de.indymedia.org/2014/04/353636.shtml>) heißt es: »Die Göttinger Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) wurde beauftragt, eine Abschiebung durchzusetzen. Die vom Corpsgeist offensichtlich durchsetzten, hochgradig aggressiven BeamtenInnen, taten alles was möglich war, um diese Amtshilfe zu ermöglichen. [...] Auf der Rückseite drangen jedoch schließlich die PolizeibeamtInnen, über ein im Parterre gelegenes Kinderzimmer, in das Haus ein. In diesem Zimmer saß ein Kind auf seinem Bett, welches von dort aus die gesamte Situation beobachten musste. Die im Haus versammelten AntirassistInnen wurden, im Schutz vor der Öffentlichkeit, von den PolizeibeamtInnen systematisch zusammengeschlagen und danach durch das Kinderzimmer nach draußen geprügelt. Diverse Personen zogen sich Platzwunden, blaue Augen sowie diverse andere Verletzungen zu. Mindestens zwei Personen kollabierten. Der Einsatz von Notärzten war erforderlich. [...] Trotz all dem ließen sich die AntirassistInnen und betroffenen Personen in ihrem Protest nicht beirren und so gaben die PolizeibeamtInnen schließlich gegen 8:30 Uhr auf. Die Abschiebung konnte (zumindest für diesen Tag) verhindert werden.«

Stuttgarter Landrecht?

Sie ist zu Ende, die erste Instanz eines atemberaubenden Strafprozesses. Dabei ging es um wenig: Wenige Stunden hatte eine handvoll Menschen, im eigentlich »offenen« Rathaus gegen bürger_innenferne Politik und Stadtzerstörung, auf einem Treffen des Ratschlags zu Stuttgart 21, protestiert. Dann verließen sie nach

Aufmarsch der Polizei in Räumungsabsicht das Gebäude. Grüner Bürgermeister und Polizeichef steuerten damals die staatliche Gegenwehr von höchster Ebene aus. Der zivile Mini-Ungehorsam beschäftigte dennoch die Stuttgarter Justiz. Sie teilte die Angeklagten in zwei Gruppen. Eine verteidigte sich klassisch-gewaltfrei (zu den eigenen Taten stehend und dafür werbend), die andere in offensiver Prozessführung (www.prozessstipps.de). Während erstere nach wenigen Stunden verurteilt war, lieferte die offensive Gruppe dem völlig überforderten Gericht und der angriffslustigen Staatsanwältin einen Kampf über sieben Verhandlungstage. Beide staatlichen Robenträger_innen zeigten dabei erhebliche Schwächen in Rechtsfragen. Zum Urteil kam es erst, als beide ganz auf die Einhaltung von Verfahrensregeln verzichteten. Ob das zulässig ist oder von höheren Gerichten gedeckt wird, dürfte die nächste Instanz zeigen.

Wieder Akteneinsichtsrecht per Gericht durchgesetzt

Die »Donautal Geflügelspezialisten-Zweigniederlassung der Lohmann & Co. AG« (zuvor unter Wiesenhof firmierend) verlor am 20.02.2014 vor Gericht gegen das Landratsamt Straubing-Bogen in Sachen »Informationsgewährung« nach dem Verbraucherinformationsgesetz. Schon im Herbst 2012 hatte Thomas Meyer-Falk (aus dem Gefängnis heraus) beim Landratsamt Straubing-Bogen nach Informationen zu der zum Konzern der Lohmann & Co. AG gehörenden Zweigniederlassung in Bogen gefragt, d.h. welche Informationen über etwaige Verstöße gegen das Lebensmittelrecht dort bekannt seien. Das Amt hatte mit Bescheid vom 06.11.2012 Zugang zu Unterlagen gewährt, wogegen die Firma vor Gericht zog - und nun in der zweiten Instanz verlor. »Mit der Klage sollte verhindert werden,

dass ein Verbraucher Zugang zu Feststellungen über irreführende Bezeichnungen von Produkten, Kontrollberichten mit Feststellungen von Mängeln in Bezug auf die Betriebshygiene, Anordnungen wegen der Feststellungen von Mängeln und anderen Unterlagen mehr erhält.« so Meyer-Falk auf Indymedia. »Die Eindeutigkeit des Urteils ist erfreulich und stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich bei den zuständigen Behörden über Verstöße im Bereich des Lebensmittelrechts informieren wollen. Allerdings zeigt die Verfahrensdauer auch, dass ein zeitnahe Informationszugang kaum zu erlangen ist, wenn die betroffene Firma von den ihr zustehenden Rechtsbehelfen umfassend Gebrauch macht. Die Absicht von EU und Bundesgesetzgeber, der mündige/die mündige Verbraucher_in solle sich durch Einholung von Informationen bei den Behörden selbst ein Bild machen können, wird so in der Praxis nur schwer umsetzbar.« erklärt Meyer-Falk weiter. Umfangreicherer Text <http://de.indymedia.org/2014/04/353657.shtml>

Sicherungsverwahrung bis zum Tod?

»Der Vorwurf klingt hart. Aber vergegenwärtigt man sich, dass in der JVA Freiburg binnen eines Jahres zwar zwei Verwahrte verstarben, aber keiner auf Bewährung entlassen worden ist, erscheint vielleicht der etwas reißerisch klingende Vorwurf des »todesstrafenähnlichen Verwahrvollzugs« nicht mehr ganz so abseitig. Wahr ist, hier wird keine Guillotine, kein Galgen aufgestellt, um Menschen hinzurichten; auch ist der Vollzugsalltag nicht gerade von physischer Härte geprägt. Trotzdem werfen immer wieder Verwahrte den JustizmitarbeiterInnen vor: »Ihr wollt uns alle umbringen«. Und zwar, indem die Betroffenen durchweg pathologisiert werden; da wird die meist etwas dunkle Zelle des Herrn J. zur »Räucherhöhle« und dient als Beleg für

die schwere psychische Störung des Verwahrten. Sein Argument, er könne nach über 10 Jahren SV das Gitter einfach nicht mehr sehen, das zählt dabei nicht. Durch die Wertung fast jeder Lebensäußerung als Symptom für eine (zu behandelnde) psychische Störung, sichert die Justiz die dauerhafte Einsperrung der Betroffenen ab. So dass tatsächlich ein Großteil der Verwahrten sich darauf einstellen muss, hier auch zu sterben. Allenfalls kurz vor dem Tod in ein Gefängnis-Krankenhaus verlegt zu werden.« (Quell <http://de.indymedia.org/2014/04/353944.shtml>).

Gibt es »Schuld« bei Straftaten?

Seit etlichen Jahren verschärft sich die Debatte um die Frage, ob es Schuld im strafrechtlichen Sinne überhaupt geben kann. Schon die Soziologie hatte hier einige Kritik anzumerken mit der Vermutung, dass Taten aus sozialen Kontexten heraus entstehen und begangen werden. Schuld wäre also das soziale Geflecht und nicht die Einzelperson. Die moderne Hirnforschung hat weitere Irritationen bewirkt. Die traditionell rückwärts gewandte, viele Jahrzehnte hinterher hinkende Justiz ist noch weit entfernt, hier wirklich zu reagieren. Doch die Debatte läuft. Eine aktuelle Veröffentlichung entwickelt dazu einen Vorschlag: Die Strafjustiz solle in Zukunft Abweichung von der Norm bestrafen, ohne Schuld festzustellen. Das wäre auf jeden Fall ehrlicher, weil es auch jetzt schon so ist, aber hinter dem Schuldbegriff und der Sühneidee verschleiert wird: Der Staat bestraft die Missachtung seiner Normen, nicht die eigentliche Tat. Wer den Vorschlag nachlesen will, findet das Buch von Tatjana Hörnle unter dem Titel »Kriminalstrafe ohne Schuldvorwurf« (2013, Nomos in Baden-Baden, 83 S.). Bedauerlich ist der hohe Preis von 24 € für das doch eher kleine Werk.

Jörg Bergstedt

REGIONALES »LOS GEHT'S« BEI ECKERNFÖRDE IM SEPTEMBER 2014

Gemeinsam und solidarisch durch den Alltag

Aus dem Kreis des Kommuja-Netzwerkes heraus organisieren wir alle zwei Jahre ein großes »Los geht's«, an dem jedes Mal über 200 Menschen teilnehmen. Im Herbst findet ein regionales »Los geht's« auf unserem Hof in der Nähe von Eckernförde statt, es gibt Raum zur Diskussion und zum Kennenlernen.

VON BETTINA KRUSE, KOMMUNE HOF ROSSEE ● Von Donnerstag, den 11. September bis Sonntag, den 14. September 2014 werden wir unseren Hof öffnen. Das Los geht's Nord findet auf dem Gelände der Kommune Hof Rossee (bei Eckernförde) statt. Für unsere Kommune suchen wir auch noch weitere Mitstreiter*innen – eine Gruppengröße von bis zu 15 Menschen – große und kleine – streben wir an. Es wird die Möglichkeit geben, an einer Interessierten-Bezugsgruppe teilzunehmen.

Das **Los geht's Nord** ist die regionale Variante des großen »Los geht's«, das voraussichtlich wieder Pfingsten 2015 stattfinden wird. Es können bei uns maximal 100 Menschen teilnehmen und es sind speziell Menschen eingeladen, die im Norden leben oder die am Leben in einer Kommune / Gemeinschaft im Norden interessiert sind. Wir wünschen uns mehr Kommunen im Norden, und mehr regionale Vernetzung von links-politisch aktiven Menschen und Gruppen. Am besten wenn dann noch das gemeinsame Wohnen und Leben dazu kommt. Anbieten können wir diese Veranstaltung nur, da sich aus dem *Kommuja*-Netzwerk heraus ein engagiertes Orga-Team gebildet hat.

Im *Kommuja*-Netzwerk haben sich Kommunen zusammengesetzt, die von libertären, emanzipatorischen, solidarischen und ökologischen Ideen und Gedanken inspiriert sind. Uns ist gemeinsam, dass wir ein gleichberechtigtes Miteinander wollen und Machtstrukturen ablehnen. Ansonsten sind die beteiligten Gruppen so verschieden, wie Menschen eben sind. Die Menschen aus dem Netzwerk möchten mit dem »Los geht's« einen Ort schaffen, an dem wir unsere Ideen von Kommune öffentlich machen können, Raum



▲ Workshop zum Thema gemeinsame Ökonomie auf dem Los Gehts 2007

Foto: Privat

geben für Diskussionen und natürlich zur Gründung von mehr Kommunen anregen wollen.

Kommune kann ein gutes Beispiel für selbstorganisierten Alltag sein. Hier muss mensch mit anderen verhandeln, wie genau dieser Alltag denn aussehen soll, welche Visionen und Utopien für die einzelnen und die Gruppe wichtig sind und wie es gelingt erste Schritte im Alltag umzusetzen.

Das fängt an bei Überlegungen zu Entscheidungsstrukturen: wie geht das möglichst ohne Hierarchien, wie kann ich Macht- und Wissenskonzentrationen vorbeugen, wie Positionen und Informationen transparent machen. Und wie geht in dem ganzen gemeinschaftlichen Prozess meine Individualität nicht verloren?

Ganz wichtig finde ich Strukturen für den »Care-

Bereich« zu schaffen, um dem Rechnung zu tragen, dass ein gutes Leben ohne funktionierende Sorge-Arbeit nicht möglich ist. Der Care-Bereich umfasst die soziale Reproduktion, wie Essensbeschaffung und -bereitung, Kinderbetreuung, Pflege, Wohnraumerhaltung und -gestaltung, putzen, reparieren, gegenseitig Anteilnahme – kurz: kümmern, versorgen und erhalten. In einigen Gruppen sind z.B. Kinderbetreuung oder Essensherstellung als eigener Arbeitsbereich organisiert, in anderen wird sich abgewechselt oder es gibt Kinder-Patenschaften.

Auch das Geld verdienen und ausgeben muss in einer Kommune besprochen werden: wie kommt so viel rein, dass es reicht? Wollen wir kollektiv arbeiten, in eigenen Betrieben, arbeiten wir außerhalb als »abhängig

Beschäftigte« oder Kleinselbständige? Welche Fördermittel oder Transfer-Gelder können wir bekommen und wollen wir das?

Gemeinsame Ökonomie verlangt Auseinandersetzung mit Konsumverhalten und mit eigenen Bedürfnissen. Sie funktioniert nur, wenn sich ausreichend Vertrauen einstellt.

Vertrauen braucht als Basis gemeinsame Erfahrung – als Menschen sind wir immer von irgendwem oder -etwas abhängig, in der Gruppe treffe ich diejenigen, von denen ich abhängig bin jeden Tag, ob gut oder schlecht gelaunt, frisch verliebt oder in einer Krise. Es sind dieselben Menschen, die mir durch teilen von Geld und Zeit, durch Unterstützung und Diskussionen mehr Freiraum im kapitalistischen System ermöglichen, als wenn ich alleine vor mich hin wirtschaften würde.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist also einen Ort zu haben für den sozialen Austausch in der Gruppe, um die anderen kennen zu lernen, sie zu verstehen und mich verstanden zu fühlen.

Beim »Los geht's Nord« versuchen Menschen aus unterschiedlichsten Kommunen ein wenig von dem zu vermitteln, wie sie diese Aspekte mit Inhalt und Leben füllen und auf welche Schwierigkeiten sie stoßen.

Das Los geht's Nord-Team stellt den Rahmen: Zeltplatz, Workshops, Verpflegung und sanitäre Anlagen. Zusätzlich zu den angesprochen Themen wird es auch um Politik und Kommuneleben, Queer-feministische Ideen, solidarische Landwirtschaft, kollektiv Arbeiten und vieles mehr gehen.

Den Rahmen füllen könnt nur Ihr selbst: Es geht darum, dass Menschen andere Menschen finden, mit denen sie sich ganz konkret auf den Weg machen können. ●

Damit wir gut planen und alle angemessen versorgen können bitten wir um rechtzeitige Anmeldung. Weitere Informationen und Anmeldung über unsere Homepage

☞ www.losgehts-nord.de

Über uns ☞ www.hof-rossee.de

Über unser Netzwerk ☞ www.kommuja.de

Weitere Infos und Anmeldung ☞ www.losgehts-nord.de

◀ Teilnehmende beim Frühstück auf dem Los Gehts 2011

Foto: Privat

REGIONALES »LOS GEHT'S« IM AUGUST 2014 IM WALDVIERTEL

Los geht's in Österreich

Seit einigen Jahren finden in Deutschland regelmäßig vom Kommuja-Netzwerk und der Kommune Niederkaufungen organisierte Veranstaltungen unter dem Motto »Los geht's« statt, um die Vernetzung zwischen Kommune-Interessierten Menschen zu unterstützen. Nun ist zum ersten Mal vom 14. – 17. August 2014 auch in Österreich im Waldviertel ein »Los geht's« geplant.

VON BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ ● Im September 2010 fand das erste Hofkollektiv-Treffen Österreichs im »Wieserhois« in der Steiermark statt. An die 50 Menschen diskutierten damals darüber, wie man diese Idee in Österreich weiter verbreiten und die Entstehung neuer Kollektive unterstützen könnte. Schon damals hat sich gezeigt, dass die Zahl der interessierten Personen größer war, als als die der bereits aktuell

in Kollektiven lebenden. In den letzten Jahren hat in Österreich das Interesse an gemeinschaftlichen Wohn- und Arbeitsformen noch zugenommen, die Realisierung von Projekten schreitet allerdings nur langsam voran. Viele Menschen haben Ideen, es fehlt jedoch oft an der Erfahrung, den notwendigen Kontakten und an Geld und Infrastruktur.

Um diesem Umstand abzuwehren hat sich eine lose Gruppe von Menschen zusammen getan, um ein weiteres Vernetzungstreffen nach dem Vorbild der Kommuja-Treffen in Deutschland auf die Beine zu stellen. Stattfinden wird das Los-geht's-Treffen in der Nähe von Zwettl im Waldviertel, wo das Kollektiv »Die Zwetschken« einen Bauernhof erworben hat.

Zweck der Veranstaltung ist es, einen Raum zur Verfügung zu stellen für einen Austausch zwischen Menschen, die bereits in Kollektiven leben einerseits, sowie zwischen diesen und Menschen, die daran Inte-

resse haben andererseits. Ein wichtiges Ziel ist auch, Menschen, die in einer Gemeinschaft leben wollen, mit denen zusammen zu bringen, die bereits ein Haus oder einen Hof haben und noch nach MitbewohnerInnen suchen. Auch wenn die OrganisatorInnen aus dem ländlichen Raum kommen, sind Menschen, die sich für gemeinschaftliche Wohnformen in der Stadt interessieren, ebenso herzlich eingeladen, den Raum für Austausch und Vernetzung zu nutzen.

Die Themenpalette kann reich gefächert sein: gemeinsame Ökonomie, gemeinsame Landwirtschaft, Hausprojekte, nicht-kommerzielles Wirtschaften, kollektives Leben, gemeinsame Kinder, queere Gesellschaft – all das und vieles mehr ist möglich. Ob es um Fragen der Rechtsform oder Finanzierung geht, um den Austausch von Erfahrungen aus dem Zusammenleben und über Methoden und Instrumente für Entscheidungsfindung oder um konkrete, technische

Dinge wie Renovierung oder Landwirtschaft, alles hat Platz. Welche Themen genau behandelt werden, wird hauptsächlich von den Teilnehmenden abhängen, weil die Veranstaltung nach der Methode des Open Space gestaltet wird.

Für die Verpflegung konnte das Volkküchen-Team gewonnen werden, der restliche Tagesablauf sollte weitgehend selbstorganisiert ablaufen. Die Teilnehmenden müssen dabei auch Aufgaben übernehmen, da es kein bezahltes Organisationsteam gibt. ●

Fragen und Anmeldungen bitte an: losgehts2014@gmx.at

Links:

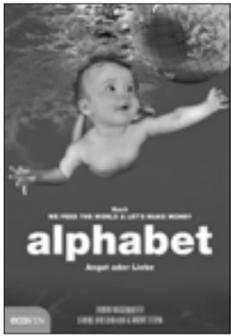
☞ <http://losgehts2014.wordpress.com>

☞ <http://www.wieserhois.at>

☞ <http://www.kommune-niederkaufungen.de/>

☞ <http://www.kommuja.de/>

ANGST ODER LIEBE: DAS BUCH ZUM FILM »ALPHABET« HINTERFRAGT DIE BILDUNGSSYSTEME



Das Wort »Erziehen« bedeutet das Gegenteil von »Erdrücken«. Es bedeutet aber auch, dass ein Kind kein fertiger Mensch ist, sondern gezogen werden muss wie eine Pflanze. André Stern hat dafür ein eigenwilliges Bild: Wer an einer Raupe zieht, um ihr Wachstum zu beschleunigen, tötet sie. Er hat das Wort »Erziehung« kurzerhand durch »Beziehung« ersetzt.

Stern ist bekannt geworden durch den Film »Alphabet«, der letzten Herbst in den Kinos anlief, und ist Mitautor des gleichnamigen Buches. Er hat eine konventionelle »Erziehung« nie erfahren, er wurde nicht beschult, auch nicht zu Hause. Weil er wissbegierig war, lernte er trotzdem eine Menge.

Er und sein Vater gehören zu den Protagonisten, die im Buch/Filmprojekt »Alphabet« das Thema Bildung essayistisch einkreisen. Zu Wort kommen unter anderem der Erfinder der PISA-Studie, ein chinesischer Pädagoge, der den knallharten Drill im PISA-Musterland China kritisiert, die Gewinner eines McKinsey-Elitewettbewerbs oder Pablo Pineda, der als erster Europäer mit Down-Syndrom gleich zwei Uniabschlüsse machte.

Pineda ist der Stichwortgeber für den Untertitel »Angst oder Liebe«. Durch das schulische Belohnungs- und Bestrafungssystem, sagt er, würden wir unserer Ganzheit beraubt, »wir beginnen zu glauben, etwas sei nicht richtig mit uns, und durch die daraus entstehende Angst werden wir manipulierbar.«

Das System Schule wurde während der Industrialisierung zur Vorbereitung auf standardisierte Arbeit erfunden. Die Frage nach Glück und Lebendigkeit der Kinder spielte keine Rolle, spielt es bis heute nicht. Im Gegenteil, der Konkurrenzdruck wird stärker, auf Kosten von Fächern wie Musik und Sport, die besonders wichtig für die Entwicklung der Kinder sind, die aber PISA nicht testet.

PISA führte das Konkurrenzprinzip ins Schulsystem ein, und das ist umstritten. Thomas Sattelberger, Personalchef der Telekom, beklagt, dass Uniabsolventen nicht eigenständig denken könnten, und Hirnforscher Gerald Hüther vergleicht Gemeinschaften mit einem Körper, der nur funktioniert, wenn die Organe zusammenarbeiten.

Diese Stimmen wechseln sich ab mit Tagebucheinträgen, die der Stern für seinen Sohn Antonin zwischen dessen erstem und drittem Lebensjahr macht und in denen er beispielsweise beschreibt, wie der Dreijährige seine ersten Buchstaben liest oder Stunden lang eine Autowaschanlage beobachtet.

Das Buch ist als Ergänzung zum Film konzipiert und funktioniert auch so. Als Erweiterung zum Film gibt es ein Kapitel über ADHS, aber leider fehlt eine im Film zitierte Studie über die angebliche Hochbegabung fast aller Babys, über deren Entstehung man gern mehr wüsste. Überhaupt sind die rund 200 Seiten schnell, zu schnell gelesen. Wer es liest, hat sich mit dem Thema vermutlich schon befasst – und findet dann viele angefangene Baustellen vor. Der wichtigste Verdienst des Projektes »Alphabet« bleibt damit, für einen ganz neuen Bildungsbegriff den Anfang gemacht zu haben.

Friederike Grabitz

Erwin Wagenhofer, Sabine Kriechbaum und André Stern: Alphabet. Angst oder Liebe. Ecowin Verlag, Salzburg 2013, 216 Seiten, 19,95 Euro.

LASST UNS MAL ÜBER ANARCHIE REDEN...



»Nicht die Not ist das Schlimmste, sondern dass sie ertragen wird« schrieb Erich Mühsam. Acht Jahre nach »ja! Anarchismus. Gelebte Utopie im 21. Jahrhundert« legt der Koordinationsredakteur der ältesten anarchistischen Zeitschrift in Deutschland »Graswurzelrevolution«, den Nachfolgeband mit Interviews

und Gesprächen vor. Wie zeitgeschichtlich wichtig diese Bücher sind, zeigt die Tatsache, dass von den 24 Interviewten aus dem ersten Band in der Zwischenzeit fünf GesprächspartnerInnen verstorben sind, und somit die Möglichkeit des direkten Gesprächs nicht mehr vorhan-

den ist.

Bernd Drücke hat das »Anarchismus Hoch 2« herausgegeben und die 16 Gespräche geführt. Auch dieses Mal hat er einen illustren Kreis an GesprächspartnerInnen zusammen bekommen: Ob nun die Öko-Aktivistinnen Franziska Wittig und Cécile Lecomte, die feministische Bloggerin Antje Schrupp, den Liedermacher Konstantin Wecker, das Comic-Duo Gerhard Seyfried und Ziska, den Arzt Michael Wilk, den Politologen Wolf-Dieter Narr, den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Rüdtenklau, den russischen Anarchosyndikalisten Vadim Damier, den Kommunisten Bernd Elsner, den Soziologen Luz Kerkeling oder die jungen österreichischen Publizisten Gabriel Kuhn und Sebastian Kalicha.

Dieses Projekt der Oral-History ist nicht nur eine Nabelschau, die unterschiedlichen Personen spiegeln auch diverse Positionen und Ansätze, sowie deren Umsetzung wider. Ob PublizistIn oder KommunistIn, ob AktivistIn oder PhilosophIn, die kurzweiligen Gespräche spiegeln deren Werdegang und unsere Realität wider. Es ist ein Teil lebendiger Geschichte. Interessant ist auch, dass sich Bernd Drücke hier, neben der Einführung von ihm, auch mal selbst interviewen lässt – sozusagen als Vorwort.

Neben den unterschiedlichen Ansätzen der GesprächspartnerInnen spielt auch die Bandbreite der Altersgruppen eine Rolle. Die anarchistische Bewegung ist längst den Kinderschuhen entwachsen und kein Privileg der Jugend mehr, sondern eher ein Mehrgenerationenprojekt mit gegenseitigem Gewinn. Das Projekt arbeitet auch gegen die Vorstellung, dass es einen Weg geben würde. Die Wege der unterschiedlichen Leute sind vielfältig, jeder hat seinen Sinn und Platz.

Die zweite Auflage des ersten Bandes ist in Arbeit und ein dritter Band mit weiteren Interviews in Vorbereitung. Es ist wichtig über unsere eigene Geschichte, Erfahrungen, Träume und Kämpfe zu reden, für die Nachwelt, für uns und um die Vielfalt einer Bewegung uns selbst ins Gedächtnis zu rufen, die größer ist, als wir selbst oft denken – jenseits von wikipedia, facebook und anderem elektronischen Schnickschnack.

Jochen Knoblauch

Bernd Drücke (Hg.), Anarchismus Hoch 2. Soziale Bewegung, Utopie, Realität, Zukunft. Interviews und Gespräche. Karin Kramer Verlag Berlin 2014, einige Abb., 239 S., 18 Euro

DIE FREIHANDELSFALLE



Die Diskussionen um das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA tauchen inzwischen vereinzelt auch in der Tagespresse auf. Allerdings sind ausführliche und kritische Hintergrundinformationen weiterhin dünn gesät – kein Wunder, da die Verhandlungen geheim geführt werden.

Wer auf der Suche nach fundierten Einschätzungen aus lobbykritischen und gemeinwohlorientierten Standpunkten ist, erhält mit der aktuellen Broschüre von Attac eine Fülle von Argumenten geliefert: 17 AutorInnen aus unterschiedlichen Organisationen und Initiativen entlarven die Verhandlungen um eine »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« (TTIP) als »Beton des neoliberalen Gebäudes«, das den Charakter eines Stillstandsabkommens habe, denn es »erzwingt den Strukturwandel, entmachtet Regierungen und schaltet Kulturen gleich.«

Bei den Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU würden neoliberale Dogmen weiter verfolgt, obwohl die Schattenseiten allgegenwärtig sind: Standortwettbewerb, Lohndumping, sinkende Standards und Gestaltungsmöglichkeiten in demokratischen Staaten. Insbesondere der drohende Investitionsschutz wird genauer beleuchtet, wie er beispielsweise mit der Klage des Energiekonzerns Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland bereits skandalöse Realität ist. In TTIP soll ein Investitionsschutz durch viele vage Rechtsbegriffe wie »indirekte Enteignung« festgeschrieben werden, den die AutorInnen als »wirksame Waffe gegen gemeinwohlorientierte Politik« bewerten. Die US-amerikanische Verbraucherschützerin Lori Wallach bezeichnet das TTIP in ihrem Beitrag gar als »Staatsstreik in Zeitlupe gegen fortschrittliche Politik in bisher unbekanntem Ausmaß und als groß angelegte Attacke auf unsere Grundrechte und Bedürfnisse.«

In diesem Attac-Basistext werden die möglichen Folgen für Europa und Deutschland für den Fall herausgearbeitet, dass die Verhandlungen um das TTIP erfolgreich verlaufen sollten. Betroffen sind dabei so unterschiedliche Bereiche wie Gentechnik, Landwirt-

schaft, Verbraucherschutz, Investitionsschutz, Finanzmärkte, Datenschutz oder das öffentliche Beschaffungswesen. Als umfassende Alternative fordern die AutorInnen nach dem Stopp von TTIP ein »Alternatives Handelsmandat«, welches umfassende Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Demokratie als übergeordnete Prinzipien festlegt, die realisiert werden sollen. Gesellschaften solle das Recht zugesprochen werden, ihre Lebensverhältnisse selbstbestimmt zu gestalten. Das Alternative Handelsmandat sei daher als langfristiges Projekt für einen Paradigmenwechsel in unserer Wirtschaftsweise zu verstehen.

Auch wenn die Textsammlung an einigen Stellen etwas ausführlicher und besser gegliedert sein könnte, wird der/die LeserIn durch sehr aktuelle Informationen und profunde Einschätzungen von engagierten AktivistInnen mehr als entschädigt. Insbesondere der Hinweis auf das Alternative Handelsmandat erweitert den Horizont für einen grundlegenden Perspektivwechsel in der politischen Auseinandersetzung.

Peter Streiff

Harald Klimenta; Andreas Fisahn u.a.: Die Freihandelsfalle, Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP. Attac-Basistexte 45, VSA Verlag, Hamburg 2014, 128 Seiten, 9 Euro, ISBN 978-3-89965-592-6

KONSUM UND POLITIK – UND IHRE GRENZEN



Spiegel, Schirmen, Uhren oder Keramik sind im Gegensatz zum Ende des 19. Jahrhunderts heute Alltagsgegenstände. Dieser begriffswerte Umstand ist darauf zurückzuführen, dass es heute eine Massenproduktion von Konsumgütern gibt und zweitens der Anteil des Einkommens, der für Nahrung ausgegeben

wird, seitdem stetig gesunken ist.

Die Schattenseiten sind ebenfalls bekannt: Der weltweite Verbrauch der Privathaushalte hat sich seit 1960 nicht etwa verdoppelt, sondern vervierfacht, in Deutschland gibt es derzeit 60 Millionen Plätze in Hühnerställen, Tendenz steigend, und die Produktion von 100 Gramm Rindfleisch für einen Hamburger verbraucht 35 Badewannen Wasser. In Folge der Sozialrevolte der 1960er Jahre hat sich in den letzten 50 Jahren zusehends eine Konsumkritik etabliert, deren hauptsächlich (Gegen-)Strategien der Wirtschaftsjournalist Caspar Dohmen nun historisch herleitet und kritisch debattiert: Boykott und »fairen Handel«.

Boykott entsteht schon im Kampf gegen Sklaverei und Buykott, als anderen, gemeinsamen Einkauf gibt es schon in der Frühzeit der ArbeiterInnen und Genossenschaftsbewegung. Dohmen berührt mit seinem klugen Buch ein hochaufgeladenes Feld: Was ist Politik? Wie setzt sie sich im Alltag um? Geht das überhaupt? Ist anderes, ethisch motiviertes Einkaufen resignativer Ersatz für Politik und aktives Zeichen von Misstrauen gegen die etablierte? Oder zeitgemäßer Ausdruck und Bestandteil politischen Handelns? Ist fairer Handel und Öko-Nahrung nur eine weitere Variante im bunten Allerlei einer Gesellschaft, deren Mitglieder alle ihre Identität durch Konsummuster definieren? Dohmen weist – fast sozialdemokratisch und trotzdem richtig – darauf hin, dass ethischer Konsum Grenzen hat, und heute zivilgesellschaftlicher Protest und staatliche Regulierung genauso wichtig, wenn nicht weitreichender sind. Beim Wählen habe jede_r eine Stimme, beim Einkauf dagegen gehe es auch um Geld, das nun mal äußerst ungleich verteilt sei. Einem Gewinn von 41 Milliarden Euro, den etwa Apple im Jahre 2012 gemacht habe, und der angesichts von Produktionskosten von 18 EUR bei einem iPhone5 (Ladenpreis ca. 900 EUR) kein Wunder sei, könne mit ethischem Konsum nicht entgegnet werden. Spätestens hier stellten sich angesichts von globalen Konzernen und Banken Verteilungs- und Machtfragen. Ethischer Konsum dürfe nicht zur grün aufgehübschten Variante der klassisch neoliberalen Ansicht von Margret Thatcher werden, die sagte »ich kenne keine Gesellschaft, nur noch Individuen«. Er sei heute in weiten Teilen zum Ausdruck für das entpolitisierte, individualisierte Streben nach Gesundheit und auch schlicht zum Statussymbol geworden.

Dohmens Buch liefert Argumente für viele Debatten, und regt zum Nachdenken an. Es enthält interessante historische Passagen, ist sehr schön geschrieben und versucht sich, klar, eher hilflos auch mit Appellen für staatliche Regulierung und »klassisches« politisches Engagement in Bürgerinitiativen und, hört hört, Parteien. Es zeigt, dass anderer Konsum derzeit mate-

riell nur sehr geringe Bedeutung hat und nicht die Lösung für viele Probleme ist, aber, trotz aller Hindernisse, integraler Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation sein wird. Dafür muss das immer noch funktionierende Bündnis zwischen geizigen KonsumentInnen und profitorientierten Konzernen immer wieder angegriffen werden.

Bernd Hüttner

Caspar Dohmen: Otto Moralverbraucher. Vom Sinn und Unsinn des ethischen Konsumierens, orell füssli Verlag, Zürich 2014, 224 Seiten, 18,95 EUR

DOKUMENTATION ZU KONGRESS »SOLIDARISCHE ÖKONOMIE« 2013 IN WIEN

2009 und 2013 fanden in Wien zwei Kongresse zu solidarischer Ökonomie und alternativem Denken und Wirtschaft statt, die jeweils von etwa 1000 Menschen besucht wurden. In Deutschland gab es 2006 in Berlin den Auftakt (das Buch dazu ist unter <http://t.co/c0MEM5Bd2q> frei zugänglich) dieser Serie und darin 2012 in Kassel ein sogenanntes Forum Solidarische Ökonomie.

Mit diesem Heft liegt nun eine Teil-Dokumentation aus den Workshops vor, die am Kongress im Februar 2013 teilgenommen und jetzt Beiträge eingewendet haben. Es ist in sechs Rubriken gegliedert: Grundsätzliches/Geschichte, Landwirtschaft, Geld/Demonstrarisierung, Commons/Allmende, schließlich Berichte über die früheren Kongresse und die »Kategorisierungresistentes« genannte Rubrik »sonstiges«.

Die nahezu vier Dutzend Artikel sind sehr unterschiedlich, einige keine 2000 Zeichen lang. Inhaltlich reicht das bunte Spektrum von klassisch-sozialbewegten über wertkritische bis zu religiösen Ansätzen. Als inhaltliche Klammer kann die These dienen, dass es heute um Tauschen und Nutzen von Dingen und Wissen gehen muss, und nicht mehr um Eigentum oder Profit. Über geldvermittelten Tausch wird noch eifrig debattiert. Einig ist man sich hingegen darin, dass eine Kultur der Kooperation (so auch der Titel des Forum 2012) weiter entwickelt werden muss, und dass dies ein langer und womöglich nie endender Prozess ist.

Zum Schluss findet sich eine Übersicht über alle gut 100 Workshops samt Mail-Kontaktadressen zu Verantwortlichen und/oder Referent_innen und ein Stichwortverzeichnis mit Verweisen zu den passenden Artikeln.

Bernd Hüttner

Solidarisch wirtschaften. Dokumentation des Kongress »Solidarische Ökonomie 2013«, 136 Seiten, Format A 4, Bezug gegen Spende, <http://www.solidarische-oekonomie.at>

AGROBUSINESS ODER AGRARKULTUR?



Die UNO hat 2014 zum »Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe« erklärt: »Ziel ist es, das internationale Bewusstsein für landwirtschaftliche Klein- und Familienbetriebe zu stärken und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bei ihrem Beitrag zur Reduktion von Hunger und Armut zu unterstützen.« Seit dem Weltagrarbericht von 2008 ist bekannt, dass die Produktivität der kleinbäuerlichen Landwirtschaft deutlich höher ist als die agroidustrielle Produktion. Außerdem schafft sie viel mehr Arbeitsplätze. Trotzdem geht die Landwirtschaftspolitik in der Schweiz und in Europa (GAP) permanent in Richtung Konzentration der Produktion in mechanisierten Großbetrieben. Täglich müssen Bauernhöfe aufgegeben werden, obwohl Bauer und Bäuerin – oft in einer Care-Doppelbelastung – sich bis zum Äußersten abrackern. Die Texte im ersten Teil des aktuellen Heftes von WIDERSPUCH. Beiträge zur sozialistischen Politik belegen diese Probleme eindrücklich.

Gesucht sind Alternativen. Ernährungssouveränität hat längst auf die Städte übergegriffen. Ob dabei das Urban Gardening neue Perspektiven eröffnet, hängt wesentlich davon ab, inwiefern es gelingt, solche neue Formen der Nahrungsmittelproduktion in einen weiteren gesellschaftlichen Kontext einzubeziehen. Letztlich, so der Tenor dieses lesenswerten Heftes, können Hunger und Unterernährung nur durch eine partizipative, demokratische Mitbestimmung über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Nahrungsmittelproduktion überwunden werden.

red

Widerspruch 64, Ernährung – Agrobusiness oder Agrarkultur, 208 S., 18 EUR, www.widerspruch.ch

DER GOLIATH, DEM DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG GEGEN BRAUNKOHLE TROTZT

Dreckschleudern im Rheinland



Die Region im Städte-Dreieck Köln, Bonn, Düsseldorf und Aachen ist ein Katastrophengebiet wie das Wendland – das »Atom-Müll-Land«. Sie ist im Begriff, ebenfalls Kristallisationspunkt des Widerstands zu werden, hier gegen die zerstörerische Braunkohle. Warum Braunkohle (-Verstromung) so destruktiv für Mensch, Natur, aber auch für die notwendige »Energie-Wende« ist, erläutert Alfred Emilio Weinberg, aktiv bei »AusgeCO2ht«, Mitglied bei attac Köln und Mitgründer der Vernetzungs- und Unterstützer-Initiative des Widerstands im Hambacher Forst »SoVie - Solidarische Vielfalt - Kölner Gruppe gegen Braunkohle«.

VON ALFRED EMILIO WEINBERG, KÖLN ● Warum ist das Rheinische Braunkohlerevier für die Ökologie- und Klima-Bewegung so wichtig? Weil es Germany's Next Wendland wird! - Ja? Bislang wissen selbst in Köln die meisten Menschen nur wenig von den größten Braunkohletagebauen und -kraftwerken Europas vor den Toren ihrer Stadt. Die Tagebaue Hambach, Garzweiler und Inden verschlingen zusammen ca. 170 Quadratkilometer; die Kraftwerke Bergheim-Niederaußem, Neurath I u. II, Frimmersdorf, Weisweiler verschatten mit ihren riesigen Kühltürmen die umliegende Landschaft. Niederaußem, Weisweiler und Neurath sind drei der fünf größten deutschen Braunkohlekraftwerke.

Auch von den gesundheitsschädigenden bedrohlichen Schadstoff-Emissionen ist den meisten kaum etwas bekannt: vor allem RADIOAKTIVER FEINSTAUB, aber auch QUECKSILBER, ARSEN und STICKOXIDE.

DIE BAGGER WIRBELN RADIOAKTIVEN FEINSTAUB AUF

Täglich werden allein im Tagebau Hambach ca. 3 Millionen Tonnen und 170 Tausend Kubikmeter Erde, Abraum und Kohle hin und her bewegt durch die größten Bagger der Welt. So wird das überall im Boden vorkommende URAN in schier ungläublicher Menge in die Luft und ins Grundwasser emittiert: ca. 250 Kilogramm am Tag.

Das natürlich vorkommende Uran-238 zerfällt schnell in zahlreiche Radionuklide: Radium-226, das Edelgas Radon-222 und Polonium 210, also radioaktive Alphastrahler. Die radioaktiven Isotope verbinden sich mit den lungengängigen Feinstaub-Partikeln. Das radioaktive Zerfallsprodukt des Radon-222 (Halbwertszeit: ca. 4 Tage) kann über den im Tagebaubetrieb unvermeidlich austretenden Kohlestaub in den menschlichen Organismus gelangen. Nicht nur für die Beschäftigten besteht diese Gefahr, sondern auch für alle in der Westwindzone wohnenden Menschen bis in den Kölner Raum. Tochternuklide der natürlich in der Kohle und dem Abraum vorkommenden radioaktiven Stoffe werden über den Feinstaub und das abgepumpte Wasser in die Umwelt freigesetzt.

Aber nicht nur die Tagebaue emittieren radioaktive Stoffe, sondern auch die Braunkohlekraftwerke. Bereits

▲ Das Braunkohlekraftwerk Niederaußem
▼ Schaufelradbagger im Tagebau-Garzweiler



Fotos: Herbert Sauerwein

1978 wies das US-amerikanische Oak Ridge National Laboratory (ORNL) darauf hin, dass die radioaktive Belastung im Umfeld kohlebefuerter Kraftwerke sogar noch höher liegt als in der Umgebung von Atomkraftwerken. Radioaktive Isotope finden sich in den Kraftwerksaschen und werden auch über die Schornsteine ausgestoßen. Weltweit gelten Braun- und Steinkohlekraftwerke neben Atomkraftwerken als größte Quelle radioaktiver Verseuchung der Umwelt. Zu den Gesundheitsgefahren einer Feinstaub-Belastung sei auf die HEAL-Studie »Was Kohlestrom wirklich kostet, Gesundheitsfolgen und externe Kosten durch Schadstoffemissionen« vom April 2013 verwiesen sowie auf die Greenpeace-Studie »Tod aus dem Schlot«.

RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) dagegen bagatellisiert das Problem der Feinstaub-Emissionen durch seine Tagebaue und Kraftwerke mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Professoren, die in irgend einer Weise mit RWE verbunden sind, liefern die verharmlosenden Gutachten dazu. Immerhin finanziert der Energie-Konzern etliche Lehrstühle an deutschen Hochschulen.

Die Realität der Feinstaubbelastung durch Braunkohletagebaue wurde unlegbar allen Interessierten deutlichst klar, als am 22. Januar 2013 an der Messstation in Elsdorf-Berrendorf ein Feinstaubwert PM10 von 80 µg/m³, an der Messstation in Niederzier 151 µg/m³ gleichzeitig gemessen wurde. Beide Dörfer sind Grubenranddörfer, Berrendorf direkt nordöstlich am Tagebau Hambach, Niederzier südöstlich. An diesem Tage kam der Wind ausnahmsweise aus Nordost. Die Steigerung um 71 µg/m³ am Messpunkt Niederzier kann nur aus dem Tagebau stammen, denn etwas anderes befindet sich nicht zwischen den beiden Orten.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt angesichts der vom Feinstaub ausgehenden Gesundheitsgefahren in ihren Luftgüte-Richtlinien folgende Grenzwerte für Feinstaub: Jahresmittel PM10 20 µg/m³; Tagesmittel PM10 50 µg/m³ ohne zulässige Tage, an denen eine Überschreitung möglich ist. Diese Werte liegen deutlich unter den Grenzwerten der EU: Seit dem 1. Januar 2005 beträgt hier der Jahresmittelwert für PM10 doppelt soviel: 40 µg/m³; der einzuhalten Tagesmittelwert für PM10 50 µg/m³ bei 35 zugelassenen Überschreitungen im Kalenderjahr.

NERVENGIFT QUECKSILBER UND KLIMAGIFT CO2

Quecksilber ist ein starkes Nervengift und schon in kleinsten Mengen gefährlich: Es kann zu geistigen Behinderungen, zu Verzögerungen bei der Entwicklung oder zu Gedächtnisverlust führen. Der ORNL-Studie zufolge überschreiten fast 50 deutsche Kohlekraftwerke die Grenzwerte einer neuen internationalen Vereinbarung. Allein das Kraftwerk in Niederaußem emittiert pro Jahr 497 kg Quecksilber. Dazu erklärt der Energie-Experte des WDR, Jürgen Döschner: »In Deutschland sind die gesetzlichen Vorschriften weniger streng als in den USA, die ja sonst nicht als besonders umweltfreundlich gelten. (...) Würde man den US-amerikanischen Grenzwert, der sich an einer neuen internationalen Vereinbarung orientiert, in der Bundesrepublik anwenden, müssten 50 deutsche Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke bis auf eine Ausnahme stillgelegt werden.«

Das Rheinische Braunkohlerevier bzw. der Konzern RWE als Eigentümer der Tagebaue, Kohlebahnen, Kraftwerke und Strom-Trassen ist auch der KLIMAKILLER Nr.1 in Europa. Ca. 100 Millionen Tonnen Braunkohle werden hier jährlich »verstromt«, das bedeutet eine Emission von ca. 100 Millionen CO₂. Das sind ca. 12,5 % aller CO₂-Emissionen in Deutschland. Zum Vergleich: Ca. 20% erzeugt der gesamte Verkehr (PKW- und LKW-Verkehr zusammen). Über 51 Millionen Kraftfahrzeuge sind in Deutschland angemeldet. Die fünf Braunkohlekraftwerke im Revier sind also genauso klimaschädlich wie über 30 Millionen Kraftfahrzeuge. Braunkohle ist der klimaschädlichste Energieträger überhaupt. Denn nur maximal 43% der Ursprungs-Energie wird in Strom umgewandelt – im Vergleich z.B. Gas zu ca. 50 - 60%, Steinkohle zu ca. 46%. Dabei werden bei der Braunkohleverstromung mehr als doppelt soviel CO₂-Emissionen produziert wie beim Energieträger Gas. Die Ursache der Klimakatastrophe, die vor allem für die Menschen im globalen Süden schon begonnen hat, liegt nachweislich auch in der hiesigen Braunkohle-Verstromung.

RWE und sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung NRW behaupten die Unverzichtbarkeit der Braunkohle noch für viele Jahre. Versorgungssicherheit für die Allgemeinheit und den Industriestandort NRW sei nur mit der Braunkohle möglich. Damit wird die Vorrangstellung festgeschrieben eines aus meiner Sicht von interessierter Seite konstruierten allgemeinen Interesses an der Braunkohle-Verstromung vor den Interessen der Menschen, die im Revier,

Prof. Klaus Heikrodt, Inhaber des Lehrstuhls für Energietechnik an der Hochschule Ostwestfalen-Lippe, in einem Interview mit Zeit Online: »Anstatt die entsprechenden Anlagen an wind- und sonnenreichen Tagen abzuschalten, kann überschüssiger Strom in Wasserstoff oder Methan umgewandelt und im Gasnetz gespeichert werden.«

Also sind Braunkohlekraftwerke nicht notwendig! Wenn man dann noch bedenkt, dass 2013 so viel Strom wie noch nie zuvor von Deutschland exportiert wurde, dann fragt sich auch der Laie: Stimmt da etwas nicht?

BILLIGER ROHSTOFF FÜR RWE

RWE könnte also theoretisch sinnvollerweise mehr in erneuerbare Energien investieren. Das geschieht aber nicht, im Gegenteil: für dieses Jahr wurden die Investitionen für erneuerbare Energien halbiert. Denn Folgendes ist unbestritten: »Braunkohle rettet die Bilanz (2012) von RWE«, so titelte der Kölner Stadtanzeiger am 6. März 2013. Tatsächlich ist die Braunkohleverstromung ein sehr profitables Geschäft. Deshalb hat RWE die Braunkohleverstromung 2013 weiter gesteigert (von 75,6 Mrd. Kwh 2012 auf 75,8 Mrd. Kwh) – und das bei einer angeblich allseits gewünschten Energie-Wende zu den »Erneuerbaren« hin.

RWE zahlt nichts für den Rohstoff selbst. Für das ca. 60 Quadratkilometer große Naturschutzgebiet Hambacher Forst mit den Millionen Eichen und Buchen zahlte RWE in den 1970er Jahren an die Gemeinden nur 1 bis 2 DM pro Quadratmeter.

An vielen Stellen kann neben dem wertvollen Holz auch Kies verwertet werden, ehe die größten Bagger der Welt die Braunkohle aus der Tiefe holen. Außerdem sind die Braunkohlevorräte riesig. Und es wird vermutet, dass RWE Braunkohle, die noch in der Erde lagert, schon längst beliehen hat, wie es in der heutigen Finanzindustrie üblich ist. RWE muss somit wahrscheinlich diese sich bereits in den Bilanzen befindende Braunkohle zwangsläufig fördern. Deshalb sieht der Energie-Mix 2013 von RWE tatsächlich so aus: ca. 37,6 % Braunkohle, ca. 23,7 % Steinkohle, ca. 17,0 % Gas, ca. 14,5 % Atom-Energie und nur ca. 6,3 % Erneuerbare Energien (aus dem Geschäftsbericht 2013: Zukunftsgestalter, VORWEGGEHEN. S.57 – eigene Berechnung aufgrund der dort veröffentlichten Zahlen).

Die Herausforderungen der stärker werdenden Anti-Kohle-Bewegung sind also groß. Der »Gegner« ist sehr stark – das Rheinische Braunkohlerevier ist quasi in den Händen einer Besatzungsmacht.



Foto: Herbert Sauerwein

▲ Demo am Tschernobyl-Jahrestag 2014

in der Region und auch z.B. in Bangladesch leben. Und es wird erwartet, weitere »Opfer« für das nationale Gemeinwohl zu erbringen.

Noch mehr Menschen als die bisherigen knapp 40 Tausend Umsiedler im Revier sollen ihr Zuhause gezwungenermaßen verlassen. Auch die Bergschäden an den Häusern in den Grubenranddörfern, verursacht durch gewaltige Grundwasser-Abpumpungen – rund 550 Millionen Kubikmeter pro Jahr – sollen als unvermeidlich hingenommen werden. Elsdorf-Berrendorf z.B. ist dadurch ca. 4 Meter abgesunken. Manche Häuser hatten solch große Risse, dass sie abgerissen werden mussten.

Warum das Ganze? Als notwendige »Übergangstechnologie« zur Bereitstellung der Grundlast, wenn weder die Sonne scheint noch der Wind weht, sollen die Braunkohlekraftwerke noch für Jahrzehnte notwendig sein. Stimmt diese Aussage von RWE und den entsprechend beeinflussten »politischen Entscheidungsträgern«?

Tatsächlich wird mit dem großangelegten Projekt »Power to Gas« schon längst das Ziel verfolgt, überschüssigen Ökostrom in Gas umzuwandeln und das Erdgasnetz als Stromspeicher zu nutzen. Dazu erklärt

VORLÄUFIGES FAZIT:

Die Schürung der Angst vor Arbeitsplatzverlusten im Revier wirkt leider immer noch. Die RWE AG ist noch kein schwankender Riese, sondern als weltweit operierender Konzern, als »Cluster-Experte« und meinungsmachende Instanz ganz stark. Mit einer sorgfältig ausgearbeiteten »Akzeptanz-Studie« hat RWE sich auch gut vorbereitet für die Abwehr des gewachsenen Widerstands gegen solche Groß-Projekte. Dort ist beschrieben, wie der Widerstand in für RWE ungefährliche Bahnen kanalisiert werden kann. Dialog sei der Schlüssel zur Akzeptanz, Empathie für die Beweggründe des Einzelnen, der im Widerstand ist, sei notwendig: »In der frühzeitigen, transparenten und ergebnisoffenen Einbeziehung der Bürger scheint dabei der Schlüssel zu mehr Akzeptanz zu liegen.« Die Schlichtung mit Heiner Geißler zu Stuttgart 21 wird als vorbildhaft beschrieben. Klar, in der Realität ergänzt RWE seine Akzeptanz-Bemühungen mit Einschüchterungsstrategien (das alte Lied vom Zuckerbrot und von der Peitsche).

Aber der selbstorganisierte Widerstand wächst: Es liegt an uns, ob die Strategie von RWE aufgeht. ●

ZUR GESCHICHTE DES WIDERSTANDS IM RHEINISCHEN BRAUNKOHLE-REVIER

GERMANY'S NEXT WENDLAND?

Die bemerkenswert lange und dennoch wenig bekannte, lehrreiche Widerstandsgeschichte gegen den Braunkohletagebau im Rheinland hat attac-Aktivist Emilio Weinberg persönlich miterlebt.

VON ALFRED EMILIO WEINBERG, KÖLN ● Eine vergleichbare vielfältige »mosaikförmige« gewaltfreie Widerstandskultur wie im Wendland - Ziviler Ungehorsam und Direkte Aktionen neben Demonstrationen, Straßentheater und anderen kreativen Aktionen, auch juristischem Vorgehen - entwickelt sich gerade auch im Rheinland. Im Wendland hat sich diese Widerstandskultur in einem Zeitraum von 35 Jahren Schritt für Schritt entwickelt. »Kritische Solidarität« ist dort weiterhin ein kennzeichnendes Merkmal. Sie ist ein gutes Mittel gegen alle Spaltungsversuche.

Wenn es uns gelingen könnte, vom Wendland zu lernen – klar: einfach übertragen können wir die Erfahrungen nicht -, dann können wir längerfristig gesehen RWE stoppen und das Revier umwandeln, wieder transformieren in eine selbstbestimmte, selbstorganisierte sozialökologische Region, wo Energiegewinnung durch erneuerbare Energien wie Windkraft, Solarenergie, Geothermie u.a. und auch Landwirtschaft solidarisch in selbstverwalteten kleinen Einheiten sich neu organisieren kann. Die Vision einer Solidarischen Ökonomie, praktisch umgesetzt z.B. in Energie-Genossenschaften, zeigt uns und anderen, dass es Alternativen gibt.

Der Widerstand hier im Braunkohle-Revier hat bereits eine lange Geschichte, an die wir - kritisch - anknüpfen können. 1978 nahm ich zum ersten Mal bewusst wahr, dass es Braunkohletagebau und Kraftwerke gibt. Die Wolken des Braunkohle-Kraftwerks Weisweiler hatte ich schon als kleiner Junge, Ende der fünfziger Jahre in Aachen lebend, skeptisch betrachtet, vor allem bei sonst strahlend blauem Himmel.

DER ANFANG IN DEN SIEBZIGERN

1978 gründete eine Gruppe von seit ca. 1975 in der Anti-Atom-Bewegung engagierten Student_innen das erste »Öko-Projekt« des ASTA der Universität RWTH (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule) Aachen. In diesem Zusammenhang nahmen wir auch Kontakt auf zu der Bürgerinitiative »Verheizte Heimat« am entstehenden Tagebau Hambach. Es wurden gerade die wunderschönen alten Eichen und Buchen des 50 - 60 Quadratkilometer großen Naturschutzgebietes Hambacher Forst millionenfach gefällt. Gleichzeitig begannen die ersten Umsiedlungen. Die Bewohner_innen des Orts Lich-Steinstraß wurden gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen.

Aachener WissenschaftlerInnen (der Hambachgruppe) engagierten sich ebenfalls - als Berater von Bürgerinitiativen und als Gutachter. Vier Publikationen entstanden zwischen 1977 und 1985: »Hambach – das größte Loch der Welt«, »Totalschaden«; »Abgepumpt« und das Buch »Verheizte Heimat«.

In den Achtzigern stand der Tagebau Garzweiler im Blickpunkt. Würden die Grünen in der Landesregierung NRW Garzweiler II verhindern können? Diese Frage wurde von vielen Menschen, nicht nur den Betroffenen, sondern auch von uns Engagierten hoffnungsvoll gestellt.

Wir fuhren seit ca. 1975 zu den Anti-Atom-Demonstrationen, sei es nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde, ins Wendland, nach Kalkar und Ahaus. Wir erlebten dort auch die sich entwickelnden Widerstands-Kulturen gewaltfreier Direkter Aktionen des Zivilen Ungehorsams: Waldbesetzung in Wyhl, Bauplatzbesetzung in Gorleben usw. Wir waren aber nicht dazu in der Lage, die naheliegende Idee einer Waldbesetzung auch im Hambacher Forst zu realisieren. Wir Student_innen redeten wahrscheinlich zu viel.

AM ENDE SOLL EIN RESTSEE BLEIBEN

Der Widerstand im Rheinischen Braunkohlerevier beschränkte sich bis 2010 auf parlamentarische und juristische Auseinandersetzungen, auf Lobby-Arbeit durch die alten und die neu entstandenen Umweltverbände wie z.B. den BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), auf Demonstrationen, Mahnwachen und auch manchmal kreative Aktionen.

Der Widerstand in Otzenrath, einem Ortsteil von Jüchen, u.a. die Lichterketten-Aktionen in den Jahren 1985 und 1987 sei hier beispielhaft hervorgehoben. Die meisten Bewohner_innen waren sich einig in dem Wunsch zu bleiben. Dies machte auch später, 1995, die Bürgerbefragung deutlich; diese befürwortete eine Klage der Gemeinde Jüchen vor dem Verfassungsgerichtshof Münster, die aber abgewiesen wurde.

Bemerkenswert war auch die Reaktion von RWE (bzw. damals »Rheinbraun«) auf diese relativ



▲ Baumbesetzer im Hambacher Forst

Foto: Herbert Sauerwein

geschlossene Ablehnung eines Dorfes. Wenn sich Widerstand formiert, setzt das Unternehmen auf Geld und Einschüchterung. In der Gemeinde Jüchen, wo drei von elf zugehörigen Dörfern unter den Bagger kommen sollten, versprach »Rheinbraun« dem Gemeindedirektor schriftlich ein teures Gewerbegebiet inklusive eines großen Geschäftshauses, wenn die Gemeinde auf ihr Klagerecht verzichte. Als Kritiker das Geheimpapier veröffentlichten, war das im Gemeinderat allerdings nicht mehr durchzusetzen.

In Jüchen-Otzenrath zogen dann wenige Wochen später mehrere hundert Bergarbeiter bei einer bezahlten, aber nicht genehmigten Demonstration lärmend durch die Straßen und beschimpften die Tagebauegegner – nach Meinung des Pfarrers »ein Versuch, mit ungeheuerlichen Mitteln die Leute einzuschüchtern«. (vgl. »Tricks und Mausechelen. Wie der RWE-Filz das Braunkohlerevier regiert«, Spiegel vom 13.11.1995) Sehenswert dazu ist auch der Film »Otzenrather Sprung«. »Er begleitet die Einwohner dreier Dörfer im Rheinischen Braunkohlerevier während ihres letzten Jahres in der alten Heimat und dokumentiert, wie eine ganze Region auf ihre kollektive Umsiedlung vorbereitet wird.

Der Braunkohletagebau hat im Rheinland eine lange Tradition. Seit Ende des 2. Weltkrieges wurden bereits mehr als 35.000 Menschen umgesiedelt. Die größte der drei rheinischen Kohlegruben trug den Namen Garzweiler I. Garzweiler war eine der Ortschaften, die diesem Tagebau in den achtziger Jahren weichen mussten. Im November 1998 hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalens die Genehmigung für einen Folgetagebau erteilt, genannt Garzweiler II. Vorausgegangen war ein 14 Jahre währender Streit zwischen Gegnern und Befürwortern.

50 km² Erdoberfläche sollen im Zuge dieses Projektes bis zu einer maximalen Tiefe von 210 Metern abgetragen werden – mit allem, was sich darauf befindet. 2050 wird der Abbau der Kohle abgeschlossen sein. Weitere 50 Jahre werden für die Rekultivierung der Fläche benötigt. Zum Schluss – etwa im Jahr 2100 – wird ein 23 km² großer so genannter Restsee übrig bleiben.« (aus der Filmbeschreibung)

FRISCHER WIND BELEBT DIE BEWEGUNG

Gewissermaßen als letztes »Aufbäumen« wird der Widerstand des BUND zu Beginn des Jahres 2008 von manchen betrachtet. Der BUND hielt eine eigene Obstwiese am nördlichen Ortsausgang von Otzenrath am Grubenrand bis zur Zwangsäumung besetzt. (Darauf bezieht sich auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.12.2013.)

Nach dem Klima-Gipfel in Kopenhagen 2009 wurde vielen Aktivist_innen der Klima-Bewegung klar, dass es nicht reicht, von einem Klima-Gipfel zum nächsten zu »hoppeln«. Wo CO₂ in großer Menge emittiert wird, da ist Widerstand doch viel sinnvoller. Auf dem Klimacamp der »Klimawelle« in Bonn 2010 beschloss das Klimabewegungsnetzwerk, das mit dem internationalen Netzwerk »Climate Justice Action« eng zusammenarbeitete, anlässlich des »Global Action Day - In Defense of Mother Earth and Her People and against the Commercialization of Life, Pollution and the Criminalization of indigenous and social Movements« Aktionen im Rheinischen Revier zu starten.

So fand dann auch im Herbst 2010 die erste Kohlebahn-Blockade in Bergheim-Niederaußem statt – organisiert von der Kampagne »Grube gräbt«. Zuvor hatte im Sommer das erste Klimacamp direkt im Rheinischen Braunkohlerevier – organisiert von der BUND-Jugend NRW – stattgefunden. Dort wurde auch schon versucht, an den Erfahrungen der Klimabewegung aus Großbritannien anzuknüpfen und folgende vier Elemente zu realisieren: 1. Direkte Aktion, 2. Vernetzung, 3. Bildung von unten, 4. selbstorganisiertes, herrschaftskritisches und ökologisches Zusammenleben.

KLIMACAMPS UND WALDBESETZUNG

Ein spektrenübergreifendes Bündnis organisierte dann das Klimacamp 2011 in Manheim-Kerpen, dem Ort, der genauso wie der gesamte Hambacher Forst dem Tagebau Hambach als nächstes weichen soll. Die zweite, nun größere Kohlezugblockade mit 70-80 Menschen, wieder von »Grube gräbt« verantwortet, fand zur Zeit des Camps statt.

Im Dezember 2011 gründete sich »AUSGECO2HLT«, eine spektrenübergreifende Plattform für den »Sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle«.

Hervorzuheben ist nun der Beginn der Waldbesetzung im Hambacher Forst im April 2012 im Rahmen eines Kulturfestes mit dem Motto »Wald statt Kohle«. Es wurde gemeinsam organisiert von »AusgeCo2hlt«, der WAA, der nach dem Klimacamp 2011 – zunächst als permanentes Klimacamp – gegründeten »Werkstatt für Aktionen und Alternativen«, von der Bürgerinitiative »Buirer für Buir«, Robin Wood, der BUND-Jugend NRW und von Attac Köln. Das Protest-Camp vor der Grugahalle in Essen vom 18. und 19. April anlässlich der Aktions-Versammlung von RWE schloss sich unmittelbar an und brachte weiteren Schwung in die nun immer stärker werdende Anti-Kohle-Bewegung.

Die dann siebenmonatige Waldbesetzung erlebten sowohl die Besetzer_innen selbst als auch die vielen Unterstützer_innen, die direkt betroffenen Menschen vor Ort, die doch auch zahlreichen Bürgerinitiativen, als sehr ermutigend. Ein gemeinsamer schöner, als sehr wertvoll erlebter Bezugspunkt war gefunden.

Die bundesweite, auch in den meisten Mainstream-Medien tendenziell eher positive Berichterstattung über die Besetzung stärkte auch vielen seit langem aktiven

Mitstreiter_innen, die schon manchmal zermüht aufgeben wollten, den »Rücken«.

Die Kriminalisierungsversuche seitens RWE im Herbst 2012 im Vorfeld der spektakulären »längsten Räumung der BRD« schlugen eher fehl. Die Räumung selbst, durch ca. 600 PolizistInnen gegen ca. 27 BesetzerInnen durchgesetzt, hat schon zum Teil demoralisierende Spuren hinterlassen. Die Besetzung der »Wiese« direkt am Wald in Morschenich wenige Tage nach der Räumung war dann genau der richtige Schritt, um weiter kontinuierlich den Widerstand zu vergrößern. Erfreulicherweise blieb die Unterstützung durch die Bevölkerung weitestgehend ungebrochen.

Ein wichtiger Schritt, um möglichst alle Akteure des Widerstands in der Region zusammenzubringen, war das erste große Netzwerktreffen und die Gründung des »Bündnisses gegen Braunkohle«. Das sehr aktive »Netzwerk Bergbaugeschädigter« mit Sitz in Bergheim, die BI aus Elsdorf-Berrendorf, das Bündnis der »Grubenranddörfer – Das Gelbe Band« mit Sitz in Wanlo, die BI »Leben ohne Braunkohle« aus Pulheim-Stommeln, AusgeCO2hlt, die Wald- und Wiesenbesetzer_innen, auch Anti-Atom-Initiativen, sie alle und noch viele andere Gruppen und Einzelpersonen des Widerstands bilden nun eine bunte Vielfalt, die Schritt für Schritt immer mehr kooperiert. Dennoch stehen wir auch nach dem zweiten Netzwerktreffen im Februar 2014 noch am Anfang.

Ein von manchen angedachter Koordinierungskreis, der neben den vielen wichtigen eigenständigen Einzelaktivitäten einen gemeinsamen Schwerpunkt zu realisieren versucht, wird sich nur peu à peu entwickeln lassen. Unterschiedliche Vorstellungen bezüglich langfristiger Handlungs-Konzepte, der Wunsch nach einer herrschaftsfreien Organisation und Entscheidungsfindungen im Konsens, die Diversität der Lebensstile Einzelner, die daraus resultierenden Kommunikationsschwierigkeiten, schließlich die unterschiedlichen Organisationskulturen der verschiedenen ca. 30 Gruppen des Widerstands machen unvermeidlicherweise das Zusammengehen schwer.

2013 war das dritte Klimacamp in Manheim auf ca. 1000 Teilnehmer_innen angewachsen. Trotz einiger Konflikte, die mit den gerade beschriebenen Phänomenen zusammenhängen, und verstärkter Repression durch die Polizei war das Camp ein weiterer toller Meilenstein auf dem Weg zu »Germany's Next Wendland«.

2014 hält die Wiesenbesetzung an, ermöglicht durch den Eigentümer, einem seit Jahren engagierten Bürger aus Buir. Der Wald wird immer wieder geräumt und neu besetzt. Die Repression durch die Staatsorgane nimmt von Monat zu Monat zu: Kriminalisierungsversuche durch immer wieder von RWE veranlasste Ermittlungsverfahren, Durchsuchungen, Festnahmen. Es wird sogar zunehmend von Misshandlungen durch die Polizei berichtet. RWE spricht immer vorverurteilend von den Straftätern, die Waldbesetzer meinent. Wichtig zu wissen ist dabei: Der Landrat des Kreises Düren (Morschenich gehört zu diesem Landkreis) steht auf der Gehaltsliste von RWE und ist auch oberster Dienstherr der Polizei in diesem Landkreis.

In dem von der Stadt Erkelenz eingemeindeten Borschemich am Tagebaurand Garzweiler wagen zwei Brüder RWE »die Stirn zu bieten« und schrecken nicht vor der »Enteignungsphase« zurück. Auf ihrem Grundstück und möglichst auf einer Wiese der Stadt Erkelenz wird das spektrenübergreifende Klimacamp 2014 vom 26. Juli bis zum 3. August in Solidarität mit ihnen stattfinden. Wir hoffen auf 1000 - 2000 Teilnehmer_innen, die dann den gigantischen Baggern aus nächster Nähe (ca. 100 Meter) mit kreativen und gewaltfreien Aktionen etwas entgegengesetzt werden. Bis bald! ●



▲ Baumhäuser im Hambacher Forst

Foto: Herbert Sauerwein

HAMBACH-INDIEN

Globalisierung der radikalen Vernunft

Julius Reubke ist Naturwissenschaftler und Publizist und Vorsitzender des Vereins »Freunde von Ekta Parishad«, der sich 2004 gründete, um die Märsche der indischen Landlosen (CONTRASTE berichtete in Nr. 344/345, Mai/Juni 2013) zu unterstützen. Deren Mitbegründer Rajagopal besuchte die Waldbesetzer*innen des Hambacher Forsts, um einen internationalen Austausch zu initiieren. Reubke war dabei und schildert für CONTRASTE seine Eindrücke.

VON JULIUS REUBKE, KÖLN ● »Gibt es nicht ganz in deiner Nähe genug Missstände, um die du dich kümmern könntest und solltest?« Das höre ich seit 14 Jahren, wenn ich anfangs davon zu reden, wie großartig ich den Ansatz von Rajagopal und »Ekta Parishad« (Solidarischer Bund) in Indien finde. Das große Loch von Garzweiler II habe ich oft mit Besuchern der indischen Landlosenbewegung »Ekta Parishad« und ihrem Gründer Rajagopal aufgesucht, um sie zu trösten. Auch in Deutschland, sagte ich ihnen, gibt's so Unvernünftiges wie den Braunkohleabbau: Naturzerstörung, Umsiedlung, Missachtung der Gesundheit von Anwohnern im weiten Umkreis und viele weitere unbedachte Folgescheinungen eines Unternehmens mit ganz unsicherem und fragwürdigem wirtschaftlichem Nutzen.

Im Herbst 2012 stand Rajagopals Besuch hier in Köln wieder einmal ins Haus. Da las ich einen kurzen, aufrüttelnden Bericht von der Räumung des Besetzerdorfes im Hambacher Forst. Junge Leute machten auf den offen zutage liegenden Unsinn des großen Lochs aufmerksam. Es klang völlig anders als das, was sonst bei Protestaktionen in Deutschland zu hören ist. Ob ein Gespräch zwischen Rajagopal und diesen jungen Leuten etwas bringen würde?

Es kam zustande und sofort war ein Basisverständnis da, einfach umwerfend. Die jungen Besetzer fragten mit Aufgeschlossenheit nach den Aktionen von »Ekta Parishad«. Sie wussten vom gewaltfreien Marsch der 100.000 im Herbst 2012 in Indien. Der brachte die Regierung dazu, ein Abkommen mit Rajagopal, einem einfachen Bürger, abzuschließen. Es verpflichtet sie, gemeinsam mit den Bürgern die Probleme der Landlosen und an den Rand der Gesellschaft Gedrängten zu untersuchen und zu beheben - mit Zeitvorgabe, in einem halben Jahr zu erledigen (tatsächlich waren dann 70% der Forderungen erfüllt, aber es wird weiter gekämpft). Verhandlungspartner der Regierungsstellen sind Rajagopal und die Basisorganisation »Ekta Parishad«, keine demokratisch gewählten Repräsentanten irgendeiner Partei, Organisation, Gewerkschaft etc., sondern allgemein anerkannte, vertrauenswürdige Vertreter der Armen. Rajagopal fragte die Waldbesetzer gezielt und



▲ RWE-Baumruine in Hambach

Foto: Herbert Sauerwein

aufmerksam nach den Vorgängen und Absichten im Hambacher Forst und zu der Räumung. Die jungen Leute waren sehr interessiert und engagiert. Was ist anders, was gemeinsam an den Vorgängen in Indien und in Hambach? In fast allen Ländern nehmen Armut und Benachteiligung vieler noch schneller zu als der gigantische Reichtum weniger. Aber dieser neue Ansatz zu gewaltfreiem Wandel drängt mühsam aber sichtbar durch die Betondecke des gegenwärtigen Systems wie die grünen Halmchen durch den Asphalt im Frühling: im Hambacher Forst, bei den Flughafengegnern in Nancy und schon deutlich länger eben in Indien, bei »Ekta Parishad«.

Das liegt daran, dass die Inder uns den Mahatma voraus haben, der den »gewaltfreien Kampf« einführt. Er erfand dafür auch einen Namen, der beschreibt, was gemeint ist: Satyagraha. Man kann das mit Festhalten an radikaler Vernunft ganz gut umschreiben. Rajagopal erklärt es etwa so: »Wo ein Missstand ist, der dich betrifft, finde die Ursachen heraus und werde aktiv, um die Situation zu verbessern. Stößt du dabei auf Widerstand, verbünde dich mit Gleichbetroffenen und übe so lange Druck aus, bis das Gegenüber mit dir redet. Mache ihn dir jedoch nicht zum Feind. Mit dir zusammen soll er herausfinden, was eine für alle Beteiligten vernünftige und praktikable Lösung ist. Achte darauf, dass dies öffentlich geschieht.«

In unserem Land sind die Missstände besser verwaltet und unsichtbarer als in Indien. Es ist eingespielte Praxis, kritische Aktionen zur Sichtbarmachung der Unvernunft in die ideologischen Ecken zu drängen, aus denen sie früher zumeist kamen. Das befriedigt die Mehrheit und beruhigt sie zugleich. Es sichert Einschaltquoten und macht den Ordnungskräften den Weg frei. Aber spricht die Vernunft nicht gegen Umweltschädigung und allgemeine Bedrohung der Gesundheit? Wo ist ein volkswirtschaftlicher Nutzen, der diese Zerstörung rechtfertigt?

Die Beweggründe der jungen Leute sind nicht ideologisch und nicht egoistisch. Es geht ihnen um vernünftige Maßnahmen in der Gegenwart. Unvernunft mit theoretischer Deckung aus einer erträumten Zukunft - wir müssen die Umwelt jetzt zerstören, damit es auch in x Jahren noch Energie gibt - lehnen sie vernünftigerweise ab.

»Vermeidet es Feindbilder aufzubauen«, sagte ihnen Rajagopal. »Nutzt die demokratischen Freiräume fantasievoll aus, um die Bürger aufzuwecken.« Große Märsche vieler Selbstdenker, gewaltfrei und aus innerster Überzeugung, lassen sich bei uns nicht organisieren. Hier folgt man vielleicht noch einer Partei, eher noch einem Fußballverein. Das braucht dann auch nicht gewaltfrei zu sein. Gewalt ist einfacher.

Gerade geht es durch die Medien: Wieder ist es einer

Handvoll junger Leute gelungen, eine Polizeidemo von zwei Hundertschaften mit schwerem Gerät zu mobilisieren. Das macht was her, das kostet was, darüber muss berichtet werden. Ist es nicht eine gute Verwendung von Steuermitteln, Polizisten zu solchen Einsätzen mit hohem Unterhaltungswert gegen friedliche Leute auszurücken zu lassen, auch wenn sie sich, dieser Aufgabe noch ungewohnt, sehr ruppig verhalten? Sicher angenehmer und preiswerter als die viel größeren und gefährlicheren Einsätze bei Fußballspielen.

Allmählich kommen wir dahin, über die Ziele der Waldbesetzer nachzudenken. Sie wollen radikal der Vernunft zum Durchbruch verhelfen. Der Einsatz der Polizei verhilft ihnen jetzt zur nötigen Aufmerksamkeit, weil diese auf ihre luftigen, lustigen, friedlichen Ausflüge auf die Baumwipfel oder in die Erde reagieren muss.

Die Zeit ist reif. Überall finden sich junge Menschen im radikal gewaltfreien Kampf für die Vernunft zusammen. Rajagopal hilft ihnen gern, miteinander in Kontakt zu kommen und sich dadurch gegenseitig Mut zu machen. Es geht, nach Gandhi, ums »Wohlergehen für alle«, nicht ums Bessergehen von einigen. Nicht in der Theorie, sondern in der Praxis versuchen sie es umzusetzen. In der Gegenwart ist es vernünftig und baut an einer besseren Zukunft. ●

ANZEIGEN

Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen in Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Rainer Buteschön. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Verlag Ossietzky GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

SKILLSHARING-PRAXIS IM HAMBACHER FORST

Tipptopp Clownsworkshop

Wie die Polizei im April vergeblich versuchte, Zelte aus dem Wald beim Wiesencamp zu räumen. Dies scheiterte am Nicht-Vorhandensein der Zelte. Stattdessen wurde der Einsatz zu einem Clownsworkshop umgedeutet.

● Am frühen Nachmittag des 12. April inspizierte ein Ordnungsbeamter der Stadt Merzenich den Wald beim Wiesencamp. Er wurde eskortiert durch zwei Polizeibeamte. Noch bevor er den Wald erreichte, suchten ca. 30 Aktivist*innen aus dem Camp, zum Großteil verumumt, Kontakt mit den drei Menschen. Es stellte sich heraus, dass die Polizei den Ordnungsbeamten gebeten hatte, sich um das verbotene Wildcampen im Wald zu kümmern. Nach einer kurzen Diskussion stellte der Ordnungsbeamte fest, dass er keine Zelte sehen würde und der Fall somit erledigt wäre. Er und die beiden Polizeibeamt*innen entfernten sich also – immer noch begleitet von einigen Aktivist*innen vom Camp.

Im Laufe des Nachmittags sammelten sich dann in der unmittelbaren Nähe des Camps zwei Pferdestaffeln, eine Hundestaffel, fünf Streifenwagen, mehrere Wannen und eine Hundertschaft aus Wuppertal. Auch im Nachbarort wurden zwei Streifenwagen stationiert. Eine Person, die versuchte herauszufinden wozu dieses massive Polizeiaufgebot vonnöten sei, wurde kurzerhand festgenommen, weil sie sich weigerte einen Perso zu zeigen.

Nachdem sich dieses Polizeiaufgebot versammelt hatte, kam erneut der Ordnungsbeamte der Stadt Merzenich. Diesmal in Begleitung von ca. 10 Polizeibeamt*innen mit einem Hund. Erneut forderte er, dass die Zelte aus dem Wald entfernt werden sollen.



▲ Die Polizei räumt ein Baumhaus im Hambacher Forst

Foto: Herbert Sauerwein

Nach einer längeren Diskussion entschied die Polizei in einer Gruppe von ca. 30 Polizist*innen den Wald zu inspizieren. Erneut wurden die Polizist*innen von Aktivist*innen begleitet. Diesmal mischten sich mehrere Aktivist*innen in die Reihen der Polizist*innen. Die daraus entstehende Kette kann man sich wie folgt

vorstellen: Bulle, Bulle, Bulle, Mensch in knallorange-nem Hasenkostüm, Bulle, Bulle, Bulle, Bulle, Mensch mit schwingenden Pois*, Bulle, Bulle, Bulle, Bulle, tanzender Mensch in Clownskostüm. Klanglich begleitet wurde dieser Zug von diversen Tierstimmen und mehreren kleinen Xylophonen. Auch in den Bäumen

waren mehrere Aktivist*innen, die das Treiben von oben kommentierten.

Nachdem die Polizist*innen festgestellt hatten, dass wirklich keine Zelte im Wald stehen und dass auch die Klohäuschen keine Zelte sind, machten sie sich wieder auf den Rückweg. Leider ohne der Aufforderung, sie mögen doch bitte gleich die ganze Scheiße mitnehmen, zu folgen.

Der gesamte Einsatz hat ca. vier bis fünf Stunden gedauert. Die festgenommene Person wurde kurze Zeit später wieder freigelassen.

Dieser Einschüchterungsversuch gehörte zu einer Reihe repressiver Maßnahmen. Diese sollen den friedlichen Ablauf des Skill-Sharing-Camps stören. Hier zu nennen wären unter anderem die häufigen Polizei und RWE-Hubschrauber über dem Camp sowie die Beobachtungen durch Polizei- und RWE-Security im Wald und in unmittelbarer Campnähe.

Die zahlreichen Workshops und das selbstorganisierte Campleben zeigen, dass selbst diese massiven Einschüchterungsversuche das Camp nicht in größerem Ausmaß stören können. Stattdessen wurde der Polizeieinsatz auf kreative Art und Weise zu einem Clownsworkshop umfunktioniert ●

* Ein Poi (Māori: »Ball«, Plural: Poi) ist laut Wikipedia ein Spinnenelement, das innerhalb der Artistik zur Darbietung von Bewegungskunst Verwendung findet. Das traditionelle Poi-Spiel ist ca. tausend Jahre alt und gilt bei den Nachfahren der neuseeländischen Ureinwohner noch heute als Kulturtradition.
Quelle: www.hambacherforst.blogspot.de

DAS CAMP AM HAMBACHER FORST

» Jetzt aufbäumen! «

Die Untertunnelung des Waldstücks, das dem Braunkohlebagger weichen soll, war ein fettes Medienereignis. Vier Tage hat es gedauert, bis die Polizei im November 2012 einen Aktivisten gegen den Braunkohletagebau Hambach im Rheinland aus seiner Protest-Höhle herausbefördern konnte. Die Waldbesetzung dauert derweil an. Gelegentlich wird noch berichtet – vor allem, wenn wieder eine polizeiliche Räumung stattfindet. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff hat sich angesehen und -gehört, wie sich der Widerstandsalltag vor dem Baggerloch gestaltet.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN ● Die Wiese vor dem Hambacher Forst, den die Waldbesetzer* und –beschützer*innen liebevoll und durchaus überschwänglich »Europas letzten Urwald« nennen, liegt sonnig in der Pampa, als ich zum Ortstermin dort ankomme. Am Eingang zum Camp lese ich: »Zutritt verboten für Angestellte von RWE und Polizei«.

Fünfzehn Zelte, ein paar Holzhütten und Caravans stehen auf dem Gelände, das ein sympathisierender Anwohner aus Buir den Aktivist*innen zur Verfügung stellt. Ihre Zahl schwankt zwischen 10 und 20, und sie kommen aus ganz Europa. Die Umgangssprache hier ist Englisch. Im Küchenzelt deponiere ich mein Mitbringsel, einen veganen Linsensalat und Schokolade. Eine Wiesen-Aktivistin ist gerade dabei, hier gepflückte Wildkräuter für eine Rohkostplatte zu zerzupfen. Ein Gemüsegärtchen liefert Blattsalat, daneben sprießen Kohlrabi und Rote Beeten. Die meisten Lebensmittel stammen aus Restbeständen umliegender Läden. Auch solidarische Anwohner spenden Zutaten und Zubehör. Von Mangel ist hier keine Rede.

Eine Wiesenbewohnerin bietet mir Tee aus frischen Wiesenkräutern an. Voll aromatisch schmeckt er und ist sicher sehr bekömmlich. Nebenan steht die Solar-dusche. Eine verspiegelte große Schüssel, die an ein Satelliten-TV-Empfangsgerät erinnert, entpuppt sich als Solarkocher. Der liefert den Besetzer*innen, so die Sonne will, in ca. einer Viertelstunde kochendes Wasser. Am Rand des Camps stehen, von Sichtwänden geschützt, mehrere Kompostklos. Graffiti, Plakate und Gemälde charakterisieren den Platz als Widerstandsort gegen den Braunkohletagebau, der sich nur etwa 250 Meter von hier entfernt durch die ebene rheinische Landschaft frisst.

»System Change, not Climate Change« lese ich, »Lasst die Kohle in dem Boden, denn hier wollen Menschen wohnen«, »Protest nicht unterlassen – Braunkohle unten lassen!« und »Jetzt aufbäumen für Wald und Klima«.

Nicht weit vom Camp hievt ein gigantischer Bagger Erde mit allem, was darauf wächst, auf Loren, die den vermeintlichen Abraum fortrollen. Ein fetter Schuttberg entsteht daraus täglich. Zusammengehäuft wird daraus die Sophienhöhe, die größte künstliche Erhebung weltweit. Das 1000jährige Dorf Kerpen-Manheim, ursprünglich für 1 700 Menschen Heimat, wird in ein paar Jahren darin ganz verschwinden, genauso wie bereits Lich-Steinstraß oder Etzweiler. 85 Quadratkilometer umfasst das Abbaufeld des Braunkohletagebaus Hambach der RWE Power AG zwischen Köln und Aachen.

AM RAND DES RIESENLOCHS

»Vorsicht Absturzgefahr«, warnen Schilder wenige Meter vor der Abbruchkante. Dahinter dehnt sich das bis zu 400 Meter tiefe Abbruchfeld des Tagebaus.

Direkt neben der Bruchkante des zweiten großen Tagebaus weiter nördlich, als »Tagebau Garzweiler« bundesweit bekannt, liegt die Gärtnerei der Brüder Meier im Dorf Borschemich, einem eingemeindeten Stadtteil von Erkelenz. Ein Enteignungsverfahren, das wie es amtsdeutsch heißt, eine vorzeitige Besitzeinweisung stehe den Gärtnern jetzt bevor, klagt Helmut Meier. Er lebt mit einer transplantierten Leber. Aus seiner Sicht hat er sich der Operation unterziehen müssen unter anderem, weil seine Lunge durch den radioaktiven Feinstaub, den die Braunkohlebagger aufwirbeln, geschädigt wurde und die Medikamente dagegen die Leber angreifen. Von klein auf sei er auch Schadstoffbelastungen eines konventionellen Gartenbaubetriebs ausgesetzt gewesen. Beides zusammen seien wahrscheinlich ursächlich für seine Erkrankung. Sein Zwillingbruder sei wohl auch aufgrund des Tagebaus gestorben, sagt Helmut Meier. Ein Mitarbeiter seien ebenfalls lebertransplantiert worden, und aus dem Nachbarort wisse er von drei Lebertransplantationen. »Es ist kein Zufall, dass hier am Tagebaurand überdurchschnittlich viele Menschen Lungen- und auch Lebererkrankungen haben«, meint der alteingesessene Borschemicher. Hier in seiner Gärtnerei wird Ende Juli das Klimacamp 2014 stattfinden.

Manfred Lang dagegen, Pressesprecher der RWE Power AG, sieht keinen Zusammenhang. Bislang sei eine Verursachung solcher Gesundheitsschäden durch den Tagebau nicht belegt.

Anders urteilt der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). »Feinstaub ist an sich schon extrem gesundheitsschädlich. Lagern sich hingegen zusätzliche radioaktive Isotope an die lungen-gängigen Partikel an, wird er erst recht zum Gesundheitsrisiko«, heißt es in einer BUND-Studie zu Risiken

des Braunkohletagebaus. Und: »Jedes künstlich in die Biosphäre gelangte radioaktive Isotop ist eines zuviel.«

Ob ich hier in Borschemich nun auch solche Isotope einatme? Das ist wahrscheinlich. Wie sehr mir das schadet? Bei einem kurzen Besuch wohl minimal. Doch die langjährigen Bewohner*innen des Orts werden sich sicher Sorgen machen. Viele von ihnen sind allerdings schon weggezogen. Zahlreiche Häuser stehen leer, die Fenster sind vernagelt. Durch gespenstisch öde Straßen patrouillieren Securites, vom RWE-Konzern angeheuertes Wachpersonal – es soll Plünderungen verhindern. Ein zur Zeit der Renaissance aus Backsteinen errichtetes Wasserschloss inmitten eines kleinen Parks zeugt von vergangener Pracht. Vor der Dorfkirche breitet der üppigste Magnolienbaum, den ich je sah, noch seine Blütenzweige aus. Auch diese Kostbarkeiten werden bald im großen Loch verschwinden.

TIM UND KIM UND T'ESTIMO

Nach solchem Anschauungsunterricht kehre ich zum Camp zurück, um mit Kim und Tim zu sprechen, die seit über einem Jahr versuchen, den Braunkohletagebau zu stoppen. Was hat sie dazu motiviert? In erster Linie, das wird sofort deutlich, ihre Liebe zur Natur. Tim hat die Rotbuche, in der er sein Baumhaus eingerichtet hat, »T'estimo« getauft. »T'estimo« ist katalanisch und bedeutet soviel wie »ich liebe dich«. »Wenn sie mit mir im Wind hin- und herschwang, habe ich mich ganz besonders mit ihr verbunden gefühlt«, schwärmt Tim. Kim empfand ganz ähnlich auf der Plattform hoch im Wipfel, wenn sie dort liegend in den Himmel schaute und den Vögeln zusah. Die beiden befreundeten Waldbesetzer*innen sind knapp über zwanzig Jahre alt. Kim stammt aus Norddeutschland, Tim aus der Altmark. Hier in Hambach sehen sie eine wichtige Aufgabe – nicht nur den Naturschutz und das Engagement gegen die Klimakatastrophe. Sie wollen auch mit einem alternativen Lebensstil im Camp einüben, wie man sich jenseits des Kapitalismus positionieren und leben kann. Dazu gehört unter anderem auch die von beiden praktizierte Polyamorie – ein Liebesleben, das ohne Besitzdenken geführt wird, das nicht aus-, sondern einschließt. Nicht immer einfach, wie sie bekennen, aber lohnend.

Die dritte Waldräumung, die sie vor einer Woche erlitten haben, hat besonders Tim stark mitgenommen. Seine Gedanken und Gefühle während der Räumung hat er in seinem Tagebuch notiert:

»Ich sitze aufrecht in meiner Hängematte, mit beiden Händen in einem Metallrohr um den Baum T'estimo festgekettet, in dem ich lebe, 25 m über dem Boden. Die Befestigung meiner Sicherung liegt zwei Meter über meinem Kopf in T'estimos Krone, mit dem Arsch

Richtung Tagebau, und vor mir sehe ich den Kirchturm des Dorfes Buir. Mich wärmt ein BW-Schlafsack mit integrierten Ärmeln und Füßen sowie dazugehörigem Wind- und Regenüberzug. Dicht hinter mir sitzt der zweite Baumbewohner_in und versorgt mich mit Wasser, Schokolade oder einem Stück Obst. Mit T'estimo verbunden sitzen wir hier oben, blicken über die Kronen und betrachten das Treiben am Boden. Ich bin nicht mehr nur ein Besetzer, ich bin ein Bewohner des Waldes, der Natur. Im Kreislauf, nicht außerhalb. Wenn er gefällt wird, werde ich mitgefällt. Es wurde viel geredet, jetzt ist Schluss. Wir zeigen unsere Entschlossenheit.«

Diese Entschlossenheit sowie die technische Raffinesse der Baumhaus- und Ankerungstechnik beeindruckte auch die Kletterpolizisten, die die Aktivist*innen schließlich herunter holten. Solche Techniken wurden unter anderem beim Skill Sharing Camp im April auf der Wiese vor dem Hambacher Forst vermittelt. Insgesamt fast 150 Menschen waren dazu angereist. Sie lernten Holzhütten zu bauen, Wildkräuter zu bestimmen und deren Heilkräfte anzuwenden, Leben ohne Euro, »Hassis« stricken, Clownerie, Klettern, Krav Maga – ein Kampfsport, alternative Warmwasserversorgung, aber auch, wie es in Indonesien beim Kampf gegen Erzabbau zugeht oder in Südafrika und in Peru beim Kohleabbau.

In einem der Workshops vermittelte auch Tim seine Kenntnisse im Baumhausbau: »Jedes für sich ist eine architektonische Leistung. Es beinhaltet Verständnis für Konstruktion und Bewegungsabläufe, des weiteren Kenntnisse über Knoten- und Wickeltechniken, da kein einziger Nagel in die Bäume geschlagen wird. Eine Bauweise, die im Stahlbeton-Denken schwer vorstellbar ist.«

Die Aktivist_innen zeigen mir den Weg zum Rodungs-Desaster nach der Räumung. Am 10.4.2014 haben Waldarbeiter mit Polizeibegleitung im Auftrag des Energie-Konzerns RWE mehrere über hundert Jahre alte Bäume abgeholzt. Zersägt liegen sie kreuz und quer am Boden – eine makabre Illustration des Werbeteils des RWE-Konzerns: »Zukunftsgestalter« nennt er sich unfreiwillig sarkastisch im Geschäftsbericht 2013. ●



ANZEIGEN

DEBATTE IM WIESENCAMP

Was ist Gewalt?

Unter dem Titel »Ein paar Gedanken zu Solidarität und Gewalt« veröffentlichten die Aktivist*innen des Hambacher Forst am 2. Mai 2014 auf ihrer Homepage einen Abriss der Debatte, die sich im Camp entspannt, nachdem die Wald- und Wiesenbesetzer*innen aufgrund der Presseberichterstattung vielfach wegen ihres Outfits (teils verummmt) und wegen angeblicher Aggressivität kritisiert worden waren.

Im Folgenden dokumentieren wir einige Auszüge:

»Ist zum Beispiel Gewalt gegen Sachen überhaupt Gewalt? Kann es nicht sogar verantwortungslos sein, keine Gewalt auszuüben, wenn dadurch Schlimmeres verhindert werden kann? Ist eine Person automatisch gewaltfrei, wenn sie keine Waffen in die Hand nimmt oder nicht mit eigener Hand prügelt?

Ist es nicht auch Gewalt, andere dafür zu bezahlen Menschen zu verletzen? Oder Menschen zu unterdrücken? Was bedeutet es dann Kleidung zu kaufen, die von Kindern oder Kranken unter Zwang hergestellt wurde? Oder Fleisch zu kaufen, für welches Lebewesen ein Leben lang gefoltert und anschließend ermordet wurden? Ist es illegitim größere Gewalt zu verhindern, selbst wenn dafür ein gewisses Maß an Gewalt angewendet wird? Ist es illegitim eine Person zu verteidigen, damit ihr keine Gewalt angetan wird, selbst wenn es dazu Gewalt bedarf? Was ist Notwehr? Wer entscheidet darüber? Wieviel Macht haben diejenigen, die darüber entscheiden?

Andererseits wurde auch angemerkt, dass Aktionen wie das Demolieren von Polizeiautos kontraproduktiv



▲ Klimacamp in Mannheim 2012

sein können, da sie ein schlechtes Licht auf die Besetzung werfen und für mehr Abfall sorgen. Und wir haben uns gefragt, ob wir mit Gewalt überhaupt etwas ausrichten können? Schließlich ist uns die Polizei zahlenmäßig überlegen, verfügt über mehr Mittel und Macht und hat die sogenannte Rechtsprechung auf ihrer Seite. Einige von uns haben Angst davor, dass jegliches zur-Wehr-setzen auf unserer Seite zu einem Mehr an Gewalt auf deren Seite führen könnte. (...)

Allerdings kann es auch sehr schwer sein, sich nicht zu wehren, wenn die Polizei einen verprügelt und/oder mensch tagtäglich mit der Zerstörung, die von RWE ausgeht, konfrontiert wird. Es ist für das emotionale Wohlergehen hilfreich und wichtig, in

einer Gewaltsituation nicht wehrlos zu sein. Posttraumatische Belastungsreaktionen können entstehen, wenn mensch einem Angriff ohnmächtig ausgeliefert ist (also Kampf oder Flucht nicht möglich ist) - und nicht selten haben Aktivist*innen nach einem Polizeikontakt damit zu kämpfen. Somit kann es langwierige und schwere Folgen haben, wenn mensch sich nicht wehrt. Oder führt es tatsächlich nur zu noch mehr Brutalität auf Seiten der Polizei?

Viele waren wütend oder traurig darüber, dass die Reaktion auf einen vermeintlichen Angriff von Besetzer*innen auf ein Ding so stark ausfällt, während ungerechtfertigte Polizeigewalt oft kaum auch nur wahrgenommen wird. Dabei bedeutet Polizeigewalt in vielen Fällen brutales



▲ Protest vor RWE- Aktionärsversammlung in Essen 2014

Verprügeln, Freiheitsberaubung und Folter. Es schockiert immer wieder, wie einseitig die Presse berichtet: Es ist nicht bewiesen, wer die Scheiben des (Polizei-)Autos eingeschlagen hat. Scheinbar hielt es keine*r der Journalist*innen, die darüber berichteten, für nötig, auf die Besetzung zu gehen, um sich eine zweite Meinung einzuholen.

Dennoch werden die Artikel von vielen als »die Wahrheit« gesehen. Das ist umso erstaunlicher, wenn mensch sieht, dass direkt neben einem solchen Artikel RWE-Werbung geschaltet ist: Wer Geld bekommt, hat anscheinend kein Interesse daran, sich möglichst offen und unvoreingenommen eine Meinung zu bilden. Da ist es auch nicht weiter überraschend, dass die Gewalt, die von RWE ausgeht, gerne mal übersehen wird (...)

Weiterlesen unter www.hambacherforst.blogspot.de weitere Infos zum Schwerpunkt unter www.sovie-koelner-gruppe-gegen-braunkohle.de

KLEINANZEIGEN

Geschichte(n) bewahren - ein Generationen verbindendes Projekt Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
 arianedettloff@ina-koeln.org
 ☎ (02 21) 31 57 83
 www.werkstatt-fuer-memoiren.de

Redaktionsbüro übernimmt Recherchen

Nennt uns Euer Thema oder Interessengebiet! Wir stellen thematische Fernseh- und Radiosendungen für den Folgemonat zusammen. Wir werten Alternativpresse und linke Zeitungen aus. Einzelheiten unter 0551-55121 oder service@rff-online.de

Möchtet Ihr mehr wissen?

Vorträge, Workshops und Seminare zu **Themen rund um Solidarische Ökonomien:** Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragon im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien. Elisabeth Voß:
 post@elisabeth-voss.de
 ☎ 0049 - (0) 30 - 216 91 05
 www.elisabeth-voss.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben.

Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Bohème an. Nähere Informationen auf Anfrage:
 maurice.schuhmann@yahoo.fr

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11mal im Jahr.
 ISSN 0178-5737
 Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
 Postfach 10 45 20
 69035 Heidelberg
 E-Mail: info@contraste.org
 Internet: www.contraste.org
 Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405
 IBAN DE0250890000051512405
 BIC GENODEF3333
 Vereinsregisternummer: Amtsgericht Heidelberg, VR 1542
 USt Steuer Nummer: 32081 / 05427
 CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Abrechnung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
 Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
 www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
 Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
 www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, www.attac.de/
koennern/villa / 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: bernd.huettner@contraste.org / **30167 Hannover, Redaktion Hannover,** Ulrike Kümpe, E-Mail: ulrike.kuempe@contraste.org / Pia Kuehnemann, E-Mail: pia.kuehnemann@contraste.org, **34117 Kassel, Redaktion Kassel,** Sabine Conti, E-Mail: info@scontiprojektberatung.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / **39624 Badel, Redaktion Badel,** Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorf Str. 74, ☎ (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (071 44) 33 22 56, E-Mail: peterstreiff@netz-bund.de / **Österreich: A-8010 Graz,** Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **A-9020 Klagenfurt,** Hans

Wieser, Ehrenhauserstr. 4, ☎ 0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / **Frankreich: F-75018 Paris, Redaktion Paris,** Dr. phil. Maurice Schuhmann, 39bis, Rue Championnet ☎ 0033 - 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org
 Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

Fachredaktionen:
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / **Kritik der Geldlogik:** 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdiend.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grünalter Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Solidarische Ökonomie:** Elisabeth Voß, Tel. (030) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, www.elisabeth-voss.de

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kümpe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
Herstellung:
 CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
 Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto
 IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG, http://netz.coop
 webmaster@contraste.org
 Layout & Zeichnung: AdrienTasic, layout@contraste.org
 Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt:
 Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
 Abonnieren: abos@contraste.org
 Redaktion: redaktion@contraste.org
 Buchbesprechungen: rezensionen@contraste.org
 Termine: termine@contraste.org
 Verein: vorstand@contraste.org
Internet:
www.contraste.org
 twitter:
 https://twitter.com/contraste_org
 Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
 http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste

ANZEIGEN

Querstellen statt querlesen

alk

analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
 Bestellungen unter www.akweb.de

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:

Proheft gratis!

Sorge dich nicht, pflege

Aktueller Schwerpunkt:
 Care-Arbeit sichtbar machen!
 Außerhalb des Betriebs fängt die Arbeit richtig an.

DA
 DIREKTE AKTION
 www.direkteaktion.org

LATEIN AMERIKA
 NACHRICHTEN

DIE MONATSZEITSCHRIFT

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter
 www.lateinamerika-nachrichten.de

LESEN HILFT

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
 Kennwort: »Contraste«

www.freibos.de

KLEINANZEIGEN

Kosten:
 • Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
 • Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST.
 Private Stellengesuche sind kostenlos!

Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
 Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einse@nden an:
 CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

Die FIFA wird mich freisprechen!

3 Wochen kostenlos testen
 www.jungewelt.de/probeabo

Die Tageszeitung **junge Welt**

Gründet 1947, Preis: 31 März 2014 - Nr. 68 - 1,30 Euro - PKV AN02 - Einzel bezahlt

Ausgrenzen
 Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz diskutiert über Flucht und Migration - ohne die Betroffenen

Schniffeln
 Totale Überwachung Washington läßt Telefonate in mindestens sieben Ländern aufhören

Erinnern
 Die neue Müll...

Mehr als fair: Kaffee aus solidarischem Handel

FAIRBINDUNG

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBinding e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040184
 www.fairbinding.org - info@fairbinding.org

TIERRA y LIBERTAD

Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und der Welt

20 Jahre Aufstand in Chiapas / Die "Kleine zapatistische Schule" / Stimmen aus Chiapas / Verschwindenlassen in Mexiko / Industrielle Schweinemast in Mexiko und anderswo / TAFTA: Globalisierung 2.0 / Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala / Terror in Honduras / "Krise" und Solidarität in Spanien / mehr

Nummer 73 - Winter 2013/14 jetzt erhältlich:
 tierra-y-libertad.de * abolandundfreiheit@riseup.net

GEMEINSCHAFTEN

Seminar: Gemeinschaftsbildende Begegnungen - Spiel und Tanz
14.-16.6.2014

(Ökodorf Sieben Linden)
Klar, humorvoll, berührbar - eine spritzige Wohlfühlreise! Spiele und Friedenstänze begleiten uns in diesem Seminar. Entdecke in dir den Raum, der dein wahres ursprüngliches Zuhause ist. »Spiele« - Eine Spielweise wirst du betreten. Spiele zur Gemeinschaftsbildung, das freie Spiel nach Fred O. Donaldson und andere feine, wilde, laute, leise Spielbewegungen werden uns begleiten. »Friedenstänze« - Singen von einfachen Melodien und Mantrien, Tanzen im Kreis mit leicht erlernbaren Bewegungen. Den Atem bewußt wahrnehmen, dass Herz öffnen für innere und äußere Heilung.
Ort: Sieben Linden 1, 38489 Beetendorf
☞ <http://www.siebenlinden.de>

FRAUEN

Infoveranstaltung: »Antikriegsengagement von Frauen 1914-1918«
19.6.2014, 19:30 Uhr (Berlin)
Ottokar Luban stellt sozialistische und pazifistische Kriegsgegnerinnen und ihre Aktivitäten vor.
Die Veranstaltung findet im Rahmen einer Ausstellung vom 15.5.-3.7. 2014 statt: »Die Hoffnung hat zwei schöne Töchter: Wut und Mut« statt. Wut darüber, wie die Verhältnisse sind. Und Mut sie zu ändern. Frauenfriedensaktionen, ihre Symbole und Bilder. Eine Ausstellung des Internationalen Frauenfriedensarchivs Fasia Jansen.
Ort: Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, 12043 Berlin
www.galerie-olga-benario.de

UMWELT & NATUR

Praxisseminar Strohballenbau
16.-21.6.2014 (Ökodorf Sieben Linden)
Der Schwerpunkt dieses Seminars

liegt im praktischen Teil auf dem fachgerechten Einbau der Strohballen in eine bestehende Holzkonstruktion und dem anschließenden Aufbringen des Lehm-Unterputzes auf die Strohballen. Daneben werden wir uns mit Fragen der Planung, Bauphysik, Statik, unterschiedlicher Holzkonstruktionen sowie der Strohballen an sich beschäftigen. Welche Qualitätsmerkmale muss ein Strohballen haben, um ein Bauballen zu sein und wie kann und muss er verarbeitet werden, um die Funktion eines Wandelements zu erfüllen? Diesen z.T. sehr theoretischen und komplexen Themen werden wir uns sehr praktisch auf der Baustelle nähern.

Das Seminar ist sowohl für Fachleute, als auch für interessierte Laien konzipiert. Referent_innen sind Dirk Großmann (Selbständiger Handwerker, Holz-, Lehm- und Strohballenbau) und Dorothee Mix (Tischlerin, Ökologische Baustoffhändlerin, Lehm- und Strohballenbau).
Ort: Sieben Linden 1, 38489 Beetendorf
☞ <http://www.siebenlinden.de>

Veranstaltung: Urban Gardening und nachhaltige Lebensstile
25.6.2014, 20.00 Uhr,
(Schwäbisch Gmünd)

Im Rahmen der Landesgartenschau hält Christa Müller im Glasbau der VHS Schwäbisch Gmünd einen Vortrag über die Suche nach nachhaltigen Lebensstilen. In den allerorten entstehenden Gemeinschaftsgärten wird nicht nur Biogemüse angebaut, sondern auch ein Zugang zum guten Leben mitten in den Städten gesucht. Die Akteure einer neuen Gartenbewegung gestalten gemeinschaftlich Naturerfahrungsräume, beleben die Nachbarschaft, essen zusammen und empfehlen sich der Kommunalpolitik als kompetentes Gegenüber in Sachen Stadtplanung.
25.6.2014, 20.00 Uhr, VHS, Münsterplatz 15, 73525 Schwäbisch Gmünd

☞ <http://www.schwaebisch-gmuend.de/53-Veranstaltungen.html>

WELT

Jabrestagung der Stiftung Nord-Süd-Brücken: »Noch solidarisch oder schon engagiert?«
20.6.2014 (Berlin)

Als vor zwanzig Jahren die Stiftung gegründet wurde, war Solidarität ein bestimmender Wert. So verdankt auch die Stiftung ihr Kapital der Solidarität von Bürgerinnen und Bürgern der DDR. Den Menschen, die an der Gründung der Stiftung beteiligt waren, ging es darum, ein solidarisches Engagement fortzusetzen, nicht mehr staatlich, sondern zivilgesellschaftlich organisiert.

Im Rahmen der Jahres- und Jubiläumsveranstaltung wollen wir fragen: Was ist unter entwicklungspolitischem Engagement zu verstehen? Geht es hierbei darum, dass Engagierte gemeinsam mit anderen tatsächlich die Gesellschaft verändern oder geht es nur darum, dass sich Engagierte – im Sinne eines lebendigen Gemeinwesens – überhaupt beteiligen? War früher alles besser und politischer? Müssen wir wieder mehr Solidarität und weniger Engagement fördern? Waren die Solidaritätsbewegungen nicht oft auch unkritisch, romantisierend und paternalistisch? Sind Engagierte heute nicht viel klarer, eindeutiger und weniger verfangen in Projektionen? Andererseits: Kann schon ein schnöder Mauseklick gleichgesetzt werden mit dem Verteilen eines Flugblattes oder die Teilnahme an einem Flash-Mob mit einem jahrelangen Früchteboykott? Zum 20. Jubiläum der Stiftung Nord-Süd-Brücken wollen wir auf diese und weitere Fragen Antworten, Orientierungen und Hilfestellungen für die nächsten fünf Jahre finden – gemeinsam mit Vereinen, Gruppen, Verbündeten, staatlichen und nicht-staatlichen Partnern und auch mit Mahnern und Kritikern.
Ort: Haus der Demokratie, Robert-

Havemann-Saal, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
☞ www.nord-sued-bruecken.de

Seminar: Lateinamerika zwischen Wirtschaftswachstum, Linksregierungen und Regionalkonflikten
20.-22.6.2014
(Kochel am See)

Lateinamerika ist facettenreich: Kulturell, landschaftlich und politisch. Die Region liegt in einem Spannungsfeld von Aufschwung, Armut und Linksregierungen. Der machtpolitische Einfluss von Ländern wie Brasilien wird international immer bedeutsamer – diesen Kontinent kennen zu lernen, lohnt sich nicht nur im Jahr der Fußball-WM. Seminarleitung: Dr. Emilio Astuto.
Ort: Schloss Aspenstein, Kochel am See
☞ <http://www.vollmar-akademie.de/bildungsangebote>

GELD & WIRTSCHAFTEN

Tagung »Anders Wirtschaften - Neue Wege der Transformation«
13.-15.6.2014
(Heidelberg)

Jahreskongress der Akademie Solidarische Ökonomie, u.a. mit Dr. Dag Schulze, Prof. Dr. Helge Peukert, Christian Felber, Daniela Dahn, Prof. em. Dr. Bernd Fittkau und Dr. Gerhard Schick.
Ort: Stadtbücherei Heidelberg (Bergginn), danach Forum am Park Heidelberg, Poststraße 11, 69115 Heidelberg
☞ www.akademie-solidarische-oekonomie.de/

ENGAGEMENT VON BÜRGERINNEN

Fachtag: Teilhabe und Sinnggebung - bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit psychischen Erkrankungen
19.6.2014, 11-15 Uhr (Berlin)

Beim Fachtag 2014 geht es darum, speziell für Freiwilligenagenturen Wege und auch Grenzen beim Engagement von Menschen mit psychischen Erkrankungen aufzuzeigen. Die Zahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen, die den Weg zu Freiwilligenagenturen finden, nimmt zu. Es gilt sowohl in der Beratung als auch in der Suche nach einem passenden Platz besondere Aspekte zu beachten. Bereits 2013 wurde die gleichnamige Tagung durchgeführt und stieß insbesondere bei Freiwilligenagenturen auf sehr große Resonanz. Beim Fachtag 2014 geht es darum, spezi-

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:

CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg

ell für Freiwilligenagenturen Wege und auch Grenzen beim Engagement von Menschen mit psychischen Erkrankungen aufzuzeigen.
Ort: Wird kurzfristig auf der Website des Veranstalters bekannt gegeben.
☞ <http://www.bagfa.de/veranstaltungen>

Netzwerktreffen Bürgerbeteiligung
27.6.2014, 10:30-17 Uhr
(Köln)

Eingeladen sind alle Netzwerker/innen und Interessierte. Auf dem Treffen werden wichtige Initiativen und Themen des Netzwerks besprochen und vorangebracht sowie inhaltliche und organisatorische Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Themen sind z.B.: Diskussion der »Empfehlungen für eine nachhaltige kommunale Beteiligungspolitik«, Aktivitäten des neu gegründeten »Netzwerk kommunale Partizipationsbeauftragte« und Verbreitung der »Demokratiepolitischen Agenda«.
Ort: Jugendherberge Köln-Deutz - City-Hostel, Siegesstr. 5, 50679 Köln
☞ www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorabinfo: Woche des Bürgerschaftlichen Engagements 2014
12.-21.9.2014 (deutschlandweit)

Das »Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement« organisiert zum zehnten Mal die Aktionswoche »Engagement macht stark!«. Dabei machen bundesweit zahlreiche Bürger/innen, Vereine, Initiativen und Organisationen auf ihre ehrenamtliche Arbeit aufmerksam. Ein Kalender unter informiert ab sofort über alle Veranstaltungen der Aktionswoche.
☞ www.engagement-macht-stark.de/home

MOBILITÄT

Diskussion: Lastenrad-Verleihe in Berlin - Aktueller Stand und Perspektiven
18.6.2014 (Berlin)

Die Veranstaltung ist öffentlich, eingeladen sind ein Vertreter der Senatsverwaltung für Verkehr und Umwelt, Vertreter des VCD-Lastenradprojekts, von VELO-Transport und viele Lastenrad-Verleiher Berlins. Zu Beginn wird es Kurzreferate (max. 20 min) geben, anschließend wird die Diskussion eröffnet.
Ort: VCD Nordost, Yorckstraße 48, 10965 Berlin
☞ www.vcd-nordost.de

ANTIRA

Podiumsveranstaltung: Rechte Gewalt und NSU-Prozess
23.6.2014, 17 Uhr (Berlin)

Information und Diskussion mit Carsten Ilius (Nebenklagevertreter beim NSU-Prozess München), Maik Baumgärtner (Journalist und Buchautor zum Thema) und Esin Ehrman (Psychologin).
Ort: Alice Salomon Hochschule, Alice-Salomon-Platz 5, Audimax, U-Bhf. Hellersdorf.
www.ash-berlin.eu/profil/ag-s/ak-rechte-gewalt-veranstaltungen

ANZEIGEN

"Alles was zählt..."
Nicht nur an Weihnachten



SPENDET
für inhaftierte Genossinnen und Genossen!

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39 00
Kontonummer: 5603239 BLZ: 260 500 01 Sparkasse Göttingen
Verwendungszweck: Weihnachtshilfe

SOLIDARITÄT
www.rote-hilfe.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand).

Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name: _____

PLZ, Ort, Straße: _____

Gruppe/Betrieb/Beruf: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: _____

Geldinstitut: _____

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

schriftlich

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.